



Geschäfte zu Bundesratszielen sowie Projekte und Vorhaben 2023

Auszug aus den Zielen des Bundesrates 2023 und aus dem Voranschlag 2023 mit IAFP 2024-2026

Übersicht pro Departement

Dieser Auszug ergänzt die [Ziele des Bundesrates 2023](#). Im Gegensatz zu den Zielen ist er nach Departementen und Verwaltungseinheiten strukturiert. Das Dokument umfasst die Geschäfte mit Bezug zu einem der Bundesratsziele und die Projekte und Vorhaben der Verwaltungseinheiten (exkl. der unabhängigen Behörden und Gerichte), veröffentlicht im [Voranschlag 2023 mit IAFP 2024–2026](#). Es hat keinen offiziellen Charakter, sondern gibt den Leserinnen und Lesern lediglich einen Überblick über alle Planobjekte für das Jahr 2023.

Inhaltsverzeichnis

B+G	4
Bundeskanzlei (BK)	4
EDA	8
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)	8
EDI	14
Generalsekretariat EDI (GS-EDI)	14
Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG)	16
Schweizerisches Bundesarchiv (BAR)	18
Bundesamt für Kultur (BAK)	19
Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie (MeteoSchweiz)	20
Bundesamt für Gesundheit (BAG)	23
Bundesamt für Statistik (BFS)	32
Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)	34
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV)	37
Institut für Virologie und Immunologie (IVI)	38
EJPD	39
Generalsekretariat EJPD (GS-EJPD)	39
Bundesamt für Justiz (BJ)	40
Bundesamt für Polizei (fedpol)	42
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung (SIR)	44
Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK)	46
Staatssekretariat für Migration (SEM)	47
Informatik Service Center ISC-EJPD (ISC-EJPD)	49
VBS	50
Generalsekretariat VBS (GS-VBS)	50
Nachrichtendienst des Bundes (NDB)	52
Bundesamt für Sport (BASPO)	53
Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS)	55
Verteidigung (V)	57
Bundesamt für Rüstung armasuisse (armasuisse)	60
armasuisse Wissenschaft und Technologie (ar W+T)	62
armasuisse Immobilien (ar Immo)	64
Bundesamt für Landestopografie swisstopo (swisstopo)	65
EFD	67
Generalsekretariat EFD (GS-EFD)	67
Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV)	69
Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS)	72
Eidgenössische Münzstätte Swissmint (Swissmint)	74
Staatssekretariat für internationale Finanz- fragen (SIF)	75

Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV).....	80
Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG)	82
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT).....	84
Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK)	85
Eidgenössisches Personalamt (EPA).....	86
Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL)	88
WBF.....	89
Generalsekretariat WBF (GS-WBF)	89
Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO).....	90
Bundesamt für Landwirtschaft (BLW).....	95
Agroscope (Agroscope)	96
Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL)	98
Bundesamt für Wohnungswesen (BWO).....	100
Bundesamt für Zivildienst (ZIVI).....	101
Schweizerische Akkreditierungsstelle (SAS).....	103
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI)	104
Information Service Center WBF (ISCeco).....	109
UVEK.....	110
Generalsekretariat UVEK (GS-UVEK)	110
Bundesamt für Verkehr (BAV).....	111
Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL)	114
Bundesamt für Energie (BFE).....	116
Bundesamt für Strassen (ASTRA)	119
Bundesamt für Kommunikation (BAKOM).....	123
Bundesamt für Umwelt (BAFU).....	126
Bundesamt für Raumentwicklung (ARE).....	130
Schweizerische Sicherheitsuntersuchungsstelle (SUST)	132
Regulierungsbehörden Infrastruktur (RegInfra).....	133

B+G

BUNDESKANZLEI (BK)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Legislaturplanung 2023–2027: Materielle Bereinigung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Entwurf der Botschaft und des einfachen Bundesbeschlusses materiell bereinigen. Diese enthalten alle geplanten Erlasse sowie weitere Massnahmen für die Legislaturperiode, welche zur Zielerreichung erforderlich sind.

Soll-Termin: 31.12.2023

Digitalisierungsstrategie 2024–2027 mit Zielbild für die digitale Transformation in der Bundesverwaltung: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Strategie der Bundesverwaltung im Bereich der digitalen Transformation und der Informatik (Verordnung über die digitale Transformation und die Informatik, Artikel 13) beschliessen. Die im 2023 neu zu erarbeitende Digitalisierungsstrategie der Bundesverwaltung 2024–2027 beinhaltet ebenfalls ein nachgeführtes, fokussiertes Zielbild zum angestrebten Stand der Digitalen Transformation der Verwaltungsinstanzen der Schweizerischen Eidgenossenschaft per Ende der dritten Dekade.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Stärkung der Möglichkeiten zur demokratischen Partizipation von Auslandschweizern und Auslandschweizerinnen» (in Erfüllung des Po. Silberschmidt 20.4348): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Silberschmidt 20.4348 betreffend die Stärkung der Möglichkeiten zur demokratischen Partizipation von Auslandschweizern und Auslandschweizerinnen gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat anhand eines Pilotprojekts aufzeigen, wie sichergestellt werden kann, dass Schweizerinnen und Schweizer im Ausland rechtzeitig ihre eidgenössischen Wahl- und Abstimmungsunterlagen erhalten und einfacher an den demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten teilhaben können.

Soll-Termin: 19.03.2023

Bericht «Elektronisches Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden» (in Erfüllung des Po. SPK-N 21.3607): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats SPK-N 21.3607 gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat aufzeigen, welche staatspolitischen Auswirkungen sowie möglichen Folgen auf das politische System der Schweiz durch das elektronische Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden zu erwarten sind. Der Bericht geht unter anderem auf die verfassungsmässig festgelegten Quoren und Fristen sowie auf die Unterschiede der Sammlung von Unterschriften im öffentlichen wie digitalen Raum ein.

Soll-Termin: 21.09.2023

Bericht «Bewahrung der demokratischen Rechte und Stärkung der digitalen Einsatzbereitschaft» (in Erfüllung der Mo. Rieder 20.3419): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung der Motion Rieder 20.3419 betreffend die Bewahrung der demokratischen Rechte und Stärkung der digitalen Einsatzbereitschaft gutheissen. Der Bericht soll erläutern, welcher Handlungsbedarf besteht und welche identifizierten Massnahmen die Handlungsfähigkeit des Staates sowie die Ausübung der demokratischen Rechte auf allen staatlichen Ebenen unter Wahrung des Föderalismus auch in Krisenzeiten gewährleisten.

Soll-Termin: 10.06.2023

Bericht «Vorbereitung von Entscheidungsgrundlagen zuhanden des Parlamentes und der Stimmberechtigten» (in Erfüllung des Po. Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP. 19.3435): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP. 19.3435 gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat in einem Bericht eine Strategie aufzeigen, wie die objektive Meinungsbildung des Stimmvolkes in Zukunft garantiert werden kann. Ein präziser Massnahmenplan zur Verhinderung von Fehlinformationen bei Volksabstimmungen soll darin präsentiert werden.

Soll-Termin: 10.06.2023

Konzepte zu den Übungen 2026–2029 und die integrierte Übung 2025: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 das Konzept zur Planung, Durchführung und Auswertung von kleineren, thematisch fokussierten Übungen (Planungszeitraum 2026–2029) für ausgewählte Teilnehmende unter Einhaltung eines Zwei- oder Drei-Jahres-Rhythmus genehmigen. Im Weiteren wird der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2023 das Konzept für eine integrierte Übung im Jahre 2025 genehmigen. Die integrierte Übung wird eine strategische Führungsübung (SFU) und eine Sicherheitsverbandsübung (SVU) kombinieren.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Föderalismus im Krisentest. Die Lehren aus der Covid-19-Krise ziehen» (in Erfüllung des Po. Cottier 20.4522): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Cottier 20.4522 gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat in einem Bericht darlegen, welche Vor- und Nachteile die aktuellen Gegebenheiten bieten und welche institutionellen und organisatorischen Verbesserungen im Hinblick auf die Bekämpfung einer Epidemie oder einer anderen Gesundheitskrise möglich wären.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Menschen mit einer geistigen Behinderung sollen umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können» (in Erfüllung des Po. Carobbio 21.3296): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Carobbio 21.3296 gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat aufzeigen, wie Menschen mit einer geistigen Behinderung umfassend am politischen Leben teilhaben können.

Soll-Termin: 08.06.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Schnittstelle für Datenaustausch zwischen Parlamentsdiensten und BK: Inbetriebnahme und Start kontinuierliche Weiterentwicklung

Die Schnittstelle erlaubt einen strukturierten Datenaustausch von Geschäftsdaten (parlamentarische Vorstösse, Bundesratsgeschäfte, etc.) mit den Parlamentsdiensten. Die Schnittstelle PD/BK und damit auch die neuen Versionen der betroffenen BK-Anwendungen werden gleichzeitig wie CURIAplus in Betrieb genommen. Eine Planung für die Weiterentwicklung der Geschäftsprozesse, auch mit den Departementen, ist erarbeitet und kann mit einem ressourcierten Agile Release Train umgesetzt werden.

Soll-Termin: 30.06.2023

Neuausrichtung des Versuchsbetriebs Vote électronique: Erteilung Grundbewilligungen zur Wiederaufnahme der Versuche in einzelnen Kantonen

Mit der Neuausrichtung wird ein stabiler Versuchsbetrieb mit vollständig verifizierbaren Systemen angestrebt. Dazu wird in den nächsten Jahren schrittweise ein umfassender Massnahmenkatalog zur Weiterentwicklung der Systeme, zur wirksamen Kontrolle und Aufsicht, zur Stärkung der Transparenz und des Vertrauens sowie zur stärkeren Vernetzung mit der Wissenschaft umgesetzt. Unter der Voraussetzung, dass das System der Schweizerischen Post und sein Betrieb den neuen Rechtsgrundlagen des Bundes entsprechen, kann der Bundesrat im Rahmen der Neuausrichtung des Versuchsbetriebs antragstellenden Kantonen eine Grundbewilligung zum Einsatz des Systems erteilen.

Soll-Termin: 31.03.2023

Weiterentwicklung Acta Nova überdepartementale Prozesse (AN ÜDP): Abschluss PoC zur Studie ÜDP Zukunft

Die elektronische Abwicklung der Bundesratsgeschäfte wird weiterentwickelt in Richtung medienbruchfreie, nachvollziehbare und effiziente Abwicklung. Der PoC wird in Koordination und Zusammenarbeit mit den Departementen durchgeführt und ein Beschluss zum weiteren Vorgehen liegt vor.

Soll-Termin: 31.12.2023

Umsetzung GEVER-Strategie 2021 - 2024: Erst-Produktivsetzung des Bundesstandards 4.0

Mit dem Vorhaben werden die in der GEVER-Strategie definierten Schwerpunktthemen "Verbesserung der Usability und der Befähigung zur Nutzung von GEVER", "Architektur und Schnittstellen" sowie "nicht funktionale Ziele" umgesetzt.

Der Bundesstandard Release 4.0 wird wesentliche funktionale Aspekte der Usability laut Auftrag aus der Umsetzung der GEVER Strategie umsetzen und wird in mindestens einer Verwaltungseinheit produktiv gesetzt.

Soll-Termin: 30.11.2023

Cloud Enabling Büroautomation: Phasenabschluss Realisierung

Das Vorhaben baut eine Hybrid-Cloud Umgebung für den elektronischen Standard-Arbeitsplatz der Bundesverwaltung auf.

Mit dem Abschluss der Phase Realisierung wird die produktive Umgebung in Betrieb genommen und die Einführungsprojekte gestartet.

Soll-Termin: 30.09.2023

EDA

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE AN- GELEGENHEITEN (EDA)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Auftritt der Schweiz an den Olympischen und Paralympischen Winterspielen 2026 in Mailand und Cortina d'Ampezzo (Italien): Beschluss

Vom 6. bis am 22. Februar 2026 finden in Mailand und Cortina d'Ampezzo (Italien) die Olympischen und vom 6. bis am 15. März 2026 die Paralympischen Winterspiele 2026 statt. Die Schweiz soll sich mit dem House of Switzerland im Nachbarland Italien und auf internationaler Ebene einer breiten Öffentlichkeit als attraktives und innovatives Land präsentieren. Der Bundesrat wird den entsprechenden Entscheid im ersten Halbjahr 2023 fällen.

Soll-Termin: 31.03.2023

Nationaler Aktionsplan der Schweiz für Wirtschaft und Menschenrechte 2024–2027: Verabschiedung

Nachdem eine externe Evaluation zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht durch die Unternehmen durchgeführt und die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte 2020–2023 (NAP) anhand der Indikatoren jeder einzelnen Massnahme analysiert wurde, wird der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2023 einen Bericht mit dem aktualisierten NAP für den Zeitraum 2024–2027 verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Aussenpolitische Strategie 2024–2027: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 seine Aussenpolitische Strategie für die Legislatur 2024–2027 verabschieden. Sie wird die Schweiz im internationalen Umfeld verorten, den Rahmen für die Aussenpolitik abstecken und Schwerpunkte mit entsprechenden Zielen definieren.

Soll-Termin: 30.09.2023

Länderüberprüfung des UNO-Menschenrechtsrats: Stellungnahme zu den Empfehlungen an die Schweiz: Verabschiedung

Die allgemeine regelmässige Überprüfung (UPR) ist ein Mechanismus der UNO zum Monitoring der Menschenrechtsslage. Jeder UNO-Mitgliedstaat wird im Fünfjahresrhythmus in einem Peer-Review-Verfahren von den anderen Staaten überprüft. Die Schweiz ist im Frühjahr 2023 zum vierten Mal an der Reihe. Im ersten Halbjahr 2023 wird der Bundesrat die gemeinsame Stellungnahme des Bundes und der Kantone zu den Empfehlungen verabschieden, die aus dieser Überprüfung resultieren.

Soll-Termin: 30.06.2023

Beitrag an das Flüchtlingshilfswerk der UNO (UNHCR): Beschluss

Im Rahmen der Umsetzung der Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2021–2024 wird der Bundesrat im ersten Halbjahr 2023 den mehrjährigen Beitrag an das Flüchtlingshilfswerk der UNO (UNHCR) beschliessen. Es handelt sich um eine prioritäre Organisation der Schweizer IZA.

Soll-Termin: 31.03.2023

Eröffnung einer Botschaft in Bagdad: Beschluss

In Einklang mit der MENA-Strategie 2021–2024 (Middle East and North Africa) wird der Bundesrat im ersten Halbjahr 2023 über die Eröffnung einer Botschaft in Bagdad befinden. Er wird hierzu die Aussenpolitischen Kommissionen des Parlaments konsultieren.

Soll-Termin: 31.03.2023

Bericht über die Menschenrechtsdiplomatie der Schweiz: Bilanz 2019–2022: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 Rechenschaft ablegen über die Menschenrechtsdiplomatie 2019–2022. Der Bericht wird einen Anhang zum Aussenpolitischen Bericht 2022 darstellen.

Soll-Termin: 30.03.2023

Bericht «Verbesserung der Beziehungen mit Taiwan» (in Erfüllung des Po. APK-N 21.3967): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 einen Bericht in Erfüllung des Postulats APK-N 21.3967 verabschieden. Der Bundesrat wird entsprechend dem eingereichten Postulat darlegen, in welchen Bereichen im Interesse von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur die bestehenden Beziehungen zu Taiwan (Chinesisches Taipei) vertieft werden können.

Soll-Termin: 30.09.2023

«Framework for Participation Agreement» mit der EU: Abschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 ein «Framework for Participation Agreement» mit der EU abschliessen, das den rechtlichen und administrativen Rahmen für die Entsendung von Schweizer Expertinnen und Experten in zivile Krisenbewältigungsmissionen der EU definiert. Dadurch soll das Verfahren für künftige Schweizer Entsendungen an zivile EU-Missionen erleichtert und effizienter gestaltet werden.

Soll-Termin: 31.03.2023

Bilaterale Umsetzungsabkommen mit Partnerländern zur Umsetzung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU Mitgliedstaaten: Umsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die verbleibenden Umsetzungsabkommen mit Partnerländern des zweiten Schweizer Beitrags abschliessen, mit der Absicht, die Kooperationsprogramme ab 2023 bis 2029 umzusetzen.

Soll-Termin: 30.06.2023

Neubeurteilung des Kernwaffenverbotsvertrags (TPNW): Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 eine Neubeurteilung des Kernwaffenverbotsvertrags (TPNW) vornehmen. Er wird dies auf der Grundlage des Berichts einer interdepartementalen Arbeitsgruppe (IDAG) tun, der im Nachgang zur pandemiebedingt mehrfach verschobenen Überprüfungskonferenz des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT) erstellt wird. Auch die veränderte sicherheitspolitische Lage als Folge des russischen Militärangriffs auf die Ukraine wird berücksichtigt.

Soll-Termin: 30.06.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Einsatz im UNO-Sicherheitsrat: Präsidentschaft der Schweiz

Die Mitgliedschaft der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat (UNSR) 2023/24 ist ein zentrales Element des thematischen Schwerpunkts «Frieden und Sicherheit» in der Aussenpolitischen Strategie 2020–2023. Übergeordnetes Ziel ist eine glaubwürdige Einsitznahme auf der gesamten Bandbreite der Agenda des Rats. Der Vorsitz des UNSR im Mai 2023 bietet eine gute Möglichkeit, die vom Bundesrat definierten Prioritäten aktiv zu bewirtschaften. Gleichzeitig gilt es, die mandatierten Aufgaben und aktuellen Entwicklungen effizient zu bearbeiten.

Soll-Termin: 30.06.2023

Aktualisierung bestehender bilateraler Binnenmarktabkommen mit der EU: Unterzeichnung entsprechender Beschlüsse durch die Gemischten Ausschüsse

Bestehende Binnenmarktabkommen mit der EU sollen 2023 aktualisiert werden. Die entsprechenden Beschlüsse müssen von den zuständigen Gemischten Ausschüssen genehmigt werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Übernahme und Umsetzung der Weiterentwicklungen des Schengen-/Dublin-Besitzstandes:

Fristgerechte Notifikationen an die EU

In den Mitverhandlungen neuer Schengen/Dublin-relevanter EU-Rechtsakte und in bilateralen Verhandlungen allfälliger Zusatzvereinbarungen CH-EU sind die jeweiligen Interessen der Schweiz zu definieren und zu wahren. Die fristgerechte Übernahme und Umsetzung dieser Weiterentwicklungen in der Schweiz ermöglichen es, die Schengen/Dublin-Zusammenarbeit fortzuführen und weiter zu vertiefen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Beteiligung der Schweiz an EU-Massnahmen zur Förderung von Frieden und Sicherheit: Fallweiser Ausbau

Die Schweiz beteiligt sich fallweise an EU-Krisenbewältigungsmissionen und entsendet zivile Experten an EU-Wahlbeobachtungsmissionen. Die Zusammenarbeit in der zivilen Friedensförderung soll dort intensiviert werden, wo es im gegenseitigen Interesse ist. Zu klären ist die Frage einer Aktualisierung des Pillar Assessments, wodurch das EDA mit EU-Geldern aus dem Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit, in delegierter Zusammenarbeit Projekte im Rahmen der IZA durchführen könnte.

Soll-Termin: 31.12.2023

Zweiter Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten: Umsetzung der Programme

Nach der Bewilligung und Unterzeichnung der Umsetzungsabkommen mit den 13 Partnerländer beginnt die Umsetzung der Programme des Zweiten Schweizer Beitrags.

Soll-Termin: 31.12.2023

Partnerschaft mit Australien: Prüfung und gegebenenfalls Abschluss

Australien hat gegenüber der Schweiz den Abschluss einer «Strategic Engagement Partnership» vorgeschlagen. Ein erster Entwurf wurde im Sommer 2021 in Bern konsultiert. Sofern Australien den Vorschlag weiterverfolgt, könnte 2023 eine solche Partnerschaft im Detail geprüft und gegebenenfalls abgeschlossen werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Massvolle und kohärente Regeln für den digitalen Raum: Auslegeordnung mit Optionen und Prioritäten

Gemäss Strategie Digitalausserpolitik 2021–24 setzt sich die Schweiz für eine Stärkung der digitalen Gouvernanz ein. Eine Auslegeordnung, wie die Schweiz ein kohärentes und massvolles internationales Regelwerk für den digitalen Raum mitgestalten kann, wird zuhanden des Departementvorstehers EDA erarbeitet.

Soll-Termin: 30.06.2023

Stärkung vertrauenswürdiger Datenräume: Umsetzung der Folgeaufträge des Bundesrats

Das EDA leistet wirksame Beiträge an die Umsetzung der Folgeaufträge, die der Bundesrat im Rahmen seiner Gutheissung des Berichts «Schaffung von vertrauenswürdigen Datenräumen basierend auf der digitalen Selbstbestimmung» 2022 beschloss. Es handelt sich u.a. um die Erarbeitung eines nationalen Verhaltenskodexes und internationaler Richtlinien und die Schaffung einer nationalen Anlaufstelle für Datenräume.

Soll-Termin: 31.12.2023

Halbzeitprüfung des Sendai Abkommens zur Vorbeugung von Katastrophenrisiken: Erstellung eines freiwilligen nationalen Berichts

Beim 2015 verabschiedeten Sendai Abkommen handelt sich um eine freiwillige, nicht bindende Vereinbarung zur Vorbeugung von Katastrophenrisiken. Die UNO-Generalversammlung hat beschlossen, 2023 eine Halbzeitprüfung der Umsetzung des Abkommens durchzuführen. Die Schweiz wird hierzu einen freiwilligen nationalen Bericht erstellen. Die Zwischenbilanz wird im Mai 2023 in New York präsentiert. Gleichzeitig wird eine politische Erklärung zur Erneuerung des Engagements und zur Beschleunigung der Umsetzung des Sendai-Rahmenwerks verabschiedet.

Soll-Termin: 30.06.2023

Halbzeitprüfung der internationalen Wasserdekade: Mitgestaltung der UNO-Konferenz und der Abschlusserklärung

Im März 2023 findet in New York eine hochrangige Konferenz zum Thema Wasser statt. Es handelt sich um die Halbzeitprüfung der internationalen Wasserdekade 2018–2028. Im Rahmen der Überprüfung der bis anhin erreichten Ziele soll eine Abschlusserklärung mit angepassten Massnahmen und Investitionen verhandelt werden. Die Schweiz will diese und die Konferenz im Allgemeinen im Sinne ihrer Leitlinien Wasser 2022–2025 mitgestalten.

Soll-Termin: 31.03.2023

Hochrangige internationale Finanzierungskonferenz des globalen humanitären Fonds «Education Cannot Wait»: Erfolgreiche Durchführung als Gaststaat

Ende Februar 2023 findet in Genf die hochrangige internationale Finanzierungskonferenz des globalen humanitären Fonds «Education Cannot Wait – ECW» unter dem Patronat von Aussenminister Cassis und der Schweiz als Gaststaat statt. ECW ist ein multilateraler Partner der DEZA. Die Schweiz wird anlässlich der Konferenz einen «Pledge» im mehrstelligen Millionenbereich sprechen.

Soll-Termin: 31.03.2023

International Cooperation Forum: Langfristige Etablierung des Formats

Das 2022 zum ersten Mal durchgeführte International Cooperation Forum soll institutionalisiert, jährlich unter einem neuen Schwerpunkt durchgeführt und national wie international zu einer Schlüsselkonferenz in der internationalen Zusammenarbeit (IZA) werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Sicherstellung einer wirksamen Leistungserbringung von Beauftragten des EDA: Einführung eines Sanktionssystems

Das EDA führt ein System ein, um zu verhindern, dass Beauftragte bei schwerwiegend ungenügender Leistungserbringung erneut Aufträge vom EDA erhalten (gemäss Art. 44/45 BöB).

Soll-Termin: 31.12.2023

Konkretisierung der sicherheitsrelevanten Anforderungen an die konsularischen Dienstleistungen:

Aktionsplan zur Sensibilisierung der Auslandvertretungen

Die künftigen Schengen-Applikationen im Migrations- und Sicherheitsbereich, die sich aktuell in der Entwicklung befinden, erfordern Begleitmassnahmen im Bereich der konsularischen Dienstleistungen. Das EDA stellt mittels Aktionsplan die dazu unerlässlichen Sensibilisierungs- und Schulungsmassnahmen sowie die erforderlichen Anpassungen in den Arbeitsprozessen sicher.

Soll-Termin: 31.12.2023

EDI

GENERALSEKRETARIAT EDI (GS-EDI)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Nachfolgevorschlag für die Strategie der offenen Verwaltungsdaten (OGD-Strategie 2019–2023): Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Nachfolgevorschlag zur «Open Government Data»-Strategie 2019–2023 zur Kenntnis nehmen. Im Rahmen der «Open Government Data»-Strategie werden der Öffentlichkeit auf dem Portal opendata.swiss offene und frei nutzbare Verwaltungsdaten zur Verfügung gestellt. Die Publikation der Verwaltungsdaten soll weiterhin gefördert werden, um die Transparenz, Partizipation und Innovation in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Programm DTI (Unternehmensarchitektur): Projekt Aufbau Geschäftsarchitektur EDI: Abschluss Aufbauarbeiten

zentral von GS-EDI geführtes Projekt zur Standardisierung und Harmonisierung der Geschäftsarchitektur (Prozesse) als integraler Teil der Unternehmensarchitektur EDI (bspw. Vernetzung zu IT-Anwendungen). Mit dem Abschluss der Aufbauarbeiten sollen Möglichkeiten zur Standardisierung, Harmonisierung und Umsetzung erarbeitet werden.

Soll-Termin: 30.06.2023

Ausserparlamentarische Gremien: Gesamterneuerungswahlen für die Amtsperiode 2024- 2027: Verabschiedung durch den Bundesrat

Eingabe an die BK im Juli 2023 und Verabschiedung durch Bundesrat Ende 2023.
Der Bundesrat wird Ende 2023 die Gesamterneuerungswahlen der Ausserparlamentarischen Gremien verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Programm DTI (Leuchtturmprojekte): eSubventionen: Abschluss WTO-Ausschreibung

Das Projekt muss die bestehende Subventionslösung ablösen. Ziel ist es, die Prozesse medienbruchfrei und automatisiert abzuwickeln. Die Anwendung muss so aufgebaut sein, dass sie auch für weitere Aemter nutzbar sein muss.

Ende 2023 soll die WTO-Ausschreibung zum Projekt eSubventionen abgeschlossen sein.

Soll-Termin: 31.12.2023

Programm DTI (Leuchtturmprojekte): Consultation: Abschluss-Realisierung erste Etappe und Sicherstellung Betrieb.

Die Vernehmlassungen und Konsultation sollen durch ein Tool den Vernehmlassungsteilnehmern wie auch den -durchführenden eine einfache, medienbruchfreie Rückmeldung und Auswertung ermöglichen. Im ersten Halbjahr 2023 soll die erste Etappe realisiert und der Betrieb sichergestellt werden.

Soll-Termin: 30.06.2023

eESA: Einführung Risikoengine und Abschluss Projekt

Das Hauptziel des Projekts «eESA» ist die gesetzlichen Aufsichtsarbeiten künftig soweit wie möglich auf elektronischem Weg und automatisiert abwickeln zu können.

Ende 2023 soll das Tool Risikoengine zur Bewertung der Risiken der Stiftungen eingeführt und das Projekt abgeschlossen sein.

Soll-Termin: 31.12.2023

Reorganisation ESA: Abschluss Reorganisation

Die ESA befindet sich in einem umfassenden Veränderungsprozess. Dieser beinhaltet auch eine Reorganisation. Diese hat Abhängigkeiten zum IT-Projekt eESA, weil das IT-Projekt eESA auch die Abläufe und Aufgaben in der ESA beeinflussen wird.

Ende 2023 soll die Reorganisation abgeschlossen sein.

Soll-Termin: 31.12.2023

EIDG. BÜRO FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN (EBG)

PROJEKTE UND VORHABEN

Nationale Strategie des Bundes für die Gleichstellung von Frauen und Männern: Umsetzung

Der Bundesrat hat am 28. April 2021 die Gleichstellungsstrategie 2030 verabschiedet. Diese fokussiert auf die Handlungsfelder Berufliches und öffentliches Leben; Vereinbarkeit und Familie; Geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung. Sie beinhaltet 49 prioritäre Massnahmen aller Departemente und der Bundeskanzlei.

2023 wird das EBG die 8 prioritären Massnahmen in seiner Zuständigkeit umsetzen sowie ein halbjährliches Monitoring der Umsetzung aller Massnahmen des Bundes sicherstellen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Kontrollen zur Lohngleichheit im Beschaffungswesen in Unternehmen unter 100 Personen:

Umsetzung

Der Bund beschafft Güter und Dienstleistungen im Wert von 6,1 Milliarden Franken, die von rund 30'000 Lieferanten bezogen werden. Dabei werden nur Anbietende berücksichtigt, die unter anderem die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann einhalten. Das EBG leitet dazu jährlich 30 neue risikobasierte Kontrollen ein.

2023 werden 30 neue Kontrollen eingeleitet. Sie konzentrieren sich auf Anbietende mit weniger als 100 Arbeitnehmenden. Bei diesen ist der unerklärte Anteil bei den Lohnunterschieden überdurchschnittlich hoch.

Soll-Termin: 31.12.2023

Prüfinstrumente zur Lohngleichheit für öffentliche und private Anbieter: Umsetzung

Das Standard Analysetool Logib wird bis 2023 technisch modernisiert. In einer nächsten Phase steht die Integration der standardisierten Swissdec Schnittstelle zu ERP Systemen (Lohnbuchhaltung) an. Das Projekt kann den administrativen Aufwand der Lohngleichheitsanalyse für die meisten Unternehmen von 1-2 Tagen auf wenige Stunden senken.

Bei der technischen Modernisierung des Standard Analysetools Logib wird 2023 die Integration der standardisierten Swissdec Schnittstelle zu ERP Systemen (Lohnbuchhaltung) umgesetzt. Die Schnittstelle wird über den Verein Swissdec und den Lohnstandard CH (ELM: einheitliches Lohnmeldeverfahren) realisiert.

Soll-Termin: 31.12.2023

Charta zur Lohngleichheit für den öffentlichen Sektor: Umsetzung

Der öffentlichen Hand kommt in der Förderung der Lohngleichheit eine Vorbildfunktion zu. Die Unterzeichnenden der Charta bekräftigen, die Lohngleichheit in ihrem Einflussbereich umzusetzen. Bis Anfang 2022 sind der Bund, 16 Kantone, 111 Gemeinden und 62 staatsnahe Betriebe beigetreten. Das Parlament will die Charta stärken und hat den Bundesrat mit der Erarbeitung einer entsprechenden Strategie beauftragt (Po. WBK-N 20.4263). Das EBG setzt diesen Auftrag um und erstattet dem Parlament 2022 Bericht. 2023 verstärkt das EBG die Fachberatung zu Kontrollen im öffentlichen Beschaffungs- und Subventionswesen, um die Umsetzung der Charta zu erleichtern. Weiter wird die Senkung der Toleranzschwelle geprüft.

Soll-Termin: 31.12.2023

Nationaler Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt: Umsetzung

Der Bundesrat hat 2022 gemäss Legislaturplanung 2019 - 2023 (Art. 9, Ziel 8, Massnahme 42) einen nationalen Aktionsplan (NAP) zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul Konvention) verabschiedet. Der NAP enthält 44 Massnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie eine Auflistung von guten Praxisbeispielen.

Die 44 Massnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden werden ab 2023 umgesetzt. 2024 erfolgt eine Zwischenbilanz der Umsetzung, 2026 der Schlussbericht.

Soll-Termin: 31.12.2023

Einrichtung eines 24-Stunden-Beratungsangebots für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (in Erfüllung der Mo. 20.4451 Funiciello, der Mo. 20.4452 Vincenz-Stauffer und der Mo. 4463 Herzog): Umsetzung

Der Bund wird zusammen mit den Kantonen ein schweizweites professionelles 24h-Beratungsangebot für Opfer von Gewalt und davon mitbetroffene Personen einrichten oder dieses schweizweit koordinieren. Es soll die Anforderungen von Artikel 24 der Istanbul-Konvention erfüllen, für alle Betroffenen leicht zugänglich sein und in der Bevölkerung breit bekannt gemacht werden.

2023 wird der Bund mit den Kantonen ein schweizweites professionelles 24h-Beratungsangebot für Opfer und Mitbetroffene von Gewalt einrichten oder dieses schweizweit koordinieren.

Soll-Termin: 31.12.2023

Verbesserung der Datenlage bezüglich Auswirkungen auf die Geschlechter (in Erfüllung der Mo. Herzog 20.3588): Umsetzung

Der Bundesrat stellt sicher, dass alle massgeblichen Statistiken und Studien des Bundes nach Geschlechtern aufgeschlüsselt beziehungsweise deren Auswirkungen auf die Geschlechter untersucht und dargestellt werden.

Im zweiten Halbjahr 2023 werden Arbeitsinstrumente erarbeitet und den zuständigen Bundesstellen zur Verfügung gestellt.

Soll-Termin: 31.12.2023

SCHWEIZERISCHES BUNDESARCHIV (BAR)

PROJEKTE UND VORHABEN

Ablösung des Digitalen Archivs DIR: Publikation WTO-Zuschlag auf SIMAP

Das aktuelle Digitale Archiv wird durch eine neue zukunftsfähige Applikation abgelöst.
Publikation des Zuschlags für WTO-Ausschreibung auf SIMAP

Soll-Termin: 31.12.2023

Ablösung des Archivinformationssystems AIS: Erteilung des WTO-Zuschlags

Das bisherige Archivierungs-Informationssystem AIS, welches die Standorte und beschreibenden Daten der Archivdossiers verwaltet, wird erneuert.
Der WTO-Zuschlag für den neuen Metadaten-Katalog, das Archivinformationssystem AIS, ist erteilt.

Soll-Termin: 30.06.2023

Weiterentwicklung Online-Zugang: Inbetriebnahme Anonymisierung und Viewer

Verbesserung des Online-Zugangs zu den Unterlagen des Bundesarchivs entlang der Kundenbedürfnisse von Öffentlichkeit und Verwaltung.
Inbetriebnahme des Anonymisierungsdienstes und Viewers im Online-Zugang

Soll-Termin: 30.06.2023

Ausbau Digitalisierung: Neues Betriebskonzept und neue Betriebsorganisation

Ausbau der Betriebsorganisation und Weiterentwicklung der Systeme, um sämtliche bestellten analogen Unterlagen fortlaufend digitalisieren zu können.
Neues Betriebskonzept und neue Betriebsorganisation ist in Kraft

Soll-Termin: 31.10.2023

BUNDESAMT FÜR KULTUR (BAK)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Kulturbotschaft 2025–2028: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2025–2028 eröffnen. Sie legt die strategische Ausrichtung der Kulturpolitik des Bundes in der Förderperiode 2025–2028 fest. Sie präsentiert die Ziele, die wichtigsten Massnahmen und die Finanzierung sämtlicher Förderbereiche des Bundesamtes für Kultur, der Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia und des Schweizerischen Nationalmuseums.

Soll-Termin: 30.06.2023

Anpassung der Filmverordnung (FiV): Inkraftsetzung

Das Parlament beschloss am 1. Oktober 2021 eine Revision des Filmgesetzes. Am 15. Mai 2022 wurde die Revision zum Filmgesetz in der Volksabstimmung angenommen. Die Änderung des Filmgesetzes soll die Schweizer Filmbranche befähigen, bestmöglich auf die Digitalisierung des Marktes und auf das geänderte Medienkonsumverhalten zu reagieren. Inländische private Fernsehsender sowie Streamingdienste sind neu verpflichtet, vier Prozent ihres Umsatzes in das Schweizer Filmschaffen zu investieren. Der Bundesrat wird die Ausführungsbestimmungen zum revidierten Filmgesetz im zweiten Halbjahr 2023 verabschieden und per 1. Januar 2024 in Kraft setzen.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitale Langzeitarchivierung Schweiz. Nationalbibliothek: Durchführung einer WTO-Beschaffung

Erteilung des Zuschlags zur WTO-Beschaffung von Access
Ablösung der aktuellen Langzeitarchivumgebung durch diverse WTO-Beschaffungen, 2023 wird die Beschaffung des Vermittlungssystems (Access) abgeschlossen und der Zuschlag publiziert.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR METEOROLOGIE UND KLIMATOLOGIE (METEOSCHWEIZ)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision der Verordnung über die Meteorologie und Klimatologie: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Teilrevision der Verordnung über die Meteorologie und Klimatologie (MetV) gutheissen. Dabei geht es um die Anpassung der Gebührenpflicht für meteorologische und klimatologische Daten. Vorbehalten bleibt die Genehmigung der Teilrevision des Bundesgesetzes über die Meteorologie und Klimatologie (MetG) im Rahmen des Bundesgesetzes über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBaG) zur Umsetzung des OGD Grundsatzes.

Soll-Termin: 30.11.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Sicherstellung Betrieb und Weiterentwicklung MeteoSwiss App: Realisierung und Go Live

Die MeteoSwiss App, ist die meistgenutzte kostenlose Wetter App der Schweiz und wird je nach Wetterlage 0.5 - 1.5 Mio mal pro Tag verwendet. Um ab 2024 die Weiterentwicklung sowie den Betrieb fortführen zu können, sollen mit diesem Projekt die nötigen Schritte für die Version 3.0 eingeleitet werden. Die Version 3.0 der MeteoSwiss App soll gemäss Konzeptvorgaben weiterentwickelt, realisiert und per Ende 2023 eingeführt werden. Der lückenlose Betrieb der MeteoSwiss App wird sichergestellt.

Soll-Termin: 31.12.2023

ICON22: Ablösung des heutigen Wettervorhersagemodells COSMO durch das Nachfolgemodell

ICON: Operationelle Einführung

Numerische Wettermodelle sind ein zentraler Bestandteil der Wertschöpfungskette von MeteoSchweiz für Wettervorhersagen und Warnungen. Als Teil der Umsetzung der MeteoSchweiz-Strategie wird im Projekt ICON-22 das Vorhersagemodell COSMO durch das Nachfolgemodell ICON ersetzt.

Die operationelle Einführung ist im Q3 2023 geplant.

Soll-Termin: 30.09.2023

OWARNA@MetCH: Entwicklung und Implementierung der nächsten Generation von Wetterwarnungen für die Schweiz: Start Realisierungsphase

Das heutige Produktionssystem für Unwetterwarnungen ist seit einigen Jahren im Betrieb und eine vollständige Erneuerung steht an. Dazu wurden im Rahmen des Bundesratsantrages OWARNA 2 das Projekt OWARNA2@MetCH gestartet.

Im 2023 wird die Realisierungsphase für die Erneuerung des technischen Warnproduktionssystems gestartet. Die Pilotphase einer Befragung der Bevölkerung nach grösseren Warnereignissen ist gestartet.

Soll-Termin: 31.12.2023

Klima CH2025: Neue Klimaszenarien: Start Konzeptphase

Erarbeitung der neuen Generation von physikalischen Klimaszenarien für die Schweiz aufgrund der wissenschaftlichen Grundlagen aus dem IPCC Bericht.

Unter Einbezug der Anspruchsgruppen aus Behörden, Forschung und Anwendung werden die massgebenden Inhalte festgelegt. Berechnung von Prototypen der neuen Klimaszenarien für die Schweiz.

Soll-Termin: 31.12.2023

Ausfallsichere Rechenleistung und Transformation IKT: Produktive Cloudnutzung möglich und Abschluss des Umzugs der geschäftskritischen Anwendungen in das Rechenzentrum des BIT (CAMPUS)

Bereitstellung von georedundanten Rechenleistungen und Erhaltung des Business Continuity Management sowie Modernisierung der Informations- und Kommunikationstechnologie-Landschaft mit Cloud Hybrid Ansatz.

Die nötigen Verträge mit dem/den evaluierten Cloud-Provider(n) bestehen (Beschaffungen abgeschlossen) und die Cloud-Services können produktiv genutzt werden. Der Umzug der geschäftskritischen Anwendungen vom MeteoSchweiz-eigenen Rechenzentrum am Flughafen Zürich ins Rechenzentrum CAMPUS in Frauenfeld ist abgeschlossen.

Soll-Termin: 30.11.2023

Zukunftsausrichtung des Data Warehouses: Start Initialisierungsphase und Abschluss Konzeptphase

Data Services ist das Projekt welches die Basis-Infrastruktur für die Zukunft des heutigen DWH bereit stellt und eine nahtlose Migration der bestehenden Datenhaltung und der dazugehörigen Geschäftslogik in die zu evaluierende Nachfolgelösung ermöglicht.

Erarbeiten Zielarchitektur und Evaluieren der Lösungen. Proof of Concepts (POCs) basierend auf Use Cases sind erstellt. Aufbau des Zielsystems ist geklärt. Ggf. Beginn erster Migrationen falls zeitlich schon möglich.

Soll-Termin: 31.12.2023

Automatisierung der Flugwettermeldungen 24/7: Start Parallelbetrieb am Flughafen Genf

Mit AMAROC werden die Wetterbeobachtungen an 10 Flughäfen (Genf, Zürich, 8 Regionalflughäfen) sowie für die WMO rund um die Uhr automatisiert.

Automatisch erstellte Wettermeldungen (AutoMETAR) werden nicht mehr nur nachts (bzw. während den Nicht-Betriebszeiten des Flughafens), sondern neu auch tagsüber erstellt und versendet.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR GESUNDHEIT (BAG)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Verordnung über das Register der Leistungserbringer im ambulanten Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Registerverordnung Leistungserbringer OKP): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Verordnung über das Register der Leistungserbringer im ambulanten Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung verabschieden und die gesetzliche Regelung in Kraft setzen. Die Änderung im Bundesgesetz über die Krankenversicherung «Zulassung Leistungserbringer» beinhaltet die Vorgabe, ein Register der Leistungserbringer im ambulanten Bereich einzuführen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Kostendämpfung): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zu den Massnahmen zur Kostendämpfung (Paket 1b der Revision des Bundesgesetzes über die Krankversicherung) eröffnen. Die Vorlage umfasst die Umsetzungsbestimmungen zum Kostenmonitoring, die Substitutionsmöglichkeit bei Arzneimitteln und die Zulassungsverfahren für Arzneimittel.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht über den Stand der Diskussionen zur Umsetzung der Pflegefinanzierung: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht über den Stand der Diskussionen zur Umsetzung der Pflegefinanzierung zur Kenntnis nehmen. Darin werden die Umsetzungsdefizite bei der Pflegefinanzierung der betroffenen Akteure aufgezeigt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Kostenträger im Gesundheitswesen» (in Erfüllung des Po. SGK-S 20.3135): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats SGK-S 20.3135 betreffend die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Kostenträger im Gesundheitswesen gutheissen. Der Bericht soll aufzeigen, wie sich die Covid-19-Pandemie auf die Kostenträger im Gesundheitswesen ausgewirkt hat.

Soll-Termin: 31.12.2023

Ausdehnung des Krankenversicherungsobligatoriums auf alle inhaftierten Personen: Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 das Ergebnis der Vernehmlassung zur Ausdehnung des Krankenversicherungsobligatoriums auf alle inhaftierter Personen zur Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden. Zur Sicherstellung der medizinischen Gleichbehandlung soll geprüft werden, ob das Obligatorium auf alle inhaftierten Personen ausgedehnt und gegebenenfalls das Krankenversicherungsgesetz oder das Ausführungsrecht angepasst werden soll.

Soll-Termin: 31.12.2023

Evaluation Health Technology Assessment-Programm (HTA-Programm): Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 einen Grundsatzentscheid über das weitere Vorgehen des HTA-Programms basierend auf einer erneuten Evaluation der Ressourcensituation und den Auswirkungen der Massnahmen auf die obligatorische Krankenpflegeversicherung fällen.

Soll-Termin: 01.08.2023

Vergütungspflicht der Krankenkassen für im Ausland eingekaufte medizinische Mittel und Gegenstände (in Umsetzung der Mo. Heim 16.3169): Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 vom Vernehmlassungsbericht Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden. Der Bericht enthält Vorschläge zur Vergütungspflicht der Krankenversicherer für im Ausland eingekaufte medizinische Mittel und Gegenstände in Umsetzung der Motion Heim 16.3169.

Soll-Termin: 23.05.2023

Tarife von Laboranalysen (in Umsetzung der Mo. SGK-S 17.3969): Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 vom Vernehmlassungsbericht in Umsetzung der Motion SGK-S 17.3969 «Tarifpartner sollen Tarife von Laboranalysen aushandeln» Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden. Der Vorstoss beauftragt den Bundesrat, Artikel 52 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) so zu ändern, dass die Tarife von Analysen durch medizinische Labors künftig – analog Tarmed und DRG – durch die Tarifpartner verhandelt werden.

Soll-Termin: 23.05.2023

Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV): Kostensenkende Massnahmen, Vergütung im Einzelfall und Massnahmen zur Erhöhung der Rechtssicherheit: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 diverse Massnahmen im Arzneimittelbereich auf Stufe der KVV/KLV (mit den Stichworten Kostendämpfung, Einzelfallvergütung, Optimierung Prozesse, Erhöhung Rechtssicherheit, Gebührenanpassung) in Kraft setzen. Er verabschiedet die Verordnungsbestimmungen und entscheidet über den Zeitpunkt der Inkraftsetzung.

Soll-Termin: 01.06.2023

Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV): Arzneimittelpaket: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zu einem weiteren Arzneimittelpaket eröffnen. Die einzelnen Massnahmen, wie beispielsweise eine Anpassung des Art. 65b KVV betreffend die Schaffung zusätzlicher Kriterien neben dem Auslandspreisvergleich beziehungsweise dem therapeutischen Quervergleich oder klarere Kriterien für Preiserhöhungen, sind noch zu evaluieren.

Soll-Termin: 31.12.2023

Teilrevision des Erwerbsersatzgesetzes (EOG) und des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) (in Umsetzung der Mo. Darbellay 11.3811): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zur Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (EOG) und des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) verabschieden. Damit soll garantiert werden, dass Taggelder auch in Fällen bezahlt werden, in denen die Erwerbsunfähigkeit auf einen Rückfall oder Spätfolgen eines Unfalles zurückgehen, welchen die versicherte Person als Jugendlicher oder Jugendliche erlitten hatte.

Soll-Termin: 31.12.2023

Änderung der Biozidprodukteverordnung (VBP) zur Reduktion von Risiken beim Einsatz von Pestiziden: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Änderungen in der Biozidprodukteverordnung (VBP) zur Reduktion von Risiken beim Einsatz von Pestiziden in Kraft setzen. Der Grund bildet die Umsetzung der parlamentarischen Initiative 19.475 zur Verminderung der Risiken beim Einsatz von Pestiziden. Das Chemikaliengesetz sieht neu eine Mitteilungspflicht für Biozidprodukte und eine Verminderung von Risiken von Biozidprodukten vor.

Soll-Termin: 31.12.2023

Teilrevision des Transplantationsgesetzes: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Botschaft zur Teilrevision des Transplantationsgesetzes verabschieden. Damit soll die Sicherheit der Transplantationsmedizin mit einem Vigilanzsystem erhöht und der Vollzug gestärkt werden. Zudem werden wissenschaftliche und regulatorische Entwicklungen, die seit dem Inkrafttreten des Transplantationsgesetzes vor mehr als zehn Jahren eingetreten sind, aufgenommen.

Soll-Termin: 30.06.2023

Teilrevision des Heilmittelgesetzes (3. Etappe) (in Umsetzung der Mo. Stöckli 18.3512 und 19.4119):
Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Teilrevision des Heilmittelgesetzes eröffnen. Damit soll der Zugang der Patientinnen und Patienten zu innovativen Arzneimitteltherapien sichergestellt, der Versandhandel mit nicht verschreibungspflichtigen Arzneimitteln vereinfacht und die Verwendung von elektronischen Instrumenten zur Stärkung der Medikationssicherheit bei Kindern und Erwachsenen geregelt werden.

Soll-Termin: 30.06.2023

Teilrevision des Verordnungsrechts zum Humanforschungsgesetz: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Teilrevision des Verordnungsrechts zum Humanforschungsgesetz eröffnen, die auf den Erkenntnissen der Evaluation des Humanforschungsrechts von 2019 beruht. Ziel dieser Vorlage ist es, den Schutz der Persönlichkeit und der Gesundheit von Forschungsteilnehmenden angesichts der neuen wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung zielgerichtet zu verbessern, die Transparenz bezüglich der Forschungsergebnisse zu erhöhen sowie die günstigen Rahmenbedingungen für die Forschung am Menschen in der Schweiz weiter zu erhalten und zu stärken.

Soll-Termin: 31.03.2023

Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung des Aktionsplans zur Verstärkung der radiologischen Sicherung und Sicherheit 2020–2025 in der Schweiz (Radiss): Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung des Aktionsplans zur Verstärkung der radiologischen Sicherung und Sicherheit 2020–2025 in der Schweiz (Radiss) zur Kenntnis nehmen und über allfällige weitere Massnahmen entscheiden. Der Aktionsplan Radiss 2020–2025 soll die Gefährdung von Mensch und Umwelt durch radioaktive Quellen, die nicht mehr unter behördlicher Kontrolle sind, weiter vermindern. Mit zusätzlichen Massnahmen zur Prävention und Detektion sollen sowohl der Missbrauch zu kriminellen Zwecken als auch eine unkontrollierte Verbreitung – durch unzulässige Entsorgung oder durch illegale Ein-, Aus- und Durchfuhr von radioaktivem Material – verhindert werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Teilrevision des Epidemiengesetzes: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Revision des Epidemiengesetzes eröffnen. Es soll dort revidiert werden, wo sich Regelungslücken und Optimierungsbedarf gezeigt haben, aber ansonsten soll beibehalten werden, was sich bewährt hat. Ausgewertet werden dabei Vollzugserfahrungen vor und mit Covid-19. Das revidierte Gesetz soll es Bund und Kantonen in enger Zusammenarbeit ermöglichen, die Gesundheit der Schweizer Bevölkerung vor zukünftigen Bedrohungen durch übertragbare Krankheiten zu schützen und die dafür notwendigen Vorsorgemassnahmen rechtzeitig und verhältnismässig zu ergreifen.

Soll-Termin: 01.07.2023

Bericht «Gesundheit der Frauen. Bessere Berücksichtigung ihrer Eigenheiten» (in Erfüllung des Po. Fehlmann Rielle 19.3910): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Fehlmann Rielle 19.3910 betreffend Gesundheit der Frauen gutheissen. Das Postulat verlangt zu zeigen, wie die spezifischen Bedürfnisse der Frauen in Bezug auf die Gesundheit in Forschung, Prävention und Pflege besser berücksichtigt werden können. Da die Umsetzung möglicher Massnahmen mehrheitlich nicht in der Kompetenz des Bundes liegen wird, soll der Bericht als Grundlage für die allfällige Ausarbeitung konkreter Massnahmen mit verschiedenen Akteuren dienen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Revision Betäubungsmittelsuchtverordnung (BetmSV): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Revision der Betäubungsmittelsuchtverordnung (BetmSV) in Kraft setzen. Die Revision betrifft in erster Linie die Ab- und Mitgabe von medizinischem Heroin (Diacetylmorphin) und die Fortführung der Behandlung ausserhalb der heroingestützten Behandlungszentren. Mit den Anpassungen wird insbesondere auf die Bedürfnisse von älteren und komorbiden Patientinnen und Patienten eingegangen.

Soll-Termin: 01.04.2023

Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 das Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) und die entsprechende Ausführungsverordnung in Kraft setzen. Das neue Bundesgesetz wurde am 1. Oktober 2021 vom Parlament verabschiedet. Mit diesem Gesetz werden die Tabakprodukte einer eigenen spezifischen Gesetzgebung unterstellt. Die wesentlichen Neuerungen sind: Regelung von Alternativprodukten wie elektronische Zigaretten, das Verbot des Verkaufs an Minderjährige und neue Werbebeschränkungen. Die Ausführungsbestimmungen präzisieren beispielsweise die Warnhinweise auf Zigaretten und anderen Rauchprodukten, regeln die Selbstkontrolle der Unternehmen und sehen ein Verfahren für Testkäufe vor.

Soll-Termin: 31.12.2023

Teilrevision des Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG):
Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) verabschieden. Das neue Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) wurde am 1. Oktober 2021 vom Parlament verabschiedet. Die am 13. Februar 2022 von Volk und Ständen angenommene Volksinitiative «Ja zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Tabakwerbung» verlangt eine Verschärfung der Werbebestimmungen dieses Gesetzes. Mit der Teilrevision des noch nicht in Kraft gesetzten TabPG soll der neue Verfassungsartikel umgesetzt werden. Werbung soll verboten werden, wenn sie Minderjährige erreicht.

Soll-Termin: 30.06.2023

Nationales Programm zur Überwachung, Verhütung und Bekämpfung von sexuell übertragenen Infektionen (NAPS): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 das Nationale Programm zur Überwachung, Verhütung und Bekämpfung von sexuell übertragenen Infektionen (NAPS) verabschieden. Dieses Programm schliesst an das noch bis Ende des Jahres 2023 laufende Nationale Programm HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen (NPHS) an.

Soll-Termin: 23.11.2023

Zwischenevaluation der nationalen Strategie zur Überwachung, Verhütung und Bekämpfung von healthcare-assoziierten Infektionen (NOSO): Grundsatzentscheid

Der Bundesrat hat im März 2016 die nationale Strategie gegen healthcare-assoziierte Infektionen verabschiedet und beschlossen, diese Strategie erstens zusammen mit den Kantonen und den betroffenen Partnern umzusetzen und zweitens im Jahr 2020 eine Zwischenevaluation und im Jahr 2024 eine Gesamtevaluation durchzuführen. Aufgrund von coronabedingten Verzögerungen bei der Umsetzung wird der Zwischenbericht 2022 erstellt und die Ergebnisse werden dem Bundesrat 2023 vorgelegt, zusammen mit Vorschlägen zur weiteren Umsetzung, je nachdem welche Empfehlungen sich aus der Evaluation ergeben. Im ersten Halbjahr 2023 wird der Bundesrat die Zwischenevaluation zur Kenntnis nehmen und über die Fortführung der Arbeiten entscheiden.

Soll-Termin: 30.06.2023

Teilrevision des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (EPDG) zur Umsetzung einer Übergangsfinanzierung: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (EPDG) zur Übergangsfinanzierung verabschieden. Die Vorlage bezweckt befristete Finanzhilfen an die Stammgemeinschaften für die Zeit bis die Rechtsgrundlagen für die umfassende Revision des EPDG in Kraft gesetzt sind.

Soll-Termin: 30.09.2023

Weiterentwicklung des elektronischen Patientendossiers: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (EPDG) eröffnen. Die Revision bezweckt die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des EPD, um dessen Nutzen für alle Beteiligten erhöhen zu können.

Soll-Termin: 30.06.2023

Programm zur Förderung der Digitalen Transformation im Gesundheitswesen: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zum Programm «Digitale Transformation Gesundheit» verabschieden. Ausgehend von der «Strategie Digitale Transformation» soll ein Programm zur Förderung der Digitalen Transformation im Gesundheitswesen aufgebaut werden. Dies mit dem Ziel, dass sich die einzubindenden Akteure für gemeinsame Zielsetzungen und für ihren eigenen Beitrag zur Zielerreichung verpflichten.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Rechtssicherheit bei Produktion, Handel und Gebrauch von Hanf/Cannabisprodukten» (in Erfüllung des Po. Minder 21.3280): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Minder 21.3280 betreffend Rechtssicherheit bei Produktion, Handel und Gebrauch von Hanf/Cannabisprodukten gutheissen. Im Bericht wird die wirtschaftliche Nutzung des Hanfs und Möglichkeiten für die Cannabisregulierung in der Schweiz aufgezeigt.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen» (in Erfüllung des Po. Roduit 21.3220): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Roduit 21.3220 gutheissen. Der Bericht schafft die Grundlagen dafür, dass die Datenlücken im Bereich der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen geschlossen werden können.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Stärkung der Nationalen Strategie Sucht durch den Einbezug der Cyberabhängigkeit» (in Erfüllung des Po. WBK-N 20.4343): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats WBK-N 20.4343 betreffend Einbezug der Cyberabhängigkeit in die Nationale Strategie Sucht gutheissen. Der Bericht wird aufzeigen, welche Massnahmen im Bereich der Prävention von Cyberabhängigkeit im Rahmen der Nationalen Strategie Sucht bereits durchgeführt werden. Er wird zudem allfällige Lücken in diesem Bereich identifizieren sowie mögliche Massnahmen zur Behebung dieser Lücken darlegen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Einfluss der Pandemie auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung in der Schweiz» (in Erfüllung der Po. Hurni 21.3234 und WBK-N 21.3457): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht «Einfluss der Pandemie auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung in der Schweiz» in Erfüllung der Postulate Hurni 21.3234 und WBK-N 21.3457 gutheissen. Der Bericht soll den Einfluss der Pandemie auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung und insbesondere auch der Jugendlichen in der Schweiz erläutern.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht betreffend die Situation der älteren Bevölkerung und der Bewohnerinnen und Bewohner in Heimen in Zeiten der Corona-Pandemie (in Erfüllung der Po. Wehrli 20.3724 und Gysi Barbara 20.3721): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr den Bericht betreffend die Situation der älteren Bevölkerung und der Bewohnerinnen und Bewohner in Heimen in Zeiten der Corona-Pandemie in Erfüllung der Postulate Wehrli 20.3724 und Gysi Barbara 20.3721 gutheissen. Auf der Grundlage von zwei umfassenden quantitativen und qualitativen Studien wird der Bericht aufzeigen, wie die ältere Bevölkerung und die Bewohnerinnen und Bewohner in Heimen die Covid-Pandemie erlebt haben und welche Massnahmen allenfalls daraus abgeleitet werden können.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Versorgungslücken schliessen. Es ist Zeit für neue Pflegemodelle.» (in Erfüllung des Po. Streiff 19.4278): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Streiff 19.4278 betreffend neuer Pflegemodelle gutheissen. Der Bericht soll erläutern, ob es eine gesetzliche Regulierung von Pflegeexpertinnen und Pflegeexperten APN (Advanced Practice Nurse) braucht, und was eine solche Regulierung umfassen sollte. Dabei ist auch zu klären, wie die von APN erbrachten Leistungen finanziert werden sollen.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Kosten-Nutzen-Analyse der Massnahmen, die Unternehmen für ihre Angestellten zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung ergriffen haben» (in Erfüllung des Po. Maret 21.3232): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht «Kosten-Nutzen-Analyse der Massnahmen, die Unternehmen für ihre Angestellten zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung ergriffen haben» in Erfüllung des Postulats Maret 21.3232 gutheissen. Darin sollen die Gewinne und Einsparungen aufgezeigt werden, die dank der Massnahmen von Unternehmen erzielt wurden, die für ihre Angestellten, welche regelmässig Angehörige betreuen und pflegen, zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung ergriffen wurden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Sicherstellung einer angemessenen Behandlung und Rehabilitation für Menschen mit Long Covid» (in Erfüllung des Po. SGK-S 21.3014): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats SGK-S 21.3014 betreffend Behandlung und Rehabilitation für Menschen mit Long Covid-19 gutheissen. Das Postulat verlangt vom Bundesrat einen Bericht über die Situation von Patientinnen und Patienten mit Langzeitfolgen einer Covid-19 Infektion und deren gesundheitlichen Versorgung.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht zur Pilotphase der nationalen Kohorte (Schweizer Gesundheitsstudie) und weitere Schritte: Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht zu den Ergebnissen der Pilotphase zum Aufbau einer nationalen Gesundheitskohorte (Schweizer Gesundheitsstudie) zur Kenntnis nehmen und über die nächsten Schritte entscheiden. Die Pilotphase hat zum Ziel, die Machbarkeit einer Gesundheitskohorte zu evaluieren und die Teilnahmebereitschaft der Bevölkerung zu testen. In zwei Studienzentren wurden Prozesse definiert und Infrastrukturen entwickelt, und zwischen Oktober 2020 und Dezember 2021 haben etwas mehr als 750 Personen an der Pilotphase teilgenommen. Der Bericht zieht Bilanz über die Pilotphase und zeigt auf, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit eine nationale Kohorte aufgebaut werden kann (Governance und Einbezug der verschiedenen Akteure, Finanzierung, gesetzliche Grundlagen).

Soll-Termin: 30.04.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Umsetzung Pflegeinitiative: Umsetzung in zwei Etappen

Der Bundesrat hat entschieden, die Pflegeinitiative in zwei Etappen umzusetzen. Die im indirekten Gegenvorschlag enthaltenen Elemente Ausbildungsinitiative und direkte Abrechnung werden rasch und ohne erneute Vernehmlassung umgesetzt. Die Umsetzung der anforderungsgerechten Arbeitsbedingungen und einer angemessenen Abgeltung benötigen dagegen mehr Zeit, sollen aber ebenfalls zügig an die Hand genommen werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR STATISTIK (BFS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen (Adressdienstgesetz, ADG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Botschaft zum Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen (Adressdienstgesetz, ADG) verabschieden. Der Aufbau eines nationalen Adressdienstes für Verwaltungsaufgaben entspricht einem Bedürfnis und fand in der Vernehmlassung weitgehende Zustimmung.

Soll-Termin: 30.04.2023

Bericht zum Stand der Umsetzung der Mehrfachnutzung von Daten: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht über den Stand der Umsetzung der Mehrfachnutzung von Daten zur Kenntnis nehmen und das weitere Vorgehen festlegen.

Soll-Termin: 31.03.2023

Bericht «Zukunftsfähige Daten-Infrastruktur und Daten-Governance in der Bundesverwaltung» (in Erfüllung der Mo. FK-N 20.4260): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird den Bericht «Zukunftsfähige Daten-Infrastruktur und Daten-Governance in der Bundesverwaltung» in Erfüllung der Motion FK-N 20.4260 im zweiten Halbjahr 2023 gutheissen. Dies erfolgt in Erfüllung des Auftrags gemäss Motion, dem Parlament jährlich über die Arbeiten zur Schaffung eines zentralen, standardisierten Zugangs zu den digitalen Daten und Prozessen der Bundesverwaltung Bericht zu erstatten.

Soll-Termin: 31.12.2023

Nachfolgevorschlag für die Strategie für offene Verwaltungsdaten (OGD-Strategie): Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Nachfolgevorschlag zur Open Government Data-Strategie 2019-2023 zur Kenntnis nehmen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Programm zur Förderung der Digitalen Transformation im Gesundheitswesen: Verabschiedung der Botschaft

Die Botschaft zeigt auf, wie und mit welchen Ressourcen die digitale Transformation im Gesundheitswesen – insbesondere in den Bereichen Datenmanagement und Mehrfachnutzung von Daten – gefördert werden soll.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Statistisches Mehrjahresprogramm des Bundes 2024-2027: Erarbeitung

Das BFS hat gemeinsam mit den anderen Beteiligten der Bundesstatistik die Inhalte des statistischen Mehrjahresprogramms des Bundes 2024-2027 erarbeitet

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN (BSV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Nationale Strategie zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 eine Strategie zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verabschieden. Er wird bei dieser Gelegenheit eine Auslegeordnung über die laufenden Tätigkeiten vornehmen und prüfen, wo weiterer Handlungsbedarf besteht, und welche Massnahmen seitens des Bundes ergriffen werden sollen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Gesetzliche Grundlagen für eine Ombudsstelle für Kinderrechte auf eidgenössischer Ebene mit einem umfassenden Aufgaben-Katalog: Verabschiedung der Botschaft

Die Motion Noser 19.3633 beauftragt den Bundesrat, eine gesetzliche Grundlage für eine Ombudsstelle für Kinderrechte zu erarbeiten. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen» (in Erfüllung des Po. SGK-N 21.3961): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats SGK-N 21.3961 betreffend das volkswirtschaftliche Gesamtmodell gutheissen. Mit dem Postulatsbericht soll aufgezeigt werden, ob mit volkswirtschaftlichen Kosten und/oder Nutzen verschiedener Elternzeitmodelle zu rechnen ist.

Soll-Termin: 31.12.2023

Schaffung der Rechtsgrundlagen für die Digitalisierung der Erwerbsersatzordnung (EO): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zur Schaffung der Rechtsgrundlagen für die Digitalisierung der Erwerbsersatzordnung verabschieden. Die Anträge auf Leistungen der Erwerbsersatzordnung (EO) an Dienstleistende in Armee, Zivilschutz, Zivildienst und Jugend und Sport sollen in Zukunft in einem weitgehend automatisierten und digitalen Verfahren bearbeitet werden. Für den dafür nötigen Datenaustausch mit den beteiligten Dienstorganisationen und für den Aufbau und Betrieb der Informatiksysteme auf Seiten der EO müssen die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Rechtliche Grundlagen für die digitale Kommunikation in den Sozialversicherungen: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zur Schaffung von rechtlichen Grundlagen für die digitale Kommunikation in den Sozialversicherungen verabschieden. Dabei sollen die rechtlichen Grundlagen für den elektronischen Verkehr mit Versicherten inkl. elektronischem Verfügungserlass geschaffen werden. Ebenso erfordern die verschiedenen IT-Projekte aufgrund der Digitalen Transformation und IKT-Lenkung (DTI) diverse Anpassungen und Ergänzungen in den gesetzlichen Grundlagen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Teilrevision des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) (in Umsetzung der Mo. SGK-N 18.3716): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) betreffend betreutes Wohnen verabschieden. Ziel ist die Festlegung der neu durch die EL zu vergütenden Leistungen für das betreute Wohnen (zu Hause oder in Institutionen) von Personen mit einer Ergänzungsleistung zur Altersrente. Diese Leistungen sollen das selbständige Wohnen zu Hause fördern und Heimeintritte verzögern.

Soll-Termin: 30.06.2023

Reform AHV 21: Umsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Reform zur AHV 21 umsetzen. Das Ziel der Reform ist es, das finanzielle Gleichgewicht der AHV zu sichern und das Leistungsniveau in der AHV zu erhalten.

Soll-Termin: 31.12.2023

Revision des Bundesgesetzes über die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG): Inkraftsetzung

Mit der Änderung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG) soll der FLG-Fonds, dessen Zinsen zur Herabsetzung der Kantonsbeiträge an die Familienzulagen in der Landwirtschaft eingesetzt werden, aufgelöst und dessen Kapital an die Kantone ausbezahlt werden. Das Parlament berät diese Vorlage 2022, so dass der Bundesrat diese Revision voraussichtlich auf den 1. Januar 2023 in Kraft setzen kann.

Soll-Termin: 30.06.2023

Politische Bildung der jungen Generation unter Einbezug der Kantone: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur politischen Bildung der jungen Generation unter Einbezug der Kantone durchführen. Mit dieser Vorlage beabsichtigt der Bundesrat die Stärkung des politischen Wissens und Interesses der jungen Bevölkerung und somit eine höhere politische Partizipation.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Mo. Feri 20.3687 «Social-Media-Kampagne gegen Mobbing und Cybermobbing bei Kindern und Jugendlichen»: Erarbeitung der Social-Media-Kampagne gegen Cybermobbing

Die Motion verlangt die Lancierung einer nationalen Kampagne gegen Mobbing und Cybermobbing bei Kinder und Jugendlichen

Die Social-Media-Kampagne gegen Mobbing und Cybermobbing bei Kindern und Jugendlichen ist konzipiert und lanciert.

Soll-Termin: 31.12.2023

Aufbau und Betrieb eines Informationssicherheits- und Datenschutz-Systems: Abschluss Phase 1

Ein internes ISMS nach dem ISO-27001-Standard betreiben, und permanent verbessern in dem die Sicherheitsorganisation, alle geltenden Vorgaben, Massnahmen und strategischen Prozesse im Bereich Informationssicherheit zusammengefasst und koordiniert werden.

ISMS Phase 1 gemäss Auftrag GS-EDI per Ende 2023 abgeschlossen. Die Grundversion des ISMS ist aufgebaut und ist in Betrieb.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT UND VETERINÄRWESEN (BLV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Lebensmittelgesetzes: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Änderung des Lebensmittelgesetzes eröffnen. Mit der Änderung sollen die Lebensmittelsicherheit und der Täuschungsschutz verbessert sowie Handelshemmnisse mit der EU verhindert werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Jugend und gesunde Ernährung durch verstärkte Koordination und Kommunikation stärken» (in Erfüllung des Po. WBK-N 21.3005): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht «Jugend und gesunde Ernährung durch verstärkte Koordination und Kommunikation stärken» in Erfüllung des Postulats WBK-N 21.3005 gutheissen. Der Bericht soll aufzeigen, welche nationalen und kantonalen Angebote im Bereich «Jugend und Ernährung» bestehen, wie diese finanziert werden und an welche Zielgruppe sie sich wenden. Weiter soll der Bericht allfällige Angebotslücken eruieren und gegebenenfalls Massnahmen zur besseren Koordination und Kommunikation der Angebote aufzeigen.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Revision Ausführungsbestimmungen zum Lebensmittelgesetz: Verabschiedung durch Bundesrat

Mit der Änderung von Ausführungsbestimmungen zum Lebensmittelgesetz sollen primär Handelshemmnisse mit der EU vermieden werden.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Änderung von Ausführungsbestimmungen zum Lebensmittelgesetz verabschieden.

Soll-Termin: 30.11.2023

Projekt e-Cert zur Digitalisierung der Exportprozesse und der Einführung elektronischer Zertifikate: Abschluss Einführungsphase

Ausfuhrbescheinigungen sollen neu elektronisch an Drittländer übermittelt werden (via eCert). Damit werden Effizienz und Transparenz der Ausfuhrprozesse optimiert. Weiter soll die Fälschungssicherheit gewährleistet werden.

Die Einführungsphase von e-Cert ist abgeschlossen.

Soll-Termin: 30.09.2023

INSTITUT FÜR VIROLOGIE UND IMMUNOLOGIE (IVI)

PROJEKTE UND VORHABEN

Neubau Hochsicherheitsanlage IVI: Anforderungsprofil für Hochsicherheitslabor ist erarbeitet

Um auch in Zukunft den Auftrag des IVI erfüllen zu können, wird in Zusammenarbeit mit dem BBL auf 2035 ein Neubau eines Hochsicherheitslabors geplant.

Durch eine Arbeitsgruppe IVI, BLV und Vetsuisse Fakultät, sowie in diversen bilateralen Gesprächen mit Dritten, wurden Bedürfnisse aufgenommen, damit darauf basierend ein konkretes Anforderungsprofil erstellt werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2023

EJPD

GENERALSEKRETARIAT EJPD (GS-EJPD)

PROJEKTE UND VORHABEN

Weiterentwicklung Schengen/Dublin: Steuerung und Führung des Programms, Durchführung
Zwischenevaluation

Die Programmleitung sorgt für die Abwicklung des Programms, die Herbeiführung von Entscheidungen, die termingerechte Berichterstattung, die Einhaltung der Budgets, der Ziele und Termine. Im Programmkoordinationsausschuss (PKA) erfolgt die Koordination und Abstimmung auf der operativen Ebene zwischen den beteiligten Verwaltungseinheiten.

Im ersten Halbjahr 2023 ist die Einführung der Anwendung des Europäischen Reiseinformations- und Genehmigungssystems (ETIAS) geplant. Im Rahmen der Programmführung wird ausserdem die jährliche Zwischenevaluation (QR-Bericht) durchgeführt.

Soll-Termin: 30.06.2023

BUNDESAMT FÜR JUSTIZ (BJ)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Verwaltungsstrafrechts (in Umsetzung der Mo. Caroni 14.4122): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) verabschieden. Ziel ist eine umfassende Überarbeitung des VStrR, um den Entwicklungen im Strafverfahren seit der Verabschiedung des Gesetzes im Jahr 1974 Rechnung zu tragen. Mit dieser Revision kann der Bundesrat die Motion Caroni 14.4122 «Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht» umsetzen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Verabschiedung der Botschaft

Nach der Ablehnung des E-ID-Gesetzes wurden verschiedene Motionen für eine vertrauenswürdige, staatliche E-ID eingereicht. Zur Erfüllung dieser Vorstösse wurde ein neuer Gesetzesentwurf ausgearbeitet. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zu einem neuen E-ID-Gesetz verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Revision des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG, Beseitigung der Hindernisse für eine Digitalisierung): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zu einer Teilrevision des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) verabschieden. Das SchKG soll im Hinblick auf die Digitalisierung (Digitale Verlustscheine, Online-Verwertungen, elektronische Wohnsitzüberprüfung) modernisiert werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Revision des Zivilgesetzbuches und der Grundbuchverordnung (Stockwerkeigentum) (in Umsetzung der Mo. Caroni 19.3410): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Revision des Zivilgesetzbuches und der Grundbuchverordnung eröffnen. Mit der Motion Caroni 19.3410 «55 Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für ein Update» wurde der Bundesrat beauftragt, das Stockwerkeigentumsrecht anzupassen. Das Stockwerkeigentumsrecht hat sich gesamthaft betrachtet durchaus bewährt, in einigen Bereichen bestehen jedoch verbesserungswürdige Regelungen.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Initiative für ein multilaterales Rechtshilfeinstrument bei Völkerrechtsverbrechen: Verabschiedung Verhandlungsmandat

Neues multilaterales Rechtshilfeinstrument bei Genozid, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Eine Kerngruppe von Staaten treibt die Ausarbeitung eines entsprechenden Instruments voran. Dieses soll das Römer Statut ergänzen, indem es die Rechtshilfe zwischen Staaten regelt. Die Schweiz unterstützt die Vorarbeiten seit 2017.

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 das Verhandlungsmandat für die erste diplomatische Konferenz verabschieden.

Soll-Termin: 30.06.2023

BUNDESAMT FÜR POLIZEI (FEDPOL)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bundesgesetz über die polizeiliche Bearbeitung von Flugpassagierdaten (Flugpassagierdatengesetz, FPG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zum Bundesgesetz über die polizeiliche Bearbeitung von Flugpassagierdaten (Flugpassagierdatengesetz, FPG) verabschieden. Flugpassagierdaten bzw. Passenger Name Records (PNR-Daten) sind Passagierangaben, welche die Fluggesellschaften in ihren Buchungs- und Abfertigungssystemen führen, wie Angaben zu Vor- und Nachname, Kontaktdaten oder Buchungsart. Sie werden von den EU-Staaten basierend auf der nicht-Schengen-relevanten Richtlinie 2016/681 (EU) sowie von vielen weiteren Staaten als wichtiges Instrument zur Bekämpfung des Terrorismus und der Schwerstkriminalität genutzt. Für den Aufbau eines nationalen Systems zur Nutzung von PNR-Daten in der Schweiz bedarf es einer formellen Rechtsgrundlage. Bei der Erarbeitung der Botschaft wird der Bundesrat nebst den Vernehmlassungsergebnissen auch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 21. Juni 2022 zur Auslegung der Richtlinie 2016/681 berücksichtigen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI) eröffnen. Zur Bekämpfung von international und national agierender Schwerstkriminalität ist der Informationsaustausch zentral. Deshalb soll mit dieser Revision für den verbesserten polizeilichen Informationsaustausch ein vollständig technologie- und anwendungsneutrales Gesetz geschaffen werden. Schliesslich braucht es für das neue Ermittlungssystem von fedpol (ErmSys), das insbesondere den Informationsaustausch unter den kantonalen Polizeien mit fedpol verbessern wird, ebenfalls Anpassungen im BPI.

Soll-Termin: 30.06.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Programm Schengen Weiterentwicklungen fedpol (inkl. POLAP): Umsetzung der Interoperabilität für Polizeisysteme und Prozesse

Das Programm Schengen Weiterentwicklungen fedpol beinhaltet die rechtliche, technische und organisatorische Umsetzung der Schengen Weiterentwicklungen im Bereich Polizei. 2023 sollen die für die Umsetzung der Interoperabilität (IOP) notwendigen Komponenten und Funktionalitäten in die Polizeisysteme integriert werden. Zudem soll die IOP-Verordnung auf Ende 2023 in Kraft gesetzt werden. Das von der gemeinsamen Organisation von Bund und Kantonen für Polizeitechnik und Informatik (PTI) geführte Projekt Polizeiliche Abfrageplattform POLAP vernetzt die kantonalen polizeilichen Datenbanken untereinander und mit den nationalen und internationalen Polizeidatenbanken. Im 2023 soll die Kernkomponente mit Schnittstellenadaptern für die Anbindung der Systeme von Bund und Kantonen konzipiert werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Erneuerung System AFIS 2026: Verabschiedung Verpflichtungskredit

Im Jahr 2026 erreicht das Automatisierte Fingerabdruck-Identifikations-System AFIS sein End-of-Life. Eine Neubeschaffung ist notwendig, um die biometrische Identifikation von Personen und Spuren auf nationaler und internationaler Stufe zuverlässig fortzuführen. Dabei soll vom erheblichen technologischen Fortschritt bei den Erkennungsverfahren profitiert werden, was auch die Beschaffung eines Moduls für den Gesichtsbildabgleich umfasst

Für die Finanzierung des Projektes AFIS2026 wird der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2023 einen Verpflichtungskredit verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Erneuerung Fernmeldeüberwachung FMÜ-P4: Einführung des neuen Ermittlungssystems Etappe II

Das Projekt FMÜ-P4 gehört zum Programm FMÜ (Ausbau und Betrieb des Verarbeitungssystems zur Fernmeldeüberwachung sowie der polizeilichen Informationssysteme des Bundes) und hat zum Ziel, ein neues polizeiliches Informationssystem fedpol (Ermittlungssystem) einzuführen, welches den aktuellen und künftigen technischen Entwicklungen entspricht. Das System dient einerseits den Polizeibehörden von Bund und Kantonen zur Bearbeitung von FMÜ-Daten und wird andererseits den fallbezogenen und -übergreifenden Abgleich und die Analyse von Daten aus unterschiedlichen Ermittlungshandlungen ermöglichen, sowie die nationale polizeiliche Kooperation unterstützen.

Die Einführung wird Ende 2023 abgeschlossen werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

SCHWEIZERISCHES INSTITUT FÜR RECHTSVERGLEICHUNG (SIR)

PROJEKTE UND VORHABEN

Wirtschaftsvölkerrecht: Abschluss der Encyclopedia of International Economic Law, inklusiv das Schreiben des Einleitungskapitels einerseits und das Fertigstellen des Drucks andererseits

In Umsetzung des Aktionsplans des Institutsrats soll die eigene Forschung u.a. im Wirtschaftsvölkerrecht weiterentwickelt werden. Das Forschungsprojekt Encyclopedia of International Economic Law ist ein Forschungsprojekt im Bereich des Wirtschaftsvölkerrechts, welches eine Kombination der fachlichen Expertise mit der Kenntnis einer Vielzahl nationaler Rechtsordnungen (und damit der Rechtsvergleichung) erfordert. Das SIR ist somit ideal platziert, sich daran zu beteiligen. Das Projekt analysiert die aktuelle wissenschaftliche Diskussion und die internationalen und nationalen Entwicklungen. Ende 2023 sind die Korrekturarbeiten zum ersten und zweiten Teil der Encyclopedia of International Economic Law abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Forschungsschwerpunkt Methoden der Rechtsvergleichung: Abschluss einer Publikation

Der Aktionsplan des Institutsrats sieht die Weiterentwicklung der Forschung unter anderem im Schwerpunktbereich der Methoden der Rechtsvergleichung vor. Dabei steht der interdisziplinäre Aspekt im Vordergrund.

Ende 2023 wird eine Publikation zu Methoden der Rechtsvergleichung publikationsreif (d.h. beim Verlag) abgeschlossen

Soll-Termin: 31.12.2023

Entwicklungsplan für die elektronischen Sammlungen der Bibliothek: Einrichten des Erwerbskreislaufs

Gemäß dem Aktionsplan des Institutsrats soll die Bibliothek ihre Sammlungen ausbauen, indem sie "grundsätzlich auf den Erwerb von gedruckten Dokumenten dort verzichtet, wo Publikationen in digitaler Form vorliegen, deren künftiger Zugang gesichert ist". In dieser Hinsicht wird ein Kreislauf für den Erwerb, die Kennzeichnung und die Erschließung dieser Dokumente eingerichtet. Die Verteilung der Summen, die für den Erwerb der verschiedenen Informationsträger bereitgestellt werden, wird überarbeitet, sodass die Entwicklung digitaler Ressourcen einen starken Aufschwung erfährt.

Ende 2023 ist der Erwerbungsreislauf eingerichtet. Die elektronischen Sammlungen verfügen über ein Budget, das eine bedeutende Entwicklung ermöglicht.

Soll-Termin: 31.12.2023

Aufwertung der Sammlungen: Überprüfung der Liste der ausgewerteten wissenschaftlichen Zeitschriften und Start des Projektes

Nach einer Unterbrechung aus technischen Gründen wird die Auswertung wissenschaftlicher Zeitschriften wieder aufgenommen, um deren Inhalt unter Berücksichtigung der Schwerpunktbereiche des Instituts und des Forschungsbedarfs zu valorisieren. Ein Projekt zur Untersuchung der Machbarkeit der Ausweitung dieser Auswertung auf andere Ressourcen, wie z. B. Festschriften, wird in Angriff genommen. Im ersten Quartal wird die Liste der ausgewerteten wissenschaftlichen Zeitschriften anhand der Schwerpunktbereiche überprüft. Im zweiten Halbjahr 2023 startete das Projekt.

Soll-Termin: 31.12.2023

EIDGENÖSSISCHE SPIELBANKENKOMMISSION (ESBK)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Erteilung der Konzessionen für Spielbanken in der Schweiz: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 gestützt auf den Bericht mit den Empfehlungen der Eidgenössischen Spielbankenkommission die Vergabe der Konzessionen beschliessen. Dies ist nötig, weil per 31. Dezember 2024 alle erteilten Konzessionen und Konzessionserweiterungen der Schweizer Spielbanken auslaufen.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Prüfung der Gesuche um Erteilung einer Spielbankkonzession: Einladung zur Stellungnahme der Standortkantone und -gemeinden zu den Konzessionsgesuchen

Die Voraussetzungen für die Erteilung der Konzession im Rahmen der Neukonzessionierung sind in Art. 8 BGS geregelt. Die geforderten Nachweise sind in der Regel durch die Spielbanken zu erbringen. Eine Ausnahme gilt diesbezüglich für die Konzessionsvoraussetzung, gemäss welcher die Standortkantone sowie die Standortgemeinde den Betrieb einer Spielbank befürworten müssen.

Die ESBK wird im ersten Halbjahr 2023 die Standortkantone und -gemeinden zur Stellungnahme einladen.

Soll-Termin: 30.06.2023

STAATSSSEKRETARIAT FÜR MIGRATION (SEM)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Resettlementprogramm 2024/2025: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 ein zweijähriges Folgeprogramm zur Aufnahme von anerkannten Flüchtlingsgruppen (Resettlement) verabschieden. Das Programm stützt sich auf das Umsetzungskonzept Resettlement von 2019 mit einer Bandbreite von 1500 bis 2000 aufzunehmenden Kontingentflüchtlingen in den Jahren 2024 und 2025.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Projekt reFRONT Überprüfung der Zusammenarbeit im Grenzkontrollbereich»: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Schlussbericht «Projekt reFRONT Überprüfung der Zusammenarbeit im Grenzkontrollbereich» zur Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden. Inhalt des Schlussberichts werden konkrete Umsetzungsempfehlungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der Grenzverwaltung bilden. Diese basieren auf den identifizierten Verbesserungspotenzialen und den im Projekt erarbeiteten Verbesserungsvarianten und deren Bewertungen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Revision des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) (Aufhebung der Bewilligungspflicht beim Wechsel von einer unselbständigen zu einer selbständigen Erwerbstätigkeit): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 eine Botschaft zur Revision des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) verabschieden. Diese Revision schafft die rechtlichen Voraussetzungen für die Aufhebung der Bewilligungspflicht beim Wechsel von einer unselbständigen zu einer selbständigen Erwerbstätigkeit von Inhaberinnen und Inhabern einer Aufenthaltsbewilligung. Der Bundesrat hat in seinem Bericht in Erfüllung des Postulats Nantermod 19.3651 eine Reihe von möglichen Massnahmen aufgezeigt, die unter anderem den Abbau administrativer Hürden zum Ziel haben. Eine Massnahme sieht die Vereinfachung des Wechsels von einer unselbständigen zu einer selbständigen Erwerbstätigkeit von Inhaberinnen und Inhabern einer Aufenthaltsbewilligung vor.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Teilnahme der Schweiz am Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzmanagement und Visumpolitik (Border Management and Visa Instrument, BMVI-Fonds): Umsetzung des nationalen Programmes

Beim BMVI-Fonds handelt es sich um einen Solidaritätsfonds zur Unterstützung jener Schengen-Staaten, die aufgrund ihrer ausgedehnten Land- und/oder Seeaussengrenzen sowie bedeutenden internationalen Flughäfen hohe Kosten für den Schutz der Schengen-Aussengrenzen tragen. Der BMVI Fonds soll darüber hinaus zur Weiterentwicklung der gemeinsamen Visumpolitik und zur Umsetzung der integrierten europäischen Grenzverwaltung durch die Schengen-Staaten beitragen, um irreguläre Migration zu bekämpfen und legale Reisen zu erleichtern. Die Schweiz erhält Mittel aus dem Fond für nationale Massnahmen.

Das SEM wird ab 2023 das nationale Programm umsetzen, zu fördernde Projekte auswählen und für eine möglichst vollständige Abschöpfung der zur Verfügung stehenden Fördergelder sorgen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Zweiter Schweizer Beitrag - Rahmenkredit Migration: Umsetzung der vertraglich vereinbarten Länderprogramme

Im Rahmenkredit Migration sind 190 Mio. CHF zugunsten von EU-Mitgliedstaaten vorgesehen, die von Migrationsbewegungen besonders stark betroffen sind. Mit diesem Beitrag unterstützt die Schweiz Massnahmen zur besseren Bewältigung der Migrationsbewegungen.

Das SEM wird 2023 die Umsetzung der ersten Auflage vertraglich vereinbarten Länderprogramme und die darauf aufbauende Projektauswahl begleiten und überwachen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Berichterstattung zu Optimierung Kontingentsystem und Einführung Express-Gebührensuschlag für die Bearbeitung von arbeitsmarktlichen Gesuchen (Umsetzungsarbeiten in Erfüllung des Po. Nantermod 19.3651): Kenntnisnahme des Berichtes zu den Umsetzungsarbeiten in Erfüllung des Po. Nantermod 19.3651

Der Bundesrat hat in seinem Bericht in Erfüllung des Postulats Nantermod (19.3651) eine Reihe von möglichen Massnahmen aufgezeigt und deren Prüfung in Auftrag gegeben. Zusätzliche Verbesserungen am Kontingentsystem für qualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten sollen durch das EJPD in Zusammenarbeit mit dem Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) und unter Einbezug der Kantone und Sozialpartner einer vertieften Prüfung unterzogen werden. Ausserdem wird das EJPD in Zusammenarbeit mit den Kantonen prüfen, ob eine Expressgebühr eingeführt werden kann, welche die Verfahren auf Stufe Bund und Kantone beschleunigen könnte.

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 vom Bericht über die Ergebnisse dieser Prüfaufträge Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden.

Soll-Termin: 30.06.2023

INFORMATIK SERVICE CENTER ISC-EJPD (ISC-EJPD)

PROJEKTE UND VORHABEN

Umsetzung Programm FMÜ: Inbetriebnahme der ersten Version der durch das Projekt IKT-ProgFMÜ-P2020 entwickelten Echtzeitüberwachungskomponente (FLICC)

Das EJPD passt mit dem Programm FMÜ das Verarbeitungssystem für die Fernmeldeüberwachung (VFMÜ) des Dienstes ÜPF sowie die polizeilichen Informationssysteme des Bundesamtes für Polizei (fedpol) an die aktuellen Bedürfnisse an und bereitet diese auf absehbare zukünftige Herausforderungen vor. Im Rahmen des Projektes IKT-ProgFMÜ-P2020 wird die neue Echtzeitüberwachungskomponente (FLICC) entwickelt, welche als erweiterbare Individualanwendung auch künftige Technologien sowie Protokolle berücksichtigen wird. Mit der Produktivsetzung der ersten Version werden 2023 die Sprach- und SMS-Überwachungen realisiert.

Soll-Termin: 31.12.2023

Erneuerung Systemplattform Biometriedatenerfassung: Abschluss des Rollouts Schweiz

Die Systemplattform Biometriedatenerfassung ist die zentrale Infrastruktur zur Erfassung von biometrischen Daten, welche für die Ausstellung von Ausweisen mit biometrischen Daten (z.B. Pass, Visum, Ausländerausweis) notwendig ist. Zusätzlich sind verschiedene Funktionen für die Verifikation von Ausweisen mit biometrischen Daten enthalten. Die Systemplattform wurde Anfang 2010 in Betrieb genommen. Sie hat Ende 2021 ihr technisches Lebensende erreicht. Aufgrund der Einführungsverzögerung der neuen Anlagen wurde die Betriebsfähigkeit der bestehenden Anlagen verlängert. Der Rollout umfasst die Verteilung und Inbetriebnahme der neuen Systeme (stationäre und mobile Systeme, Datenerfassung für Visa, Dokumentenleser und Kommunikationsserver). Gemäss dem aktuellen Masterplan soll der letzte innerschweizerische Rollout am 31.05.2023 abgeschlossen sein.

Soll-Termin: 31.05.2023

Bereitstellung Software-Referenzarchitektur V5: Anwendung der Software-Referenzarchitektur V5 bei sämtlichen Neuentwicklungen und Migration von mindestens 10% der nach früheren Versionen entwickelten Anwendungen auf die Private Cloud (PaaS)

Das EJPD steuert seit 2003 die Entwicklung seiner Individual-Fachanwendungen mittels der EJPD Software-Referenzarchitektur. Damit lassen sich eine hohe Standardisierung und eine grosse Homogenität in der Anwendungslandschaft mit Skaleneffekten in Entwicklung und Betrieb erzielen. Die Versionen 1-3 der Software-Referenzarchitektur basierten auf der JEE-Technologie (Java Enterprise Edition). Mit der Version 4 wurde das Microservice-Architekturmuster eingeführt, die Anwendungen werden aber noch konventionell betrieben. Die Software-Referenzarchitektur V5 basiert auf Microservices, welche standardisiert auf einer Private Cloud resp. auf einer PaaS (Plattform as a Service) betrieben werden können. Nach den Aufbau- und Etablierungsphasen in den Jahren 2021 und 2022 soll die Architektur V5 verbreitet genutzt werden. Neue Anwendungen werden gemäss Software-Referenzarchitektur V5 entwickelt. Bis Ende 2023 sollen mindestens 10% der nach früheren Versionen entwickelten Anwendungen auf die PaaS migriert sein.

Soll-Termin: 31.12.2023

VBS

GENERALSEKRETARIAT VBS (GS-VBS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Strategische Ziele RUAG MRO 2024–2027: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die strategischen Leitplanken 2024–2027 für die RUAG MRO für eine erfolgreiche Geschäftsführung unter gleichzeitiger Wahrung der Interessen des Eigners festlegen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Armeebotschaft 2023: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Armeebotschaft 2023 verabschieden. Die beantragten Mittel dienen in erster Linie dazu, die notwendige Modernisierung der Armee voranzutreiben und die bestehenden materiellen Lücken in den verschiedenen Leistungsbereichen zu schliessen. Im Vordergrund stehen unter anderem die Modernisierung der Mittel der Bodentruppen und Investitionen im Bereich der Cyber-Abwehr.

Soll-Termin: 28.02.2023

Informationssicherheitsgesetz: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 das Informationssicherheitsgesetz (ISG) und seine Ausführungsbestimmungen in Kraft setzen. Das ISG schafft einen einheitlichen formell-gesetzlichen Rahmen für die Informationssicherheit beim Bund. Es legt den Fokus auf die kritischsten Informationen und Systeme sowie auf die Standardisierung der Massnahmen. Somit soll die Informationssicherheit beim Bund nachhaltig und wirtschaftlich verbessert werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Cyberrisiken im All» (in Erfüllung des Po. Bellaiche 21.4176): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht «Cyberrisiken im All» in Erfüllung des Postulats Bellaiche 21.4176 mit einer Auslegeordnung über die Situation der Schweiz im Kontext der wachsenden Digitalisierung des Weltraums und die einhergehenden Cyberrisiken gutheissen. Der Bericht wird auch Aussagen zu erforderlichen Massnahmen beinhalten.

Soll-Termin: 31.12.2023

Verpflichtungskredit zur Armeebotschaft 2023: Beantragung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 mit der Armeebotschaft 2023 einen Verpflichtungskredit zur Beschaffung von Armeematerial sowie zum Immobilienprogramm VBS beantragen.

Soll-Termin: 28.02.2023

Strategische Ziele Skyguide 2024–2027: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die strategischen Leitplanken 2024–2027 für Skyguide für eine erfolgreiche Geschäftsführung unter gleichzeitiger Wahrung der Interessen des Eigners festlegen. Das GS-VBS bringt sich zu den Zielen der militärischen Luftfahrt ein.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Programm Entflechtung IKT Basisleistungen VBS: Freigabe Phase Einführung Gruppe Verteidigung

Die IKT Basisleistungen des VBS werden von der FUB zum BIT transferiert.
Die Phase Einführung zur Entflechtung der IKT Basisleistungen der Gruppe Verteidigung ist freigegeben.

Soll-Termin: 31.01.2023

Cyberdefence VBS: Laufende Umsetzung Strategie

Zur Gewährleistung der Cybersicherheit soll die Strategie Cyber VBS realisiert werden.
Die Umsetzung der Strategie Cyber VBS wird laufend überprüft und gesteuert.

Soll-Termin: 31.12.2023

Cyberdefence VBS: Berichterstattung und Controlling

Die Beiträge für das Controlling und die jährliche Berichterstattung erlauben eine Aussage zum Reifegrad.

Soll-Termin: 31.12.2023

Koordinationsstrukturen Sicherheitspolitik und Cyber Bund: Weiterbearbeitung und Umsetzung Überprüfungsergebnisse

Optimale Abstimmung Sicherheitspolitik und Cyber Bund.
Die Ergebnisse aus dem Projekt zur Überprüfung der Strukturen werden weiterbearbeitet und umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz: Start Plangenehmigungsverfahren

Der Bundesrat hat das VBS beauftragt, die Munitionsrückstände aus dem ehemaligen Munitionslager Mitholz zu räumen.
Das Plangenehmigungsverfahren für das Projekt zur Räumung ist gestartet.

Soll-Termin: 31.12.2023

NACHRICHTENDIENST DES BUNDES (NDB)

PROJEKTE UND VORHABEN

Teilrevision Nachrichtendienstgesetz (NDG): Durchführung zweite Ämterkonsultation

Hauptziele der Revision sind die Übernahme der Aufgaben der UKI (Unabhängige Kontrollinstanz für die Funk- und Kabelaufklärung) in die AB-ND (Unabhängige Aufsichtsbehörde über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten) sowie eine komplett neue Regelung der Datenhaltung. Dazu sollen Neuerungen im Bereich der GEBM (genehmigungspflichtige Massnahmen) erfolgen.

Die 2. Ämterkonsultation nach der öffentlichen Vernehmlassung zur Botschaft Teilrevision NDG ist durchgeführt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Beurteilung der Bedrohungslage durch den BR: Kenntnisnahme Bericht

Der Bericht zur jährlichen Beurteilung der Bedrohungslage ist durch den NDB erstellt und durch den BR zur Kenntnis genommen.

Bericht zur jährlichen Beurteilung der Bedrohungslage ist durch den BR zur Kenntnis genommen.

Soll-Termin: 31.05.2023

Umsetzung personelle Verstärkung NDB: Rekrutierung bewilligte Stellen

Die bewilligten personellen Verstärkungen des NDB gemäss BRB vom 03.07.19 werden umgesetzt.

Die Rekrutierung der Stellen für 2023 ist unter Voraussetzung der bewilligten Finanzierung sichergestellt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Beobachtungsliste NDB: Verabschiedung durch BR

Die Beobachtungsliste enthält Organisationen und Gruppierungen, bei denen die begründete Annahme besteht, dass sie die innere oder äussere Sicherheit bedrohen (Art. 72 NDG).

Die Beobachtungsliste 2023 wird durch den BR verabschiedet.

Soll-Termin: 30.09.2023

BUNDESAMT FÜR SPORT (BASPO)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Mitsprache bei olympischen Spielen und anderen Mega-Events» (in Erfüllung des Po. WBK 21.3022): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht «Mitsprache bei olympischen Spielen und anderen Mega-Events» in Erfüllung des Postulats WBK 21.3022 gutheissen. Im Bericht wird aufgezeigt, welche rechtlichen Grundlagen auf Bundesebene bereits vorhanden sind und welche Anpassungen allenfalls nötig wären zur besseren Mitsprache der Bevölkerung und des Parlaments bei der Organisation und Unterstützung von Olympischen Spielen und anderen Mega-Events in der Schweiz. Weiter wird aufgezeigt, welche Anforderungen seitens des Bundes ein zukünftiges Projekt für Olympische Winterspiele in der Schweiz zu erfüllen hätte.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Aktuelle geschlechtsspezifische Budgetanalyse der Abteilung «Jugend und Sport» im BASPO» (in Erfüllung des Po. Trede 21.3078): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht «Aktuelle geschlechtsspezifische Budgetanalyse der Abteilung «Jugend und Sport» im BASPO» in Erfüllung des Postulats Trede 21.3078 gutheissen. Im Bericht wird eine vertiefte geschlechtsspezifische Analyse der Subventionen im Bereich von «Jugend und Sport» dargelegt. Es werden nicht nur die konkreten Zahlen für die einzelnen Sportarten aufgelistet, sondern es wird auch aufgezeigt werden, ob und gegebenenfalls auf welchen Ebenen Handlungsbedarf besteht, um den Frauen- und Mädchenanteil im Sport weiter zu steigern und die Gleichstellung und die Chancengleichheit von Mädchen und jungen Frauen im Sport zu gewährleisten.

Soll-Termin: 15.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Aktionsplan Sportförderung des Bundes: Planmässige Umsetzung

Der Aktionsplan Sportförderung enthält ein Breitensport-, ein Leistungssport- und ein Immobilienkonzept und umreisst die mögliche Weiterentwicklung der Sportförderung des Bundes.

Die Umsetzung des Aktionsplans erfolgt gemäss der gültigen Projektplanung.

Soll-Termin: 31.12.2023

Verbesserung der Ethik-Situation im Sport: Revision Sportförderungsverordnung

Die Sportförderungsverordnung ist revidiert.

Soll-Termin: 31.12.2023

J+S Agenda 2025: Digitalisierung und Neugestaltung der Lernmedien

Weitere Sportarten digitalisieren ihre Lernmedien und gestalten sie inhaltlich neu.

Soll-Termin: 31.12.2023

Positionierung der EHSM: Inbetriebnahme Neubau zur Stärkung der F+E

Die EHSM positioniert sich in der Hochschullandschaft durch eine hohe Qualität und die laufende Förderung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten.

Der Neubau «Lärchenplatz» ist in Betrieb und die Forschung und Entwicklung in Verbindung mit den geplanten Investitionen gestärkt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Planung Revision Sportförderungsgesetz: Festlegung des Vorgehens

Mit der Revision des Sportförderungsgesetzes soll das Sportförderungssystem den veränderten Bedingungen angepasst werden.

Das Vorgehen zur Revision des Sportförderungsgesetzes ist dem Bundesrat unterbreitet.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR BEVÖLKERUNGSSCHUTZ (BABS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Mobiles breitbandiges Sicherheitskommunikationssystem MSK: Grundsatzentscheid zum weiteren Vorgehen

Der Bundesrat wird spätestens im zweiten Halbjahr 2023 im Zusammenhang mit dem MSK über das weitere Vorgehen befinden. In diesem Antrag sollen insbesondere der Bedarf, die Kostenfolgen, die Handlungsoptionen für Bund, Kantone und Dritte sowie Abhängigkeiten und Synergien zu anderen Netzen ausgeführt werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Zukunft der Alarmierungs- und Ereignisinformationssysteme»: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird den Bericht «Zukunft der Alarmierungs- und Ereignisinformationssysteme» im zweiten Halbjahr 2023 genehmigen und gestützt darauf die Alarmierungsstrategie des BABS bis 2035 definieren (Risiken und Anforderungen an die Alarmierung, Werterhalt des bestehenden Systems und allfällige neue Kanäle wie beispielsweise «Handyalarmierung»).

Soll-Termin: 31.12.2023

Alimentierungsbericht Armee und Zivilschutz Teil 1: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zum Alimentierungsbericht Armee und Zivilschutz Teil 1 verabschieden. Diese beinhaltet einerseits die Verpflichtung von Zivildienstpflichtigen, einen Teil ihrer Zivildienstpflicht in einer Zivilschutzorganisation mit dauerndem Unterbestand zu leisten. Andererseits berichtet sie über die Ausweitung der Schutzdienstpflicht auf Armeeangehörige, die ohne Absolvierung der RS aus der Armee entlassen werden oder nach Abschluss der RS militärdienstuntauglich werden. Zudem werden dem Bundesrat die Prüfungsergebnisse über eine vom Wohnsitzprinzip abweichende Zuteilung und eine differenzierte Tauglichkeit für Schutzdienstpflichtige unterbreitet.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Werterhalt Polycom 2030: Migration von weiteren Teilnetzen gemäss Planung

Das Projekt "Werterhalt Polycom 2030" soll die Nutzung des Systems bis mindestens 2030 sicherstellen. Weitere Teilnetze sollen planmässig migriert werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Sicheres Datenverbundsystem plus (SDVN+): Abschluss Konzeptphase und Start Realisierung

Das sichere Datenverbundnetz SDVN ist ein Teil des Projekts Sicheres Datenverbundsystem SDVS
Die Konzeptphase soll abgeschlossen und mit der Realisierung gestartet werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Strategie sanitätsdienstliche Schutzanlagen: Vorliegen Konzept

Die Strategie "Sanitätsdienstliche Schutzanlagen" überprüft den Bedarf an geschützten Spitälern und geschützten Sanitätsstellen und erarbeitet Vorschläge für eine bedürfnisgerechte Modernisierung der Anlagen.

Das Konzept für die sanitätsdienstlichen Schutzanlagen liegt vor

Soll-Termin: 31.12.2023

Überprüfung der Ausrichtung des BABS: Vorliegen priorisiertes Leistungs- und Projektportfolio

Überprüfung der Ausrichtung des BABS und Fokussierung auf die mit den Partnern definierten Kernaufgaben

Ein priorisiertes Leistungs- und Projektportfolio wird erarbeitet.

Soll-Termin: 31.12.2023

VERTEIDIGUNG (V)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Schlussbericht zur Weiterentwicklung der Armee: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Schlussbericht zur Weiterentwicklung der Armee gemäss Artikel 149b Absatz 1 des Militärgesetzes über den Abschluss der Weiterentwicklung der Armee (WEA) gutheissen. Darin enthalten ist zum einen rückblickend die Umsetzung der vier Kernpunkte der WEA sowie weiterer unterstützender Faktoren. Zum anderen bietet er einen Ausblick in den Bereichen Alimentierung, Fähigkeitsentwicklung und Strategie der Armee.

Soll-Termin: 31.07.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Alimentierung der Armee: Aufzeigen Optionen zur Verbesserung im Schlussbericht WEA

Die kurz- bis langfristigen Optionen zur Verbesserung der Alimentierung sind im Schlussbericht WEA aufgezeigt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Alimentierung der Armee: Erhöhung Frauenanteil im Vergleich zum Vorjahr

Der Frauenanteil in der Armee ist im Vergleich zum Vorjahr erhöht.

Soll-Termin: 31.12.2023

Streitkräfteentwicklung: Erarbeitung Armeebotschaft 2023 unter Berücksichtigung Stakeholder

Längerfristige Ausrichtung und Weiterentwicklung der Armee
Die Armeebotschaft 2023 ist unter Berücksichtigung aller relevanten Stakeholder erarbeitet.

Soll-Termin: 31.12.2023

Streitkräfteentwicklung: Ausarbeitung Planszenarien basierend auf dem Sicherheitspolitischen Bericht 2021

Die auf dem sicherheitspolitischen Bericht basierenden Planszenarien für die längerfristige Ausrichtung der Armee sind ausgearbeitet. Sie sind für die laufende Überprüfung der Streitkräfteentwicklung zu verwenden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Projekt Kommando Cyber: Operationelle Bereitschaft Kommando Cyber

Bildung eines Kommando Cyber und Ausbau der Digitalisierung
Das Kommando Cyber ist am 01.01.2024 als Bundesamt operationell.

Soll-Termin: 31.12.2023

Projekt Kommando Cyber: Sicherstellung personelle Alimentierung und vordienstliche Cyberausbildung

Die personelle Alimentierung der Cyber-Milizformationen sowie die vordienstliche Cyber-Ausbildung sind sichergestellt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Programm FITANIA: Ausschreibung im Projekt RZ VBS/Bund

Bau Rechenzentren, Telekommunikation der Armee und Ausbau Führungsnetz Schweiz
Die Ausschreibungen im Projekt Rechenzentren VBS/Bund sind freigegeben. Die Realisierung der IKT-Plattform verläuft nach Plan.

Soll-Termin: 31.12.2023

Programm FITANIA: Härtung 40 Standorte im Projekt Fhr Netz Schweiz

Im Projekt Führungsnetz Schweiz (Fhr Netz CH) sind 40 Standorte gehärtet.

Soll-Termin: 31.12.2023

Programm FITANIA: Durchführung Integrationstests und Unterzeichnung Beschaffungsvertrag im Projekt TK A

Im Projekt Telekommunikation Armee (TK A) sind Integrationstests durchgeführt und der Beschaffungsvertrag für den Ersatz des integrierten militärischen Fernmeldesystems (IMFS) ist unterzeichnet.

Soll-Termin: 31.12.2023

Stabilisierung der Betriebsausgaben: Berücksichtigung Betriebskosten im Rahmen der Streitkräfteentwicklung

Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Betriebs- und Investitionsausgaben sicherstellen.
Als Grundlage für eine stabile Ausfinanzierung der Armee sind im Rahmen der Streitkräfteentwicklung die zu erwarteten Betriebskosten berücksichtigt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Stabilisierung der Betriebsausgaben: Ausbau und Ausweisung finanzieller Handlungsspielraum

Der militärstrategische finanzielle Handlungsspielraum, namentlich zugunsten künftiger Rüstungsvorhaben, ist gegenüber dem Vorjahr ausgebaut und ausgewiesen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Zielbild und Strategie Schweizer Armee der Zukunft: Definition Zielbild und Strategie

Entwicklung und Umsetzung der Strategie

Das "Zielbild und die Strategie der Schweizer Armee der Zukunft" ist definiert, in Umsetzung und nach aussen kommuniziert.

Soll-Termin: 31.12.2023

Zielbild und Strategie Schweizer Armee der Zukunft: Leistung wesentliche Beiträge zur Nachhaltigkeit

Armee und Militärverwaltung haben wesentliche Beiträge zur Nachhaltigkeit geleistet (gemäss Umsetzungsstand Klimaziele, CO₂-Reduktion).

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR RÜSTUNG ARMASUISSE (ARMASUISSE)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Korruptionsrisiken bei der Beschaffung von Rüstungsgütern minimieren» (in Erfüllung des Po. Seiler Graf 21.3245): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht «Korruptionsrisiken bei der Beschaffung von Rüstungsgütern minimieren» in Erfüllung des Postulats Seiler Graf 21.3245 gutheissen. Darin wird er aufzeigen, welche Korruptionsrisiken bei der Beschaffung von Rüstungsgütern vorliegen und mit welchen Instrumenten er diese in Zukunft minimieren will.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Risiken bei der Beschaffung hochspezialisierter Produkte minimieren» (in Erfüllung des Po. Seiler Graf 21.3246): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht «Risiken bei der Beschaffung hochspezialisierter Produkte minimieren» in Erfüllung des Postulats Seiler Graf 21.3246 gutheissen. Im Bericht wird er die Risiken aufzeigen und Lösungsansätze darlegen, wenn namentlich in Märkten für hochspezialisierte Produkte mit wenig Anbietern Angehörige des obersten Kadern aus dem Staatsdienst in den in diesen Märkten tätigen Privatsektor übertreten (sogenannte Pantouflage) oder unser Milizsystem zusätzlich zur Vermischung von dienstlichen und privaten Pflichten und Interessen beiträgt.

Soll-Termin: 30.06.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges sowie des Bodluf-Systems: Erbringung der definierten Beiträge 2023 zur Beschaffung

Am 16. Februar 2022 hat der Bundesrat im Rahmen der Armeebotschaft 2022 dem Parlament die Verpflichtungskredite zur Beschaffung der Kampfflugzeuge F-35A und des bodengestützten Luftverteidigungssystems Patriot sowie je die damit verbundenen baulichen Massnahmen beantragt. Die definierten Beiträge 2023 sind gemäss Planung erbracht.

Soll-Termin: 31.12.2023

Beitrag zum Programm ERP Systeme Verteidigung/armasuisse: Erbringung Beitrag zum Programm gemäss Roadmap

Die bestehenden SAP-Systeme der zivilen Bundesverwaltung sowie der Bereiche Verteidigung und armasuisse müssen bis 2025 abgelöst werden.

Der Beitrag 2023 gemäss Roadmap ERPSYSVAR ist planmässig erfolgt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Klimapaket und Umweltmassnahmen: Realisierung der Ziele für 2023

Die Massnahmen zur Erreichung der Klima- und Umweltvorgaben werden gemäss den Vorgaben des VBS umgesetzt.

Die definierten Ziele für 2023 sind realisiert.

Soll-Termin: 31.12.2023

ARMASUISSE WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE (AR W+T)

PROJEKTE UND VORHABEN

Forschungsplan für die Jahre 2025-2028: Erarbeitung des langfristigen Forschungsplanes

Der langfristige Forschungsplan stellt die strategische und operative Planung der Forschungsaktivitäten in der armasuisse und der Armee sicher.

Langfristiger Forschungsplan 2025-2028 ist bis Ende 2023 erstellt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Operationalisierung Innovationsträume@VBS: Operativsetzung der Innovationsräume

Innovationsräume sind zielgerichtete Gefässe, welche Lösungen zu Fragestellungen für eine definierte Phase des Innovationsprozesses liefern sollen.

Operationalisierung der Innovationsräume ist abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Cyber Defence Campus: Planmässige Umsetzung der Strategie Cyber VBS 2021-2024 gemäss Masterplan

Der Cyber-Defence Campus (CYD) wurde gegründet, um Cyber-Entwicklungen schneller zu antizipieren. Die Massnahmen und Lieferobjekte sind gemäss Masterplanung für das Jahr 2023 umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Schweizer Drohnen- und Robotik-Zentrum: Durchführung von Tests mit den Laufroboter-Prototypen zugunsten der Schweizer Armee

Das Schweizer Drohnen- und Robotik-Zentrum (SDRZ) unterstützt die Schweizer Armee und weitere Sicherheitsbehörden im Umgang mit der Robotik.

Die Durchführung mit den Laufroboter-Prototypen ist erfolgt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Internationale Konzeptstudie Defence Mobility Energy: Abschluss internationale Konzeptstudie zum Elektroantrieb für geländegängige Fahrzeuge der Schweizer Armee

Die internationale Konzeptstudie untersucht den Elektroantrieb für geländegängige Fahrzeuge der Schweizer Armee.

Die internationale Konzeptstudie ist abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Räumung ehemaliges Munitionslager Mitholz: Initiierung Detailkonzept Entsorgung und Konkretisierung Infrastrukturbedarf

Der Bundesrat hat das VBS beauftragt, die Munitionsrückstände aus dem ehemaligen Munitionslager Mitholz zu räumen.

Detailkonzepte sind initiiert und der Infrastrukturbedarf ist konkretisiert.

Soll-Termin: 31.12.2023

ARMASUISSE IMMOBILIEN (AR IMMO)

PROJEKTE UND VORHABEN

Immobilienprogramm Armeebotschaft 2023: Genehmigung durch Bundesrat

Mit dem Immobilienprogramm bestreitet das VBS einerseits den laufenden Unterhalt der Infrastrukturen der Armee, andererseits stehen Infrastrukturinvestitionen in direktem Zusammenhang mit Rüstungsbeschaffungen.

Das Immobilienprogramm im Rahmen der Armeebotschaft ist durch den Bundesrat genehmigt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Harmonisierung der Immobilienprozesse: Datenbereinigung und Datenmigration sowie Umsetzung Prozesse und Change Management

Datenmutation, Harmonisierung der Immobilienprozesse, Rollen- und Datenmodelle sowie Applikationen mit den anderen Bau- und Liegenschaftsorganen des Bundes im Programm SUPERB sowie ERPSYSVAR sind in Umsetzung.

Die Datenbereinigung und die Datenmigration sowie die integrierten Prozesse und das operationale Change Management sind umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Klimapaket und Umweltmassnahmen: Fortsetzung der Umsetzung Ersatz von Ölheizungen und Bau von Photovoltaikanlagen

Die Massnahmen zur Erreichung der Klima- und Umweltvorgaben werden gemäss den Vorgaben des VBS umgesetzt.

Die bestehenden Ölheizungen sollen schrittweise ersetzt und der Bau von Photovoltaikanlagen fortgesetzt werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR LANDESTOPOGRAFIE SWISSTOPO (SWISSTOPO)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG): Aufbau eines Leitungskatasters für die Schweiz: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Botschaft zur Teilrevision des GeolG verabschieden. Das Bundesgesetz über Geoinformation (GeolG) beinhaltet neu die rechtlichen Grundlagen für die neue Verbundaufgabe «Leitungskataster Schweiz».

Soll-Termin: 31.03.2023

Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG): Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG) verabschieden. Es geht dabei um Anpassungen der rechtlichen Grundlagen des ÖREB-Katasters als Folge der im Jahr 2021 durchgeführten Evaluation.

Soll-Termin: 31.12.2023

Teilrevision der Verordnung über die Landesgeologie (LGeoIV): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Teilrevision der Verordnung über die Landesgeologie (LGeoIV) in Kraft setzen. Sie regelt den Austausch geologischer Daten zwischen Privaten einerseits und den Kantonen bzw. den Fachstellen des Bundes andererseits.

Soll-Termin: 31.12.2023

Verpflichtungskredit zum Aufbau eines Leitungskatasters für die Schweiz (Teilrevision des GeolG): Beantragung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 mit der Botschaft zur Teilrevision des GeolG einen Verpflichtungskredit beantragen.

Soll-Termin: 31.03.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Nationale Geodaten-Infrastruktur (NGDI) und Geoportal (geo.admin.ch): Nutzerorientierte Weiterentwicklung

Die Bundesgeodaten-Infrastruktur (BGDI) wird als Teil der NGDI und im Einklang mit der Strategie Geoinformation Schweiz weiterentwickelt.

Die Nutzerorientierte Weiterentwicklung wird als Teil der NGDI und im Einklang mit der Strategie Geoinformation Schweiz erfolgen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Digitalisierung des geologischen Untergrunds: Umsetzung gemäss Aktionsplan «Nationales Geologisches 3D-Modell» (NGM)

Der geologische Untergrund soll durch die Bereitstellung von digitalen, flächendeckenden und harmonisierten Daten digitalisiert werden.

Die Umsetzung erfolgt gemäss dem Aktionsplan "Digitalisierung des geologischen Untergrunds" und der Projektplanung "Nationales Geologisches Modell NGM" (Top-Projekt VBS).

Soll-Termin: 31.12.2023

Strategie «Geoinformation Schweiz»: Umsetzung gemäss Aktionsplan

Mit der «Strategie Geoinformation Schweiz» wollen Bund und Kantone gemeinsam mit allen Beteiligten verlässliche, detaillierte, aktuelle und interoperable Geoinformationen zugänglich machen.

Die rollende Definition und Umsetzung der Massnahmen erfolgt nach Aktionsplan, unter Federführung des Koordinationsorgans für Geoinformation des Bundes (GKG), in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen.

Soll-Termin: 31.12.2023

EFD

GENERALSEKRETARIAT EFD (GS-EFD)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bundesgesetz über die Förderung von E-Government: Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 vom Ergebnis einer Konsultation bei Bund und Kantonen zu den Varianten zur Weiterentwicklung der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) Kenntnis nehmen und den Auftrag erteilen, eine Vernehmlassungsvorlage zu den für die bevorzugte Variante notwendigen Verfassungsgrundlagen zu schaffen. Es wird zu entscheiden sein, ob eine von Bund und Kantonen gemeinsam getragene Organisation mit Rechtsetzungskompetenz geschaffen werden soll oder ob dem Bund neue Rechtsetzungskompetenzen zugewiesen werden sollen.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bundesgesetz über die Förderung von E-Government: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird – gestützt auf den Variantenentscheid im ersten Halbjahr 2023 – in der zweiten Jahreshälfte die Vernehmlassung über eine Verfassungsgrundlage für die Weiterentwicklung der E-Government-Zusammenarbeit zwischen den Staatsebenen eröffnen. Diese kann je nach dem getroffenen Variantenentscheid vorsehen, dass Bund und Kantone eine gemeinsam getragene Organisation mit Rechtsetzungskompetenz schaffen oder dem Bund neue Rechtssetzungskompetenzen zuweisen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Verordnung über die Meldepflicht für kritische Infrastrukturen bei Cyberangriffen: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Verordnung über die Meldepflicht für kritische Infrastrukturen bei Cyberangriffen eröffnen. Die Meldepflicht soll es dem Nationalen Zentrum für Cybersicherheit (NCSC) ermöglichen, eine verbesserte Übersicht über Cyberangriffe in der Schweiz zu gewinnen, Betroffene bei der Bewältigung von Cyberangriffen zu unterstützen und alle anderen Betreiberinnen kritischer Infrastrukturen zu warnen.

Soll-Termin: 30.06.2023

Optimierung der Strukturen des Bundes im Bereich der Cyberrisiken: Beschluss / Umsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die im Jahr 2022 getroffenen Optimierungsmaßnahmen zu den Strukturen des Bundes im Bereich der Cyberrisiken umsetzen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Ethisches Hacking institutionalisieren und Cybersicherheit erhöhen» (in Erfüllung des Po. Bellaiche 20.4594): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht «Ethisches Hacking institutionalisieren und Cybersicherheit erhöhen» in Erfüllung des Postulats Bellaiche 20.4594 gutheissen. Der Bericht soll erläutern, inwiefern der Bund mittels Richtlinien zur Offenlegung von Sicherheitslücken und mittels öffentlicher Schwachstellenanalysen (Bug Bounty Programme) bei Staats- und staatsnahen Betrieben zur Erhöhung der Cybersicherheit beitragen kann.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken für die Jahre ab 2023 (NCS):

Planmässige Umsetzung oder entsprechende Initialisierung der für 2023 geplanten Umsetzungsvorhaben

Zur wirksamen Entfaltung der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken für die Jahre ab 2023 sind die geplanten Massnahmen entsprechend umzusetzen.

Die für 2023 geplanten Umsetzungsvorhaben der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken für die Jahre ab 2023 (NCS) wurden planmässig umgesetzt oder entsprechend initialisiert.

Soll-Termin: 31.12.2023

Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken für die Jahre ab 2023 (NCS):

Planmässige Umsetzung der für 2023 spezifisch für die Bundesverwaltung geplanten Umsetzungsvorhaben

Die für 2023 geplanten Umsetzungsvorhaben der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken für die Jahre ab 2023 (NCS) spezifisch für die Bundesverwaltung wurden planmässig umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2023

EIDGENÖSSISCHE FINANZVERWALTUNG (EFV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht über die langfristigen Folgen der demographischen Entwicklung auf die Generationenbeziehungen sowie auf die verschiedenen Politbereiche mit entsprechenden Handlungsfeldern: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 einen Bericht über die langfristigen Folgen der demographischen Entwicklung auf die Generationenbeziehungen sowie auf die verschiedenen Politbereiche mit entsprechenden Handlungsfeldern gutheissen. Der Bericht ist eine Synthese der Berichte zu den Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen, des Berichts in Erfüllung des Postulats Bertschy 17.3884 sowie allenfalls des Berichts in Erfüllung des Postulats Würth 20.4257, fallweise ergänzt um qualitative Aussagen zu weiteren Politikfeldern.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Demografischer Wandel und Zusammenhalt der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Würth 20.4257): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Würth 20.4257 betreffend den demografischen Wandel und den Zusammenhalt der Schweiz gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat in Zusammenarbeit mit den Kantonen die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Ausgleichs- und Transfersysteme analysieren und aufzeigen, mit welchen Massnahmen eine ausgewogenere Entwicklung des Landes begünstigt werden kann.

Soll-Termin: 30.06.2023

Überprüfung der Aufteilung der Aufgaben und der Finanzierungsverantwortung zwischen dem Bund und den Kantonen (Projekt Aufgabenteilung II): Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 über das weitere Vorgehen betreffend «Aufgabenteilung II» entscheiden. Der Bundesrat hat das Projekt am 19. März 2021 sistiert. Sollte eine Wiederaufnahme beschlossen werden, wird der Bundesrat ein neues Mandat beschliessen, das u.a. auch die im Fokus stehenden Aufgabenbereiche festlegen wird.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Langfristiges Management der gebundenen Ausgaben» (in Erfüllung des Po. FK-N 21.4337): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats FK-N 21.4337 betreffend das langfristige Management von gebundenen Ausgaben gutheissen. Der Bericht wird namentlich aufzeigen, wie sich die gebundenen Ausgaben entwickelt haben und wie ihr Anteil reduziert werden könnte.

Soll-Termin: 31.12.2023

Änderung des Bundesgesetzes über den Fonds zur Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur (BIFG) und des Bundesgesetzes über die Schweizerischen Bundesbahnen (SBBG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Botschaft zur nachhaltigen Finanzierung der SBB verabschieden (Änderung BIF-Gesetz und SBB-Gesetz). Die Vorlage dient zum einen dem Ausgleich der Covid-bedingten Ertragsausfälle der SBB im Fernverkehr, zum andern der Klarstellung, unter welchen Voraussetzungen die SBB Tresoreriedarlehen des Bundes erhalten kann.

Soll-Termin: 30.06.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Supportprozess Finanzen in der Bundesverwaltung: Programmziele SUPERB per 31.12.2023 erreicht

Umsetzung Cluster Finanzen SUPERB (Finanzen, Analytics, Stammdaten) gemäss Planung (anstehender Technologiewechsel).

Die Umsetzung der Projekte Finanzen, Analytics und Stammdaten erfolgt entlang deren Umsetzungsaufträgen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Supportprozess Finanzen in der Bundesverwaltung: Umsetzung Migration auf die S/4 HANA-Plattform im Q3/2023

Überführung des heutigen System (P07) auf das neue S/4. Dabei werden notwendige Anpassungen sowie erste Innovationen und Innovationsvorbereitungen für den Ausbau auf den Zielkernel vorgenommen.

Soll-Termin: 30.09.2023

Datenplattform EFV: Plattform für Kennzahlen Bund und Finanzstatistik in Betrieb

Die Plattform für die Bereitstellung der finanzpolitischen Kennzahlen und Daten zum Bundeshaushalt (heute Datencenter), die Daten der Finanzstatistik und weitere finanzpolitische Daten der EFV (Finanzausgleich, Subventionen, etc.) sollen künftig auf einer gemeinsamen technischen Plattform publiziert werden.

In einem ersten Schritt muss das heutige Datencenter für die Publikation der finanzpolitischen Kennzahlen Bund abgelöst werden. Ebenfalls bis 2023 sollen die Daten der Finanzstatistik auf der neuen Plattform publiziert werden können.

Soll-Termin: 31.12.2023

Weiterentwicklung des Neuen Führungsmodells des Bundes: Umsetzung Ergebnisse Evaluation NFB

Im Verlauf des Jahres 2022 wird der Bericht des Bundesrates zur Evaluation des Neuen Führungsmodells des Bundes in den Finanzkommissionen und im Parlament beraten. Allfällige Änderungswünsche aus dieser Beratung werden im Jahr 2023 umzusetzen sein.

Änderungen, die ohne Gesetzesänderung (z.B. im Budget) umgesetzt werden können, sollen mit dem VA 2024 umgesetzt werden (per Mitte 2023). Falls Gesetzesänderungen erforderlich werden, ist zu prüfen, ob dafür eine eigene Vorlage in die Wege zu leiten ist, oder ob andere Umsetzungsmöglichkeiten bestehen.

Soll-Termin: 31.12.2023

ZENTRALE AUSGLEICHSTELLE (ZAS)

PROJEKTE UND VORHABEN

Electronic Exchange of Social Security Information (EESSI), Vierte und letzte Etappe der Umsetzung der Verordnung (EG) 883/2004 (Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit): Abschluss der Realisierungsphase

Für die EU-Mitgliedsstaaten gelten seit dem 1. Mai 2010 die neuen Gemeinschaftsverordnungen zur Koordinierung der nationalen Systeme der sozialen Sicherheit. Die Schweiz wendet diese Verordnungen seit dem 1. April 2012 im Rahmen des Anhangs II des Personenfreizügigkeitsabkommens und seit dem 1. Januar 2016 im Rahmen der Beziehungen mit den EFTA-Mitgliedern an. Gemäss diesen Verordnungen müssen Papierformulare durch ein elektronisches Datenaustauschsystem zwischen den Sozialversicherungsträgern (EESSI) ersetzt werden. Das damit verbundene Projekt, das sich nach der mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) vereinbarten Agenda richtet, hat zum Ziel, den Datenaustausch mit unseren EU/EFTA-Partnern auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zu ermöglichen. Es handelt sich dabei um ein Grossprojekt, das die Anbindung an das EESSI-System sowie die notwendigen Anpassungen des IT-Systems der ZAS umfasst. Die Schnittstelle muss eine Vielzahl von verschiedenartigen Datenströmen bewältigen und eine hochkomplexe Fachlogik einbetten. Die Realisierungsphase wird 2023 abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Versichertenportal eCdC, Implementierung eines sicheren Webportals (basierend auf der EFD-Portal-Lösung), um Online-Dienste anzubieten: Ende der Realisierungsphase

Ziel dieses Projekts ist es, den Versicherten der Schweizerischen Ausgleichskasse ein Webportal mit Online-Diensten, insbesondere für den Zugriff auf ihr Konto und dessen Verwaltung, zur Verfügung zu stellen. Die bereitgestellten Dienste richten sich nach den in einer Zufriedenheitsumfrage ermittelten Bedürfnissen der Versicherten und tragen den neuen Kommunikations- und Interaktionsformen Rechnung. Unterteilung des Projekts in 3 funktionale Lose (FZ, dann AHV, dann IV). Die Realisierungsphase kann erst abgeschlossen werden, wenn alle 3 "Unterphasen" der Realisierung abgeschlossen sind.

Soll-Termin: 31.12.2023

UPI | eCH-V2, Harmonisierung von Sonderzeichen in amtlichen Registern: Ende der Realisierungsphase

Ziel dieses Projekts ist es, dass die Namen von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern, die Sonderzeichen enthalten (Norm ISO 8859-1 + Lateinisch, erweitert-A), in die amtlichen Register eingetragen werden können.

Die Änderungen müssen 2023 zur Verfügung gestellt werden.

Soll-Termin: 30.11.2023

MOSAR, Modernisierung des elektronischen Austauschs zwischen den AHV-Ausgleichskassen und dem Versichertenregister, Verbesserung Datenqualität und Geschäftsprozesse sowie neue Dienstleistungen für die Versicherten: Ende der Initialisierungsphase

Ziel dieses Projekts ist es, den elektronischen Austausch zwischen den AHV Ausgleichskassen und dem Versichertenregister zu modernisieren. Dabei geht es insbesondere darum, die Qualität der von den Ausgleichskassen an die Register gelieferten Daten zu verbessern, die Geschäftsprozesse effizienter zu gestalten und den Versicherten neue Dienstleistungen anzubieten (Modernisierung von InfoRegister). Es wird festgelegt, welche Lösung implementiert werden soll.

Soll-Termin: 31.12.2023

Digitalisierung EO, Errichtung eines automatisierten Verfahrens zur Bearbeitung der Erwerbsausfallentschädigungen mit allen Partnern: In der Konzeptionsphase

Ziel dieses Projekts ist die Errichtung eines automatisierten Verfahrens zur Bearbeitung der Erwerbsausfallentschädigungen (EO) mit allen beteiligten Partnern. Das Projekt ist Teil des BSV-Programms EO-Digitalisierung.

Im Anschluss an die Freigabe des Projekts und die Variantenwahl kann die Konzeptphase beginnen.

Soll-Termin: 31.12.2023

EIDGENÖSSISCHE MÜNZSTÄTTE SWISSMINT (SWISSMINT)

PROJEKTE UND VORHABEN

Flächenoptimierung Münzstätte: Optimierung abgeschlossen

Kostensenkungsmassnahme durch Reduktion der Mietfläche
Bauliche Massnahmen umgesetzt und Umzug abgeschlossen

Soll-Termin: 31.12.2023

STAATSSSEKRETARIAT FÜR INTERNATIONALE FINANZFRAGEN (SIF)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Finanzdienstleistungsabkommen mit dem Vereinigten Königreich: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird 2023 ein Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich im Bereich Finanzdienstleistungen genehmigen. Die Genehmigung erlaubt die Unterzeichnung des Abkommens und die anschliessende Aufnahme der Arbeiten zur Ratifikation des Abkommens. Das Abkommen soll den grenzüberschreitenden Marktzugang für eine breite Palette an Finanzdienstleistungen ermöglichen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Revidierte Eigenmittelverordnung zur Umsetzung von Basel III final: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die revidierte Eigenmittelverordnung zur Umsetzung von Basel III final gutheissen. Basel III ist ein umfassendes Reformpaket des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (BCBS) zur Stärkung der Solvenz und Liquidität im Bankensektor. Als Mitglied des BCBS wird die Schweiz den internationalen Basel-Standard im Jahr 2024 für alle Banken in der Schweiz verbindlich umsetzen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Schweizer Beitrag an den neuen IWF-Treuhandfonds für Resilienz und Nachhaltigkeit (RST):

Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird, je nach Entwicklung der laufenden Diskussionen im Internationalen Währungsfonds (IWF), im ersten Halbjahr 2023 eine Botschaft zum Schweizer Beitrag an den neuen IWF-Treuhandfonds für Resilienz und Nachhaltigkeit (RST) verabschieden. Der Beitrag (insbesondere Unterstützung der Entwicklungs- und Schwellenländer bei Klimatransition und -transformation) wäre 2023 aufzugleisen. Der RST kann über die Umverteilung der erhaltenen Sonderziehungsrechte (SZR) finanziert werden (von 460 Mrd. SZR gingen ca. 5,5 Mrd. SZR an die Schweiz) bzw. über Darlehen und Beiträge.

Soll-Termin: 30.06.2023

Erhöhung der Neuen Kreditvereinbarungen des IWF (NKV): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird, je nach Entwicklung der laufenden Diskussionen im Internationalen Währungsfonds (IWF), im zweiten Halbjahr 2023 eine Botschaft zu einer Erhöhung der Neuen Kreditvereinbarungen des IWF (NKV) verabschieden. Sollten die IWF-Mitglieder aufgrund der Entwicklungen in Weltwirtschaft und Finanzsystem eine Erhöhung der NKV beschliessen, wäre für ein reguläres Verfahren eine Botschaft für die NKV-Erhöhung und -Verlängerung auszuarbeiten. Wird eine reguläre Verlängerung der NKV ohne grössere materielle bzw. finanzielle Anpassungen beschlossen, dann wäre der Entscheid des Bundesrates über die weitere Teilnahme der Schweiz im zweiten Halbjahr 2024 zu treffen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Anpassung oder Erweiterung der internationalen und nationalen Rechtsgrundlagen über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung über eine Anpassung oder eine Erweiterung der internationalen und nationalen Rechtsgrundlagen über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen eröffnen. Damit werden Änderungen an internationalen Standards wie die Ausdehnung des AIA-Standards auf virtuelle Vermögenswerte und weitere Anpassungen im Schweizer Recht nachvollzogen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Genehmigung der Protokolle zur Änderung des AIA-Abkommens zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der besonderen Verwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China, zwischen der Schweiz und Singapur sowie zwischen der Schweiz und der EU: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung über die Genehmigung der Protokolle zur Änderung des AIA-Abkommens zwischen dem Bundesrat und der Regierung der besonderen Verwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China, zwischen der Schweiz und Singapur sowie zwischen der Schweiz und der EU eröffnen. Damit werden Anpassungen am AIA-Standard mit diesen Jurisdiktionen nachvollzogen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Anpassung der Multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch länderbezogener Berichte (ALBA-Vereinbarung) und des Bundesgesetzes über den automatischen Austausch länderbezogener Berichte (ALBAG): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Anpassung der Multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch länderbezogener Berichte (ALBA-Vereinbarung) und des Bundesgesetzes über den automatischen Austausch länderbezogener Berichte (ALBAG) eröffnen. Damit werden Anpassungen am ALBA-Standard im Schweizer Recht nachvollzogen. Wie diese Standardänderung im Detail aussehen wird, ist weiterhin offen. Die Revisionsarbeiten der OECD sind noch nicht abgeschlossen. Die Änderungen dürften die Kriterien für die Einreichpflicht und den Inhalt des länderbezogenen Berichts betreffen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Einführung des Automatischen Informationsaustauschs (AIA) mit weiteren Partnerstaaten per 2024/2025: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Botschaft zur Einführung des AIA mit weiteren Partnerstaaten per 2024/2025 verabschieden. Es handelt sich um eine Erweiterung des AIA-Netzwerks der Schweiz auf weitere Partnerstaaten per 2024/2025 gemäss Standard.

Soll-Termin: 30.06.2023

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Digital Finance: Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 weitere Massnahmen zur Verbesserung der Standortqualität für Digital Finance auf Grundlage der Auslegeordnung von 2022 genehmigen und das weitere Vorgehen festlegen. Durch eine einfache und rechtssichere Nutzung digitaler Technologien sowie eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Finanzdienstleistern, Technologieanbietern und weiteren Akteuren soll die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Finanzplatzes gestärkt werden.

Soll-Termin: 30.06.2023

Globale Spitzenposition für Sustainable Finance: Beschluss

Die Position der Schweiz als führender nachhaltiger Finanzstandort soll gefestigt werden. Zu diesem Zweck nimmt die Schweiz Einfluss auf die relevanten internationalen Arbeiten, inkl. in der G20 und im Internationalen Währungsfonds (IWF). Auf der Grundlage einer Information zum Stand der Entwicklungen, insbesondere bezüglich Arbeiten zu Transparenz in den Bereichen Klima und Biodiversität, wird der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2023 das weitere Vorgehen, einschliesslich zu Massnahmen zur Stärkung der Schweizer Position als nachhaltiger Finanzstandort, festlegen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Revision der Aufsichtsverordnung (AVO): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die revidierte Aufsichtsverordnung (AVO) gutheissen. Die Revision des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) macht eine Anpassung der AVO notwendig: In der Hauptsache sollen das VAG konkretisiert und die Stufengerechtigkeit vom Gesetz bis zu den FINMA-Rundschreiben sichergestellt werden.

Soll-Termin: 30.06.2023

Revidiertes Kollektivanlagengesetz (KAG) (Einführung Limited Qualified Investor Fund; L-QIF): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 das revidierte Kollektivanlagengesetz (KAG) in Kraft setzen und die entsprechende Revision der Kollektivanlagenverordnung (KKV) gutheissen. Mit der Anpassung des KAG und der KKV wird der Limited Qualified Investor Fund (L-QIF) eingeführt, eine neue Fondskategorie für qualifizierte Anleger, die keiner Bewilligung oder Genehmigung durch die FINMA bedarf.

Soll-Termin: 30.06.2023

Einführung eines Public Liquidity Backstops: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Einführung eines Public Liquidity Backstops eröffnen. Er hat am 11. März 2022 Eckwerte für eine gesetzlich verankerte staatliche Liquiditätssicherung («Public Liquidity Backstop») beschlossen. Damit soll eine in der Schweiz domizilierte systemrelevante Bank temporär und subsidiär mit Liquidität versorgt werden können, falls dies für eine erfolgreiche Sanierung erforderlich sein sollte. Es handelt sich dabei nicht um eine implizite Staatsgarantie. Die gewährte Liquidität muss vollständig zurückbezahlt werden. Die Unterstützung wird mit einem Abgeltungs- und Sanktionsmechanismus ausgestaltet. Die Massnahme bildet eine Ergänzung zu den vom Bundesrat im Jahr 2022 massgeblich verschärften Liquiditätsanforderungen für systemrelevante Banken, welche sicherstellen, dass eine systemrelevante Bank über genügend Liquidität für ein breites Spektrum von Krisenfällen verfügt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Schlanke Werkzeuge, um höchste Finanzmarktkader besser in die Pflicht zu nehmen» (in Erfüllung des Po. Andrey 21.3893): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Andrey 21.3893 «Schlanke Werkzeuge, um höchste Finanzmarktkader besser in die Pflicht zu nehmen» gutheissen. Der Bundesrat nimmt eine Prüfung von Anpassungen der FINMA-Werkzeuge vor, um Anreize zu stärkerer individueller Verantwortungsübernahme der höchsten Kader der Finanzinstitute zu schaffen und um die individuellen Verantwortlichkeiten der Führungsorgane zuzuordnen.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Steuerfragen aufgrund von Home Office: Prüfung durch EFD; gegebenenfalls Antrag an Bundesrat zum weiteren Vorgehen

Allfällige steuerliche Massnahmen aufgrund von vermehrtem Home Office bei grenzüberschreitender Erwerbstätigkeit werden geprüft.

Das EFD hat allfällige Anpassungen in internationalen Abkommen und im nationalen Recht geprüft und – falls Anpassungsbedarf besteht – dem Bundesrat Antrag zum weiteren Vorgehen gestellt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Ausbau und Pflege der internationalen Beziehungen: Teilnahme am G20 Finance Track 2024 gesichert

Angestrebt wird die Teilnahme am G20 Finance Track, die Führung von Finanzdialogen und der Ausbau des Beziehungsnetzes.

Brasilien lädt die Schweiz zu den Arbeiten am G20 Finance Track ein.

Soll-Termin: 31.12.2023

Verbesserung Marktzugang mit ausgewählten Partnerstaaten: Verbesserung der Rahmenbedingungen für das grenzüberschreitende Geschäft mit einem Partnerstaat

Es geht um den Einsatz gegenüber ausgewählten Partnerstaaten für den Erhalt der Zugangsbedingungen und Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen für das von Finanzinstituten grenzüberschreitend erbrachte Geschäft.

Das EFD wirkt darauf hin, dass mit einem Partnerstaat eine Einigung über die Verbesserung des Marktzuganges erzielt werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2023

Arbeiten der OECD im Bereich CO₂-Bepreisung: Aktive Rolle des EFD im zuständigen Steuerungsgremium der OECD

In einem allfälligen OECD-Gremium zur Vergleichbarkeit von expliziten und impliziten Methoden der CO₂-Bepreisung nimmt das EFD aktiv teil (inkl. engem Einbezug der betroffenen Ämter). Das Gremium soll nationale Ansätze der CO₂-Bepreisung quantifizieren, transparent und vergleichbar machen. Zudem soll auch die Teilnahme von Nicht-OECD-Mitgliedstaaten ermöglicht werden.

Das EFD beteiligt sich aktiv an einem allfälligen Steuerungsgremium der OECD und bezieht die betroffenen Ämter eng in die Arbeiten ein.

Soll-Termin: 31.12.2023

Empfehlungen des Globalen Forums über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke: Prüfung durch EFD; gegebenenfalls Antrag an Bundesrat zum weiteren Vorgehen

Prüfung allfälliger Änderungen an den nationalen Rechtsgrundlagen zum Informationsaustausch auf Ersuchen aufgrund der Empfehlungen des Global Forum aus den Folgeberichten 2021 und 2022.

Das EFD hat allfällige Anpassungen im nationalen Recht geprüft und – falls Anpassungsbedarf besteht – dem Bundesrat Antrag zum weiteren Vorgehen gestellt.

Soll-Termin: 31.12.2023

EIDGENÖSSISCHE STEUERVERWALTUNG (ESTV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bundesgesetz über die Individualbesteuerung: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung verabschieden. Das Einkommen und das Vermögen jeder erwachsenen Person sollen einzeln besteuert werden. Die Höhe der Steuer bei einem Ehepaar bestimmt sich somit grundsätzlich nach dem Einkommen und dem Vermögen des Individuums und nicht nach dem Gesamteinkommen und -vermögen der Eheleute. Mit der Individualbesteuerung werden Erwerbsanreize gesetzt und die Chancengleichheit von Mann und Frau verbessert.

Soll-Termin: 31.12.2023

Verordnung zur Ergänzungssteuer (OECD/G20-Projekt zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird bis im zweiten Halbjahr 2023 die Verordnung zur Ergänzungssteuer (OECD/G20-Projekt zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft) gutheissen. Die Regelungen zur OECD-Mindeststeuer für grosse internationale Unternehmen werden wegen des grossen Zeitdrucks in einer vorübergehenden Verordnung direkt gestützt auf die Übergangsbestimmung in der Verfassung erlassen. Im Anschluss erfolgt das ordentliche Gesetzgebungsverfahren.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bundesgesetz über den steuerlichen Abzug der Berufskosten von unselbständig Erwerbenden: Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 Kenntnis nehmen vom Ergebnis der Vernehmlassung und das weitere Vorgehen festlegen betreffend die Neuregelung der Berufskosten von unselbständig Erwerbenden im Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) und im Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG). Unselbständig erwerbende Personen sollen wählen können, ob sie eine Pauschale oder die tatsächlichen Berufskosten abziehen wollen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Kapital- und Vermögenssteuern stark wachsender KMU senken» (in Erfüllung des Po. Derder 17.4292): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht «Kapital- und Vermögenssteuern stark wachsender KMU senken» in Erfüllung des Postulats Derder 17.4292 gutheissen. Gemäss dem Postulat sollen die ökonomischen und finanziellen Auswirkungen einer Verlagerung von der substanzzehrenden Vermögensbesteuerung hin zu einer verstärkten Ertragsbesteuerung dargelegt werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitalisierungsinitiative ESTV: Initiierung und Umsetzung der ersten Vorhaben

Die ESTV hat im Rahmen der Digitalisierungsinitiative eine initiale Vorhabensliste (Backlog) erstellt. Die oberste Priorität innerhalb der Vorhabensliste hat die Digitalisierung der Steuergeschäfte. Prioritäre Vorhaben sind u.a. die Umsetzung der DocBox, des Selfservices Stammdaten und des eSteuerkontos.

Soll-Termin: 31.12.2023

Umsetzung Teilrevision des MWSTG und der MWSTV: Prozesse der ESTV und die Systemlandschaft sind angepasst (UWM)

Die Umsetzung des Gesetzgebungsvorhabens «Weiterentwicklung der MWST» führt in der ESTV u.a. zu Anpassungen in den Bereichen IT-Applikationen, Formulare, MWST-Praxis und interne Prozesse sowie der Organisation.

Das Projekt beinhaltet die Umsetzung von Anpassungen bei den Prozessen, Weisungen, der MWST-Praxis sowie in der Applikationslandschaft der ESTV.

Soll-Termin: 31.12.2023

Internationale Amts- und Rechtshilfe: Umsetzung FATCA gemäss Vereinbarung mit dem IRS

Aufgaben im Zusammenhang mit der internationalen Amts- und Rechtshilfe.

FATCA ist gemäss der Vereinbarung mit dem Internal Revenue Service (Bundessteuerbehörde der USA) umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR ZOLL UND GRENZSICHERHEIT (BAZG)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision des Bundesgesetzes über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (SVAG): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 das revidierte Schwerverkehrsabgabengesetz und die entsprechende Verordnung dazu in Kraft setzen. Die bestehende LSVA-Infrastruktur zur Erhebung der Schwerverkehrsabgabe in der Schweiz muss altersbedingt per Ende 2024 ersetzt werden. Mit LSVA III wird gleichzeitig eine technische Weiterentwicklung auf ein interoperables Erhebungssystem erfolgen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Totalrevision des Verordnungsrechts zum revidierten Zollgesetz: Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 das Vernehmlassungsergebnis zur Totalrevision des Verordnungsrechts zum revidierten Zollgesetz zur Kenntnis nehmen. Mit der Totalrevision des Zollrechts wird der rechtliche Rahmen für die laufende digitale Transformation (Programm DaziT) gelegt und gleichzeitig die notwendige organisatorische Flexibilität geschaffen, damit das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit noch rascher und wirksamer auf veränderte Lagen reagieren kann.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Einführung des neuen Warenverkehrssystems Passar: Go-Live und Start der Transitionsphase von Passar 1.0

Das neue Warenverkehrssystem Passar ist eines der Herzstücke des Programms DaziT. Damit werden unter anderem die bisherigen Systeme e-dec und NCTS abgelöst, die bereits heute ihr Lebensende erreicht haben. Der Warenverkehrsprozess wird dabei vereinfacht und standardisiert für alle Verfahren und Verkehrsarten. Passar bildet die Grundlage für einen Grenzübertritt ohne Halt und eine deutliche Effizienzsteigerung für die Wirtschaft.

Passar 1.0 ist im produktiven Betrieb und die Verkehrsrichtungen «Ausfuhr» und «Durchfuhr» sind umgesetzt. Im Rahmen dieser Einführung wird die Umstellung von Phase 4 auf 5 im internationalen Transit vollzogen. Für die Umstellung der Gegenüber auf das neue System läuft in der Transitionsphase ein Parallelbetrieb.

Soll-Termin: 30.06.2023

Einführung des neuen Rapportierungs- und Fallbearbeitungssystems: Start der Entwicklung im neuen «Rapportierungs- und Fallbearbeitungssystem» für den Teil Rapportierung

Die Mitarbeitenden des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit führen künftig sogenannte 360-Grad-Kontrollen in den Bereichen Personen, Waren und Transportmittel durch. Im Rahmen des Programms DaziT wird dafür ein neues, einheitliches Rapportierungs- und Fallbearbeitungssystem geschaffen. Dieses löst die bestehenden Lösungen ab, welche nach Themenbereich getrennt sind.

Nach der WTO-Ausschreibung, dem erfolgreichen Zuschlag und einer abgeschlossenen Konzeptphase wird die Entwicklungs- und Integrationsarbeit gestartet.

Soll-Termin: 30.06.2023

BUNDESAMT FÜR INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION (BIT)

PROJEKTE UND VORHABEN

Programm SUPERB: Umstellung Supportprozesse auf S/4 (neue Software)

Harmonisierung, Standardisierung und Digitalisierung von Supportprozessen in der Bundesverwaltung im Rahmen des Generationswechsels der SAP Systeme (S/4HANA).

Die Umstellung der Supportprozesse auf die neue Software (S/4) wurde durchgeführt. Weitere Nutzenpotentiale in den Bereichen Finanzen (zentraler Kontenplan) und Stammdaten (Harmonisierung Geschäftspartner) sind realisiert.

Soll-Termin: 31.12.2023

Aufbau und Etablierung Intermediär / Cloud Service Broker: BIT ist als CSB/BV etabliert, Abrufe erfolgen über WTO-20007

Zur Unterstützung der Digitalen Transformation und insbesondere der Strategischen Initiative 4 Hybrid Multi-Cloud des Bundesrates baut das BIT die Kompetenz als Intermediär bzw. Cloud Service Broker auf, um die Bundesverwaltung kompetent und effizient zu unterstützen.

Die Rolle des BIT ist als Intermediär / Cloud Service Broker (CSB) der Bundesverwaltung etabliert. Das CSB Team begleitet seine Kunden bei Hybrid Cloud Vorhaben durch Beratung, Lösungsmuster sowie durch die Bereitstellung von integrierten und gemanagten Landing Zones auf verschiedenen Hyperscaler Plattformen. Hierfür werden Abrufe aus der WTO-20007 Public Cloud genutzt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Rechenzentrum-Campus BIT: Aufbau von 50 Fachanwendungen im Rechenzentrum-CAMPUS

Im Rahmen des Vorhabens «Migration RZ-Campus 2020» erfolgt der Aufbau des Rechenzentrum CAMPUS. In einem sogenannten «Ramp-Up» Verfahren erfolgt die schrittweise Migration bzw. Integration der Fachanwendungen in die neue RZ 2020 Architektur (RZ PRIMUS und RZ CAMPUS).

Umzug der Fachanwendungen aus dem Rechenzentrum Monbijoustrasse 74 in die Rechenzentren PRIMUS und CAMPUS. Die durch das BIT definierten Anwendungen (insbesondere diejenigen mit VK3-Anforderungen) laufen im RZ-CAMPUS und im RZ-PRIMUS (Failover) gemäss Service Level Agreement.

Soll-Termin: 31.12.2023

Entflechtung IKT-Basisleistungen VBS: Entflechtung BURAUT/UCC - Gruppe Verteidigung

Im Rahmen der Entflechtung der IKT-Basisleistung übernimmt das BIT die Leistungen für die Büroautomation von der FUB.

Im Rahmen des Entflechtungsprojektes BURAUT/UCC der Gruppe Verteidigung sind 5000 Arbeitsplätze migriert und werden durch das BIT betrieben.

Soll-Termin: 31.12.2023

EIDGENÖSSISCHE FINANZKONTROLLE (EFK)

PROJEKTE UND VORHABEN

Jahresplanung 2023 (Veröffentlichung im Januar 2023): Umsetzung

Umsetzung der Jahresplanung 2023

-

Soll-Termin: 31.12.2023

EIDGENÖSSISCHES PERSONALAMT (EPA)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Optimierungen am Lohnsystem der Bundesverwaltung (in Umsetzung des Po. FK-N 19.3974): Beschluss

Der Bundesrat schlägt in seinem Bericht vom 6. April 2022 in Erfüllung des Postulats FK-N 19.3974 «Entkoppelung der Lohnentwicklung von der Leistungsbeurteilung» in einigen Bereichen Optimierungen am aktuellen Lohnsystem der Bundesverwaltung vor. Gestützt auf die konkretisierten Optimierungsvorschläge wird der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2023 über die Optimierungsmassnahmen für das Lohnsystem der Bundesverwaltung entscheiden und das Bundespersonalrecht entsprechend anpassen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Personalstrategie Bundesverwaltung 2024–2027: Beschluss

Ende 2023 läuft die aktuelle Personalstrategie Bundesverwaltung des Bundesrates 2020–2023 aus. Im zweiten Halbjahr 2023 wird der Bundesrat im Hinblick auf die neue Legislatur die Personalstrategie Bundesverwaltung 2024–2027 beschliessen. Mit dieser begegnet er den Herausforderungen, die sich für die Arbeitgeberin Bundesverwaltung aus der demografischen Entwicklung und den Veränderungen der Arbeitswelt ergeben. Zentrale Themen sind dabei u.a. die Personalplanung, das Kompetenzmanagement, die Aus- und Weiterbildung, Flexibilität bei Einsatz und Anstellung, Kulturwandel, Bindung oder Einsatz von neuen Technologien.

Soll-Termin: 31.12.2023

Revision des Bundespersonalgesetzes (BPG) (Berufliche Vorsorge): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zu einer Revision des Bundespersonalgesetzes (BPG) verabschieden. Im Artikel 32c Absätze 3 und 4 des Bundespersonalgesetzes soll klargestellt werden, dass Artikel 50 Absatz 2 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) den in diesen Absätzen vorgesehenen Genehmigungsvorbehalt nicht ausschliesst (bei Abschluss und bei Änderungen der Anschlussverträge der dezentralen Arbeitgeber).

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Einführung selbstorganisierter Arbeitsformen (agile Organisationsformen) in der Bundesverwaltung» (in Erfüllung des Po. Marti Min Li 21.4162): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht «Einführung selbstorganisierter Arbeitsformen (agile Organisationsformen) in der Bundesverwaltung» in Erfüllung des Postulats Marti Min Li 21.4162 gutheissen. Bereits heute werden in der Bundesverwaltung agile Organisationsformen punktuell angewendet. Der Bericht soll aufzeigen, inwiefern selbstorganisierte Arbeitsformen in der Bundesverwaltung auch breiter zum Einsatz kommen könnten.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

SUPERB im HR-Bereich der Bundesverwaltung: Einführung von HR-Anwendungen (z.B. Lernmanagement, Spesen, Zeitwirtschaft)

Das EPA soll in der HR-Informatik (HR-IT) Anwendungen einführen, die digitalisierte und bundesweit harmonisierte Prozesse unterstützen.

Im Rahmen des Teams Personal (HR-IT) im Bundesprogramm SUPERB werden HR-IT-Anwendungen eingeführt. Damit werden harmonisierte und digitalisierte Anwendungen für die Mitarbeitenden, Führungskräfte und die Personalbereiche zur Verfügung gestellt. Erste Anwendungen (gemäss Roadmap SUPERB) sind bis Ende 2023 im Einsatz.

Soll-Termin: 31.12.2023

Personalstrategie Bundesverwaltung 2020-2023: Zurverfügungstellen von Konzept und Angeboten für das HR

Die vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen zur Personalstrategie Bundesverwaltung 2020-2023 sollen weiter umgesetzt werden.

Das HR-Rollenmodell ist auf die Anforderungen der Digitalisierung ausgerichtet und entsprechende Massnahmen sind eingeleitet.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR BAUTEN UND LOGISTIK (BBL)

PROJEKTE UND VORHABEN

Unterbringungskonzept 2024: Fertigstellung Verwaltungsneubau 3. Etappe in Zollikofen

Der Verwaltungsneubau 3. Etappe in Zollikofen ist fertiggestellt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Nachhaltiges Bauen: Umsetzung des Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz SNBS beim Verwaltungsneubau 3. Etappe in Zollikofen mit Zertifizierung (mind. Gold-Zertifikat)

Zur Umsetzung der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 des Bundesrates werden Gebäude erstellt, die über ihren gesamten Lebenszyklus hohen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Anforderungen genügen. Bei Projekten in der Schweiz wird der Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz SNBS standardmässig als Planungsgrundlage verwendet.

Beim Verwaltungsneubau 3. Etappe in Zollikofen wird der Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz mit Zertifizierung, mindestens Gold-Zertifikat, umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Immobilienkonzept Sport: Fertigstellung Ersatzneubau Leistungsdiagnostik und Regeneration in Magglingen

Das Immobilienkonzept Sport zeigt auf, welche Investitionen in Sportanlagen und Betriebsgebäude des Bundes erforderlich sind, um die Rahmenbedingungen für die Förderung des Breiten- und Leistungssports zu verbessern.

Der Ersatzneubau Leistungsdiagnostik und Regeneration in Magglingen ist fertiggestellt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Einführung neue Identitätskarte: Realisierung der Personalisierung der neuen Identitätskarte im 2. Quartal 2023

Ende 2017 hat der Bundesrat beschlossen, die Personalisierung der neuen Identitätskarte bundesintern vorzunehmen. Somit werden Namen, Geburtsdatum und weitere Angaben, die sich auf der Identitätskarte befinden, vom Bund personalisiert.

Die neue Generation der Identitätskarte wird bis am 30.06.2023 eingeführt sein und durch das BBL personalisiert.

Soll-Termin: 30.06.2023

WBF

GENERALSEKRETARIAT WBF (GS-WBF)

PROJEKTE UND VORHABEN

IKT-Sourcing-Strategie Bund beim ISCeco: Start Aufbau der IKT-Plattformen für die neuen Fachanwendungen des WBF

Der departementale IKT-Leistungserbringer fokussiert seine Tätigkeiten auf fachspezifische IKT-Leistungen. Mit der Migration in den Verbund der Rechenzentren (RZ) der Bundesverwaltung kann das ISCeco standardisierte IKT-Leistungen beziehen (z.B. Netzwerk- und Infrastruktur-Services). Der Aufbau der IKT-Plattformen für die Fachanwendungen des WBF in den neuen Netzwerkzonen des RZ-Verbundes der zivilen Bundesverwaltung hat begonnen. Das Ziel ist, die neuen strategischen Fachanwendungen des BLW und ZIVI in dieser neuen Umgebung realisieren zu können.

Soll-Termin: 30.06.2023

Einführung SUPERB: Umsetzung der Supportprozesse im WBF

SAP S4/HANA wird in der Bundesverwaltung auf den 23.9.2023 produktiv gesetzt. Die Supportprozesse (z. B. Finanzen, Human Resources, usw.) sind im WBF auf das neue Release S4 sowie auf die Datenbank HANA angepasst und funktionieren. Das interne Know-how im GS-WBF ist aufgebaut und die User in den Verwaltungseinheiten können aktiv unterstützt werden.

Soll-Termin: 23.09.2023

Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS): Aufbau und Inbetriebnahme eines ISMS gemäss Informationssicherheitsverordnung (ISV)

Ein «ISMS» umfasst Verfahren und Regeln, die aufzeigen, wie Informationssicherheit in einem System organisiert ist, und sichtbar machen, welche Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten entsprechenden Personen zugeordnet werden. Von den Verwaltungseinheiten wird ein «ISMS light» verlangt; d.h. sie müssen nicht die ganze ISO-Norm umsetzen, sondern nur die wichtigsten in der ISV definierten Managementprozesse. Die künftigen Vorgaben der Fachstelle des Bundes für Informationssicherheit werden diese präzisieren. Ein ISMS bezweckt, die Informationssicherheit in der Verwaltungseinheit zu führen und zu verbessern. Dafür werden konkrete Ziele benötigt, anhand derer die Amtsleitung beurteilen kann, ob es die gewünschte Wirkung erbringt. Diese jährliche Zielsetzung und -messung ist eine Führungsaufgabe der Amtsleitung. Aufbau und Betrieb eines ISMS im GS-WBF nach den Vorgaben der Amtsleitung durch den Sicherheitsverantwortlichen. Der eigentliche Betrieb des ISMS obliegt dem Informationssicherheitsbeauftragten.

Soll-Termin: 01.07.2023

STAATSSSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT (SECO)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Covid-19-Härtefallverordnung»: Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 einen Bericht über die Umsetzung der Unterstützungen an Unternehmen im Rahmen der Covid-19-Härtefallverordnung 2020 (HFMV 20) und der Covid-19-Härtefallverordnung 2022 (HFMV 22) gutheissen. Die durch die Kantone gewährten Härtefallhilfen umfassen à-fonds-perdu-Beiträge, Darlehen, Garantien oder Bürgschaften.

Soll-Termin: 31.12.2023

Botschaft über die Standortförderung 2024–2027: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Botschaft über die Standortförderung 2024–2027 verabschieden. Darin wird er mehrere Finanzierungsbeschlüsse beantragen, um die bewährten Instrumente der Standortförderung des Bundes weiterzuführen. Die Standortförderung umfasst die KMU Politik, die Tourismuspolitik, die Regionalpolitik und die Exportförderung/Standortpromotion. Die Instrumente der Standortförderung werden im Hinblick auf die Botschaftsperiode 2024–2027 den aktuellen Herausforderungen entsprechend weiterentwickelt. Für die Neue Regionalpolitik (NRP) enthält die Botschaft das achtjährige NRP-Mehrjahresprogramm 2024–2031.

Soll-Termin: 30.06.2023

Revision Bundesgesetz über Regionalpolitik: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zur Anpassung des Bundesgesetzes über die Regionalpolitik verabschieden. Die Entwicklungsinfrastrukturen, die Wertschöpfung in die Region bringen, sind für die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Regionen und der Berggebiete von zentraler Bedeutung. Bisher stellt die NRP dafür Darlehen zur Verfügung. Die Erfahrungen zeigen, dass Darlehen nicht das richtige Instrument sind, um Kleininfrastrukturen, die für den investierenden Projektträger keine oder nur marginale direkte Cash-Flows generieren, zu unterstützen. Kleininfrastrukturen sind jedoch von regionalwirtschaftlicher Bedeutung, wenn sie von anderen wirtschaftlichen Akteuren kommerziell genutzt werden können. Solche Infrastrukturen sollen daher in beschränkter Masse auch mit à-fonds-perdu-Mitteln unterstützt werden können. Dieser Ansatz wird im Rahmen der NRP-Pilotmassnahmen für die Berggebiete seit 2020 in 16 NRP-Kantonen erfolgreich getestet. Die im Februar 2022 publizierte Evaluation der NRP-Mehrjahresperiode 2016–2023 empfiehlt dies ausdrücklich.

Soll-Termin: 31.12.2023

Revision Verordnung Regionalpolitik (VPR): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die revidierte Verordnung über die Regionalpolitik verabschieden. Im Vordergrund steht die Aktualisierung der statistischen Basis, auf der die Definition des NRP Perimeters beruht.

Soll-Termin: 31.12.2023

Revision Bundesgesetz über die Förderung der Beherbergungswirtschaft (Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der Beherbergungswirtschaft eröffnen. Damit will er die Investitionsförderung in der Beherbergungswirtschaft optimieren.

Soll-Termin: 31.12.2023

Revision Bundesgesetz über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus (Innotour): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 das revidierte Bundesgesetz über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus (Innotour) in Kraft setzen. Die Gesetzesänderung hat die befristete Ausweitung der Innovationsförderung durch Innotour zum Ziel. Damit soll der Schweizer Tourismus insbesondere bei drei strategisch prioritären Innovationsthemen unterstützt werden: Der Digitalisierung, der Nachhaltigkeit sowie dem Städte- und Geschäftstourismus.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht über die Evaluation und Weiterentwicklung der Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete und der Agglomerationspolitik: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht zur Evaluation und Weiterentwicklung der Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete und der Agglomerationspolitik verabschieden. Damit werden die Grundlagen für die beiden Politiken und ihre jeweiligen Umsetzungsinstrumente gelegt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht über die Evaluation und Weiterentwicklung der Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete und der Agglomerationspolitik: Verabschiedung der Agglomerationspolitik und Politik für ländliche Räume.

Die Anpassung der Agglomerationspolitik wird dem Bundesrat von UVEK (ARE) und WBF (SECO) Ende 2023 vorgelegt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den MERCOSUR-Staaten: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat beabsichtigt, die noch offenen Punkte der in der Substanz abgeschlossenen Verhandlungen zwischen den EFTA-Staaten und den MERCOSUR-Staaten zu bereinigen, damit das Abkommen im Anschluss unterzeichnet und im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft verabschiedet werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2023

Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Moldawien: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zum Freihandelsabkommen (FHA) zwischen den EFTA Staaten und Moldawien verabschieden. Der Abschluss eines FHA mit den EFTA-Staaten würde es Moldawien ermöglichen, ihren wirtschaftlichen Integrationsprozess weiterzuentwickeln und Schweizer Unternehmen die Möglichkeit bieten, ihre Produktionsketten in Moldawien zu erweitern.

Soll-Termin: 31.12.2023

Kooperationsabkommen im Wettbewerbsbereich mit Deutschland: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zum Wettbewerbsabkommen mit Deutschland verabschieden. Ein Wettbewerbsabkommen mit Deutschland soll zum einen den Wettbewerb und damit die wirtschaftliche Effizienz und Innovation fördern, zum anderen die Rechtssicherheit für schweizerische Unternehmen durch koordinierte Verfahren und inhaltlich kohärente Entscheidungen beider Wettbewerbsbehörden verbessern.

Soll-Termin: 31.12.2023

Einführung einer Investitionsprüfung (in Erfüllung der Mo. Rieder 18.3021): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 in Erfüllung der Motion 18.3021 die Botschaft zu einer Investitionsprüfung ausländischer Investitionen in Schweizer Unternehmen verabschieden. Das Ziel der Investitionsprüfung soll die Verhinderung einer Gefährdung oder Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit durch Übernahmen von inländischen Unternehmen durch ausländische Investoren sein. Der Bundesrat spricht sich weiterhin gegen die Einführung einer Investitionsprüfung aus: Gemäss seiner Beurteilung ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis ungünstig und das bestehende Regelwerk ausreichend.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht über die Rahmenbedingungen für eine Landesausstellung: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht über die Rahmenbedingungen für eine Landesausstellung verabschieden. Damit werden die Grundlagen zum weiteren Vorgehen im Hinblick auf die mögliche Durchführung einer Landesausstellung gelegt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Festigung der Position in den internationalen Finanzinstitutionen: Wiederauffüllung Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDF 16)

Im Rahmen der Umsetzung der Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 wird der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2023 die Wiederauffüllung des Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfDF 16) beschliessen. Dieser gehört zu den multilateralen Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen, die für die Schweiz prioritär sind.

Soll-Termin: 31.12.2023

Festigung der Position in den internationalen Finanzinstitutionen: Überprüfung und Festlegung der Kapitalbasis der interamerikanischen Entwicklungsbank

Im Rahmen der Umsetzung der Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 wird die Schweiz im zweiten Halbjahr 2023 die Kapitalbasis der interamerikanischen Entwicklungsbank überprüfen. Diese gehört zu den multilateralen Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen, die für die Schweiz prioritär sind.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bilaterale Umsetzungsabkommen mit Partnerländern zur Umsetzung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU Mitgliedstaaten: Umsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die verbleibenden Umsetzungsabkommen mit Partnerländern des zweiten Schweizer Beitrags abschliessen, mit der Absicht, die Kooperationsprogramme ab 2023 bis 2029 umzusetzen.

Soll-Termin: 30.06.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Plurilaterale Vereinbarung zu innerstaatlichen Regulierungen im Dienstleistungsbereich: Genehmigung

Die Vereinbarung basiert auf klare, vorhersehbare und transparente Verfahren zur Erlangung einer Genehmigung für die Erbringung von Dienstleistungen. Sie wird als zusätzliche Verpflichtungen in die spezifische GATS-Verpflichtungsliste der Schweiz aufgenommen. Genehmigung der Vereinbarung und der Anpassung der Schweizer Verpflichtungsliste unter GATS durch den Bundesrat.

Soll-Termin: 31.12.2023

Begleitmassnahmen im Zusammenhang mit der Aufhebung der Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte: Evaluation

Die Gesetzesänderungen zur Aufhebung der Ausfuhrbeiträge («Schoggigesetz») traten per 1.1.2019 in Kraft. Die Revision sieht Begleitmassnahmen zum Erhalt der Wertschöpfung in der Nahrungsmittelproduktion vor. Die Begleitmassnahmen sind vier Jahre nach Einführung zu evaluieren. Der Bundesrat verabschiedet den Bericht zur Evaluation der Begleitmassnahmen.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR LANDWIRTSCHAFT (BLW)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Anpassung der Suisse-Bilanz an die effektiven Verhältnisse (in Erfüllung der Mo. WAK-S 21.3004): Abschluss

Die Überprüfung der Grundlagen der Düngung der Suisse Bilanz wird im zweiten Halbjahr 2023 abgeschlossen. Die Normen werden damit auf den aktuellen Stand gebracht. Der Bundesrat hat bereits am 13. April 2022 beschlossen, die Toleranz von plus 10% in der Suisse Bilanz (ausgeglichene Düngerbilanz) per 1. Januar 2024 abzuschaffen. Dadurch sollen die Nährstoffverluste bis 2030 verringert werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitales Nährstoff- und Pflanzenschutzmittelmanagement: Abschluss Phase Konzept

Am 19.3.2021 hat das Parlament im Zusammenhang mit der pa. Iv. 19.475 Gesetzesänderungen zur Reduktion negativer Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln und Dünger beschlossen. Der Bund wird verpflichtet ein zentrales Informationssystem zu deren Erfassung zu betreiben. Das digitale Nährstoff- und Pflanzenschutzmanagement dient zur Umsetzung der Mitteilungspflicht bei Nährstoffen und Pflanzenschutzmitteln (Pa.Iv. 19.475) und wird gleichzeitig die Landwirte administrativ entlasten.

Soll-Termin: 31.10.2023

Kompetenzzentrum für den digitalen Transformationsprozess in der Landwirtschaft: Aufbau Geschäftsstelle

Die Schaffung eines Kompetenzzentrums für den digitalen Transformationsprozess in der Landwirtschaft ist eine Folgerung des Berichts "Digitalisierung im Agrarsektor. Rolle des Bundes" in Erfüllung des Postulates 19.3988.

Das Kompetenzzentrum hat die Aufgabe, die Harmonisierungs- und Standardisierungsprozesse der Daten gemeinsam mit den Akteuren aus dem Agrarsektor voranzutreiben, Metadaten und Schnittstellen zu definieren und zu entwickeln, so dass der Datenaustausch unter Einhaltung des Datenschutzes zwischen den Systemen vereinfacht und das Zielbild des «Once-Only-Prinzips» umgesetzt werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2023

Agrarbericht 2023plus: Freigabe Realisierung

Ziel des Projektes Agrarbericht 2023plus ist es, den Agrarbericht auf eine zeitgemässe technische Grundlage zu stellen und den manuellen Aufwand zu verringern.

Die Konzeptphase soll bis Juni 2023 abgeschlossen und die Phase Realisierung gestartet werden. Das neue System soll im Dezember 2023 produktiv gesetzt werden (Go Live).

Soll-Termin: 30.06.2023

AGROSCOPE (AGROSCOPE)

PROJEKTE UND VORHABEN

Stoffflüsse und Absenkpfade: Ergebnisse zur Schliessung der Ziellücken der Umweltziele Landwirtschaft

Die Verbesserung der Nährstoffeffizienz ist eine prioritäre Herausforderungen der Landwirtschaft. Agroscope erarbeitet und entwickelt Massnahmen zur Reduktion von Stickstoff- und Phosphoremissionen. Die Massnahmen sollen on-farm unter Praxisbedingungen validiert, optimiert und weiterentwickelt werden. Ziel ist es, die Verbesserung der Nährstoffeffizienz und das Emissionsminderungspotenzial sichtbar zu machen und die praxisorientiert Umsetzbarkeit zu überprüfen. Durch Empfehlung wirksamer und praxistauglicher Massnahmen leistet Agroscope einen Beitrag zur Schliessung der Ziellücken bei den Umweltzielen Landwirtschaft. Erste Ergebnisse stehen Ende 2023 zur Verfügung.

Soll-Termin: 31.12.2023

Reduktion Pflanzenschutzmittel: Entwicklung von Risikoindikatoren und Kennzahlen

Mit dem im September 2017 durch den Bundesrat verabschiedeten nationalen Aktionsplan Pflanzenschutzmittel (ausgelegt für 10 Jahre) werden Ziele und Massnahmen für die weitergehende Risikoreduktion und nachhaltige Anwendung von Pflanzenschutzmitteln definiert. In Anlehnung an die Ziele des Nationalen Aktionsplans Pflanzenschutzmittel (NAP-PSM) werden Verfahren, Technologien und ganzheitliche Pflanzenschutzstrategien weiterentwickelt, welche den Bedarf für den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel senken.

Zur Reduktion des Einsatzes von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln sowie des Schwermetalls Kupfer, welches im Ackerbau und in Spezialkulturen intensiv eingesetzt wird, entwickelt Agroscope alternative Bekämpfungsmethoden und Strategien sowie neue Produktionssysteme zur Prävention von Schadorganismen. Diese werden bei wichtigen Kulturgruppen unter Praxisbedingungen getestet. Zur Quantifizierung der von Pflanzenschutzmitteln ausgehenden Risiken auf nationaler Ebene entwickelt Agroscope Risikoindikatoren, erste Kennzahlen stehen 2023 zur Verfügung.

Soll-Termin: 31.12.2023

«One Health»-Konzept für die Ernährung: Publikation wissenschaftlicher Grundlagen

Das Konzept «One Health» möchte bessere Ergebnisse im Bereich der Gesundheit erzielen, von der Produktion bis hin zum Konsum.

Agroscope erweitert seine Analysen und Modelle, damit Massnahmen auf Produktions- und Konsumentenebene hinsichtlich ihrer Wirksamkeit, Nachhaltigkeit und nach Gesundheitsaspekten bewertet werden können.

Soll-Termin: 31.12.2023

Umsetzung Standortstrategie: Realisierung der geplanten Umzüge von Gruppen und Aktualisierung des Controllings zu den Effizienzgewinnen

Nach dem Entscheid des Bundesrats vom Mai 2020 zur Standortstrategie Agroscope startete das Umsetzungsprojekt. Als Grundlage für die ab 2022 bevorstehende Verschiebung von Forschungsaktivitäten fokussiert die Detailplanung auf die bedarfsorientierte Bereitstellung der notwendigen Infrastrukturen und deren Optimierung.

Die für das Jahr 2023 geplanten Umzüge von Forschungsgruppen von den Standorten Wädenswil ans Reckenholz erfolgen zeitgerecht und effizient. Ebenso werden die gemäss Detailkonzept für dieses Jahr geplanten Infrastrukturoptimierungen umgesetzt und die Effizienzgewinne zur Stärkung der Forschung eingesetzt. Agroscope stellt halbjährlich ein Controlling zur Realisierung und Verwendung der Effizienzgewinne sicher.

Soll-Termin: 31.12.2023

Verwendung Effizienzgewinne für Versuchsstationen: Definition vom Projekten mit «Ko-Kreation-Ansatz» und Start Umsetzung

Bestandteil der Standortstrategie Agroscope ist der Aufbau von Versuchsstationen zusammen mit Kantonen und Branchen.

Die Versuchsstationen sollen das Wissen der Forschung, der Beratung und der Praxis bündeln und in einem «Ko-Kreation-Ansatz» Praxisprobleme diskutieren, Forschungsfragen zu standortrelevanten Problemen von gesamtschweizerischem Interesse definieren und gemeinsam entsprechende Projekte umsetzen. Mit diesem Ansatz soll der Wissensaustausch mit der Praxis gestärkt werden und die Umsetzung von Lösungen beschleunigt werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR WIRTSCHAFTLICHE LANDESVERSORGUNG (BWL)

PROJEKTE UND VORHABEN

Reorganisation Wirtschaftliche Landesversorgung (RWL): Stärkung BWL als Stabsstelle der WL-Organisation

Die vorgesehenen Massnahmen aus dem Projekt umsetzen.
Rekrutierung und Integration der neuen Mitarbeiter/innen, Prozessanalyse durchführen und Digitalisierungsstrategie ableiten, Plattformgedanke umsetzen (Kontakt zu Politik und Kantonen stärken, Resilienz Kommunikation und Notvorrat aktualisieren).

Soll-Termin: 31.12.2023

Energieversorgung Strom- und Gasmangellage: Einführung Strommonitoring und Bewirtschaftungsmassnahmen Gas

Bei der Strom- und Gasversorgung die Handlungsfähigkeit im Bewirtschaftungsfall erhöhen.
Beim Einsatz von Bewirtschaftungsmassnahmen muss deren Wirksamkeit innert angemessener Frist und gestützt auf aussagekräftige Datengrundlagen überprüft werden können. Dazu dient das Strommonitoring, welche auf dem bestehenden Swissgrid Monitoringsystem aufbaut. Im Zuge der Inbetriebnahme wird das Berechtigungskonzept erstellt, die erforderlichen Schulungen durchgeführt und die Schnittstelle zur elektronischen Lagedarstellung der WL implementiert. Bewirtschaftungsmassnahmen Gas: Vorbereitung Sparappelle und deren Kommunikation, Konzeptionierung von möglichen Kontingentierungsmassnahmen mit dem Fachbereich Energie.

Soll-Termin: 31.12.2023

Produktionsoptimierung Nahrungsmittelproduktion: Erhöhung des Selbstversorgungsgrades gezielt bei Bedarf

Optimierung der Inlandproduktion bei einer schweren Mangellage in der Nahrungsmittelproduktion vorbereiten.

Um für den Fall einer schweren Mangellage bei der Nahrungsmittelversorgung den Selbstversorgungsgrad gezielt erhöhen zu können, müssen die Voraussetzungen für die Umsetzung einer Produktionsoptimierung evaluiert und die Abläufe definiert werden. Dazu werden die relevanten Kernfragen geklärt und in einem konsolidierten Bericht dargestellt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Aufrechterhaltung von Transportkapazitäten im Krisenfall: Sicherstellung der Transportkapazität bei Versorgungskrisen

In Zusammenarbeit mit allen beteiligten Verkehrsträgern die Aufrechterhaltung von Transportkapazitäten im Krisenfall sicherstellen.

Bestehende Vorbereitungsmaßnahmen (u.a. hinsichtlich Prozesseffektivität und -effizienz, Nutzung Digitalisierungspotential, Schnittstelle zu ASTRA und Kantonen) zur Aufrechterhaltung von Transportkapazitäten auf der Strasse in Versorgungskrisen analysieren und optimieren.

Soll-Termin: 31.12.2023

Ergänzung der IKT-Minimalstandards: Ergänzung der IKT-Minimalstandards mit Supply-Chain-Risiken

Die bestehenden IKT-Minimalstandards der einzelnen Branchen mit zusätzlichen Schutzmassnahmen ergänzen.

Adressierung spezifischer Supply-Chain-Risiken für kritische IKT-Prozesse (Hard- und Softwareverfügbarkeit sowie Bezug ausländischer Service-Dienstleistungen, wie z.B. Cloud-Anwendungen). Dazu sollen die IKT-Supply-Chain-Risiken für verschiedene kritische Versorgungsprozesse bewertet und Massnahmen zur Risiko-Reduktion entwickelt werden. Die bestehenden IKT-Minimalstandards werden um die Massnahmen zu Supply-Chain-Risiken ergänzt.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR WOHNUNGSWESEN (BWO)

PROJEKTE UND VORHABEN

Mietrechtliche Rahmenbedingungen: Unterstützung der Rechtskommissionen von National- und Ständerat bei der Umsetzung von parlamentarischen Initiativen im Mietrecht

Das BWO ist zuständig für das Mietrecht. Es unterstützt Bundesrat und Parlament bei der Ausarbeitung und Revision der gesetzlichen Grundlagen.

Im Parlament ist die Behandlung mehrerer parlamentarischer Initiativen im Mietrecht hängig. Das BWO unterstützt die Rechtskommissionen beider Räte bei der Ausarbeitung von Vernehmlassungsgrundlagen und bereitet gestützt auf die Ergebnisse eine Gesetzesrevision vor.

Soll-Termin: 31.12.2023

Forschungsprogramm im Bereich Wohnungswesen: Verabschiedung Forschungsprogramm für die Periode 2024–2027

Die Schwerpunkte der Forschungstätigkeit im Bereich Wohnungswesen sind in vierjährigen Forschungsprogrammen festgehalten. Die Programme greifen Entwicklungen auf, die einen staatlichen Handlungsbedarf notwendig machen könnten, erarbeiten und vermitteln praxisorientierte Grundlagen und unterstützen konkrete Ansätze zur Lösung bestehender Probleme.

Für die Periode 2024–2027 müssen die Schwerpunktthemen der Forschung im Bereich Wohnungswesen neu festgelegt werden. In Zusammenarbeit mit interessierten Kreisen werden die Themen identifiziert und beschrieben. Das Programm wird von der Eidgenössischen Kommission für Wohnungswesen (EKW) und vom Departementschef verabschiedet.

Soll-Termin: 31.12.2023

Taschenstatistik Gemeinnütziger Wohnungsbau: Publikation einer Taschenstatistik mit Daten zum gemeinnützigen Wohnungsbau

Damit die für die Wohnraumförderung des Bundes zur Verfügung stehenden Mittel zielgerichteter eingesetzt werden können, braucht es aussagekräftige statistische Grundlagen. Die Taschenstatistik liefert Zahlen zum gemeinnützigen Wohnungsbau und stellt diese in Vergleich zum gesamten Wohnungsmarkt dar.

Mittels Daten aus dem Gebäude- und Wohnungsregister, der Strukturhebung sowie weiteren nationalen Erhebungen des Bundesamtes für Statistik BFS und des Bundesamtes für Wohnungswesen BWO werden aussagekräftige Auswertungen zur Gebäude- und Wohnungsstruktur und den Wohnverhältnissen im gemeinnützigen Wohnungsbau erstellt und mit dem gesamten Wohnungsmarkt verglichen. Die Auswertungen werden in einer übersichtlichen Taschenstatistik publiziert und der Allgemeinheit zugänglich gemacht.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR ZIVILDIENTST (ZIVI)

PROJEKTE UND VORHABEN

Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems I: Antragstellung an den Bundesrat zur Vernehmlassungsvorlage Änderung ZDG

Auf der Grundlage des BRB vom 30.06.2021 (EXE 2021.0887) gemeinsam mit dem VBS Auswertung des Vernehmlassungsergebnisses, Ergebnisbericht der Vernehmlassung und ggf. Antragstellung an den Bundesrat mit Erlassentwurf und Botschaft.

Mit dem Ergebnisbericht zur Vernehmlassung und den Entwürfen zu Botschaft und Erlassänderungen (ZDG, BZG, MG) verfügt der Bundesrat über die Grundlagen für seinen Entscheid für einen Antrag an das Parlament. Die entsprechenden Termine SOLL werden vom Bundesrat bestimmt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems II: Erreichen der im Projektauftrag des VBS definierten Meilensteine

Auf der Grundlage des BRB vom 04.03.2022 (EXE 2022.0132) Zusammenarbeit mit dem VBS zur Konkretisierung der Modelle «Bedarfsorientierte Dienstpflicht» und «Sicherheitsdienstpflicht», in Vorbereitung der Berichterstattung und ggf. Antragstellung an den Bundesrat per Ende 2024. Definieren der Meilensteine durch das GS-VBS.

Mitarbeit im Rahmen des dem VBS erteilten Auftrags zur Konkretisierung zweier Modelle für eine langfristige Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems, gemäss Projektauftrag VBS.

Soll-Termin: 31.12.2023

Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems III: Umsetzung der Empfehlungen 1 und 4 EFK-20542

Auf der Grundlage des EFK Berichts 20542 (Evaluation des Einsatzes von Dienstpflichtigen von Armee, Zivilschutz und Zivildienst in der COVID-19-Krise) Mitarbeit an der Umsetzung der an das VBS gerichteten Empfehlungen 1 und 4.

Mitarbeit im Rahmen der an das VBS gerichteten Empfehlungen 1 und 4, die eine Zusammenarbeit mit dem WBF/ZIVI vorgeben, gemäss Arbeitsorganisation VBS zur Empfehlung 1 und gemäss Projektauftrag VBS zur Empfehlung 4 durch temporäre Einsitznahme in die Operative Plattform des Sicherheitsverbunds Schweiz SVS.

Soll-Termin: 30.06.2023

Pilot mit versuchsweisen Einsätzen von Zivildienstpflichtigen zur Unterstützung von Angehörigen betreuungsbedürftiger Personen: Berichterstattung über Durchführung und Evaluation von 100 Piloteinsätzen und Bundesratsbeschluss über das weitere Vorgehen

Auf der Grundlage des BRB vom 25.11.2020 (EXE 2020.2719) Durchführung und begleitende Evaluation von circa 100 Piloteinsätzen in der ambulanten Betreuung in drei Sprachregionen sowie Berichterstattung an den Bundesrat zum Evaluationsergebnis. Der Vorsteher WBF wird aufgrund des Evaluationsergebnisses entscheiden, ob er dem Bundesrat Antrag für einen Auftrag zur Ausarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage stellen will.

Mit der bis 30.6.2023 verlängerten Projektdauer sollen circa 100 Piloteinsätze durchgeführt und evaluiert sein.

Soll-Termin: 31.12.2023

Digitale Transformation ZIVI: Entscheid Abschluss Phase Konzept und Entscheid Freigabe Phase Realisierung

Steuerung und Führung des Projekts im Rahmen der Umsetzung der amtsspezifischen Strategie Digitale Transformation und gemäss der Projektmethode «HERMES 5.1 IT-Individualanwendung agil» in den Phasen Konzept und Realisierung.

Das nach der Projektmethode «HERMES 5.1 IT-Individualanwendung agil» geführte Projekt erreicht die Meilensteine Phasenabschluss Konzept und Phasenfreigabe Realisierung.

Soll-Termin: 30.06.2023

SCHWEIZERISCHE AKKREDITIERUNGSSTELLE (SAS)

PROJEKTE UND VORHABEN

Kundenzufriedenheit: Auswertung der Umfrageergebnisse

Jährlich wird auf Grundlage einer strukturierten Befragung die Zufriedenheit der Konformitätsbewertungsstellen (KBS) mit den Dienstleistungen der SAS durchgeführt. Auf Grundlage der entsprechenden Ergebnisse werden Massnahmen zur laufenden Verbesserung der Dienstleistungen bis Ende März geprüft und beschlossen.

Soll-Termin: 31.03.2023

Peer Evaluation durch die EA (European co-operation for Accreditation): Durchführung

Die SAS wird periodisch mittels Peer Evaluation geprüft. Die Vorgaben sind in der Norm ISO/IEC 17011: 2017 «Konformitätsbewertung – Anforderungen an Akkreditierungsstellen, die Konformitätsbewertungsstellen akkreditieren» sowie in Direktiven der EA festgehalten. Die SAS wird mittels Peer Evaluation geprüft.

Soll-Termin: 31.12.2023

STAATSSSEKRETARIAT FÜR BILDUNG, FORSCHUNG UND INNOVATION (SBFI)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Validierung von Bildungsleistungen. Von der Zulassungslogik zur Zertifizierungslogik» (in Erfüllung des Po. Atici 21.3235): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulates Atici 21.3235 betreffend die Validierung von Bildungsleistungen, von der Zulassungslogik zur Zertifizierungslogik gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Keine Streichung von Bundesbeiträgen an nationale Forschungseinrichtungen» (in Erfüllung der Po. WBK-N 20.3927 und WBK-S 20.3462): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung der Postulate WBK-N 20.3927 und WBK-S 20.3462 gutheissen. Der Bericht soll darlegen, über welche Kanäle und basierend auf welcher Gesetzesgrundlage der Bundesrat ab 2025 die bisher über Artikel 15 FIGG gesprochenen Bundesbeiträge an nationale Forschungseinrichtungen leisten wird.

Soll-Termin: 31.12.2023

Lancierung einer neuen Runde Nationaler Forschungsprogramme (NFP): Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 über die Lancierung von zwei bis drei neuen Nationalen Forschungsprogrammen (NFP) entscheiden. Er bezieht sich dabei auf die Vorgaben aus der BFI-Botschaft 2021–2024. Die NFP dienen der Erarbeitung von Orientierungs- und Handlungswissen zur Lösung dringender aktueller gesellschaftlicher Probleme.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalt Movetia: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zum Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalt Movetia verabschieden. Die Änderung der rechtlichen Struktur von Movetia (derzeit eine privatrechtliche Stiftung), die in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) durchgeführt wird, soll die Gouvernanz verbessern.

Soll-Termin: 31.12.2023

Assoziierungsabkommen der Schweiz am EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport «Erasmus+» 2021–2027: Abschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 das Abkommen zur Assoziierung der Schweiz am Programm «Erasmus+», dem EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport in Europa genehmigen, falls Verhandlungen mit der EU aufgenommen und erfolgreich abgeschlossen werden können.

Soll-Termin: 31.12.2023

Anpassung von Anhang III des Personenfreizügigkeitsabkommens (Anerkennung von Berufsqualifikationen): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023, nach Abschluss einer Vernehmlassung, die Botschaft zum Bundesbeschluss betreffend Anpassung von Anhang III des Personenfreizügigkeitsabkommens verabschieden, falls Verhandlungen mit der EU aufgenommen und erfolgreich abgeschlossen werden können. Dabei sollen einige wichtige Neuerungen integriert werden, wie der «Europäische Berufsausweis» (digitales Anerkennungsverfahren) oder der Warnmechanismus für die Gesundheits- und Bildungsberufe.

Soll-Termin: 31.12.2023

Aktualisierung der Weltraumpolitik: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 im Rahmen eines Berichts die Schweizer Weltraumpolitik von 2008 nach erfolgter Evaluation und mit Blick auf die neuen Möglichkeiten und Herausforderungen im Weltraum erneuern.

Soll-Termin: 30.04.2023

Revision der Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV) und der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) über die Anerkennung von Maturitätszeugnissen: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Revision der Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV) sowie die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bundesrat und der EDK über die Anerkennung von Maturitätszeugnissen beschliessen. Durch die Revisionen sollen die Bildungsziele der gymnasialen Maturität unter Berücksichtigung der aktuellen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen erreicht, die Vergleichbarkeit der Maturitätszeugnisse gestärkt und die gemeinsamen Gremien von Bund und Kantonen verbessert werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Romano 19.3764): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht «Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schweiz» in Erfüllung des Postulats Romano 19.3764 genehmigen. Der Bericht soll die Möglichkeiten aufzeigen, wie ein nationaler Aktionsplan zur Bildung in Nachhaltigkeit in der obligatorischen Schule gefördert werden könnte.

Soll-Termin: 31.12.2023

Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) in den Jahren 2025–2028: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 eröffnen. Damit beantragt der Bundesrat inhaltliche Stossrichtungen sowie Finanzierungsbeschlüsse für die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028. Die Schweiz soll in diesem für die Wohlfahrt des Landes fundamentalen Bereich eine führende Stellung behalten und aktuelle Herausforderungen wie die digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft meistern.

Soll-Termin: 30.06.2023

Abkommen zur Assoziierung der Schweiz am Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation (Horizon Europe) und weiteren Elementen des Horizon-Pakets 2021–2027: Abschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 das Abkommen zum Horizon-Paket 2021–2027 abschliessen, um eine integrale Beteiligung der Schweizer Forschenden zu ermöglichen, falls die EU die Aufnahme von Verhandlungen zulässt und diese erfolgreich abgeschlossen werden können.

Soll-Termin: 30.06.2023

Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und Innovation (FIG): Schaffung der gesetzlichen Grundlage zum Sachplan des Bundes für zukünftige CERN-Projekte: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023, nach Abschluss der Vernehmlassung, die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung von Forschung und Innovation (FIG) zur Schaffung der gesetzlichen Grundlage zum Sachplan des Bundes zur Europäischen Organisation für Kernforschung CERN verabschieden.

Soll-Termin: 30.06.2023

Sachplan des Bundes für die Europäische Organisation für Kernforschung (CERN): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Sachplan des Bundes zur Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN) verabschieden (gemäss Art. 13 RPG sowie Art. 21 RPV). Damit soll für zukünftige CERN-Projekte die Bereitstellung von Grundstücken, auf denen das CERN bereits ein Baurecht des Bundes geniesst, sowie die Bereitstellung von Grundstücken auf Schweizer Boden, die für die mögliche Realisierung des FCC benötigt werden, erleichtert werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und dem Institut Laue-Langevin (ILL) über die wissenschaftliche Mitgliedschaft der Schweiz in den Jahren 2024–2028: Abschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 das Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und dem ILL über die wissenschaftliche Mitgliedschaft der Schweiz in den Jahren 2024–2028 abschliessen, so dass es Anfang 2024 in Kraft treten kann. Das ILL ist eine weltweit führende Neutronenquelle für die Forschung auf den Gebieten der Materialwissenschaften, Festkörperphysik, Chemie, Kristallographie, Molekularbiologie sowie Kern- und Grundlagenphysik.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Positionierung höhere Fachschulen: Umsetzung

Das Projekt sieht eine ganzheitliche Überprüfung der aktuellen nationalen und internationalen Positionierung der höheren Fachschulen (HF) vor. Ziel ist die bessere Positionierung der höheren Fachschulen bei gleichzeitigem Erhalt der Arbeitsmarktorientierung.

Das Projekt ist gemäss Planung vorangeschritten. Dabei sind Massnahmen, über die Konsens besteht, zu konkretisieren.

Soll-Termin: 31.12.2023

Konsolidierung der Schweizer Lösung für Erasmus+: Umsetzung

Die Schweizer Lösung für Erasmus+ wird parallel zu den Assoziierungszielen konsolidiert. Die Modalitäten und der Bedarf einer Konsolidierung ab 2024 und anschliessend im Rahmen der BFI-Botschaft 2025–2028 werden evaluiert. Der Mehrwert wird aufgezeigt, die finanziellen Auswirkungen klar detailliert.

Die Massnahmen sind identifiziert und allfälliger zusätzlicher finanzieller Mittelbedarf ab 2024 geplant. Gegebenenfalls wird das Budget 2024 angepasst.

Soll-Termin: 31.12.2023

Übergangsmassnahmen: Alternativinstrumente bei SNF, Innosuisse, ESA und anderen Akteuren / Krediten für Forschende, die angesichts des Ausschlusses der Schweiz aus dem Horizon-Paket 2021–2027 keinen Zugang zu gewissen Instrumente mehr haben (inkl. nötige Kreditverschiebungen an diese Institutionen): Umsetzung

Das WBF (SBFI) finanziert Schweizer F&I-Akteure direkt, wo diese sich EU-Projekten anschliessen können, aber aufgrund des Status der Schweiz im Horizon-Paket keine Mittel seitens EU erhalten. Die nötigen Mittel werden vom Bundesrat aus dem Pflichtbeitrags- in den Begleitmassnahmenkredit verschoben. Das WBF (SBFI) finanziert Forschende über das ganze Jahr hinweg.

Soll-Termin: 31.12.2023

Zwischenevaluation ETH-Bereich 2023: Publikation

Ziel der Zwischenevaluation ist die Prüfung der Erfüllung des Grundauftrags und der strategischen Ziele. Die Ergebnisse und Empfehlungen dienen der Formulierung der strategischen Ziele des Bundesrates für den ETH-Bereich für die nächste BFI-Periode.

Die Expertinnen und Experten führen vom 26. bis zum 31.3.2023 ein Audit im ETH-Bereich durch. Der Evaluationsbericht ist bis zum 20.4.2023 dem Departementschef abzugeben. Er wird zusammen mit der Stellungnahme des ETH-Rats zu den Empfehlungen bis Ende 2023 publiziert.

Soll-Termin: 31.12.2023

Berichterstattung Imagekampagne «Langzeitpflege»: Publikation

Diese Kampagne bezweckt, angehende Pflegefachkräfte für eine Ausbildung in der Langzeitpflege zu motivieren und über Karrieremöglichkeiten zu informieren und Vorurteile abzubauen.

Das WBF (SBFI) wird im zweiten Halbjahr 2023 über die Resultate der Imagekampagne «Langzeitpflege» informieren. Unter der Federführung des WBF (SBFI) hat der Bund 2018 die zuständige Organisation der Arbeitswelt beauftragt, eine Kampagne zu lancieren, um das Image der Ausbildungen und der Karriere in der Langzeitpflege zu verbessern.

Soll-Termin: 31.12.2023

INFORMATION SERVICE CENTER WBF (ISCECO)

PROJEKTE UND VORHABEN

Vorbereitung und Planung Umzug RZ-Verbund SD GEVER: Auszug aus dem RZ Titanic (Realisierung der «Überbrückungslösung»)

Der Umzug aus dem RZ Titanic wird gemäss dem im Laufe 2022 mit dem DTI und BIT abgestimmten Terminplan umgesetzt (Variantenentscheid und Umgehungslösung).

Die Umgehungslösung bzw. der Variantenentscheid ist realisiert bedingt durch den Umzug des RZ Titanic. Die Abstimmung erfolgt im Jahr 2022 unter Einbezug des DTI und des BIT (Terminplan).

Soll-Termin: 31.12.2023

Vorbereitung für den Betrieb von Anwendungen im RZ-Verbund: Start des Aufbaus der Basisinfrastruktur in den neuen Netzwerkzonen von RZ-Verbund

Vorbereitungsphase für den Betrieb von Anwendungen im RZ-Verbund (Basisinfrastruktur in den neuen Netzwerkzonen, PoC für Nutzung der Private Cloud Services des BIT).

Die Arbeiten für die Basisinfrastruktur der neuen Netzwerkzonen von RZ-Verbund haben begonnen (PoC / Machbarkeitsstudie, Variantenentscheid, Konzeptphase, Start Realisierungsphase nach HERMES).

Soll-Termin: 31.12.2023

Vorbereitung für den Betrieb von Anwendungen im RZ-Verbund: Durchführung eines PoC zur Nutzung der Private Cloud Services des BIT

Zur Nutzung der Private Cloud Services des BIT ist ein Proof of Concept (PoC) / Machbarkeitsstudie analysiert und durchgeführt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Verbesserung der Resilienz: Vorstellung von Realisierungsvarianten zur Ausschöpfung des Potentials von RZ-Verbund zur Verbesserung der Resilienz von Fachanwendungen

Untersuchung der Verbesserung der Resilienz von Fachanwendungen im RZ-Verbund.

Die Resilienz von Fachanwendungen soll vor dem Hintergrund des RZ-Verbund untersucht werden, insbesondere das Potenzial von Verbesserungen und Optimierungen. Varianten sind für die Realisierung skizziert und ausgearbeitet. Die Realisierungsvarianten werden den Leistungsbezügern vorgestellt und durchgesprochen.

Soll-Termin: 31.12.2023

UVEK

GENERALSEKRETARIAT UVEK (GS-UVEK)

PROJEKTE UND VORHABEN

E-Government UVEK: Formeller Abschluss Programm und Koordination Amtsprojekte im Rahmen Service auf Stufe Departement

Per Ende 2022 wird der Entscheid für die Phasenfreigabe Programmabschluss getroffen. Im 2023 erfolgt der formelle Abschluss des Programms gemäss HERMES inkl. finaler Berichterstattung und Übergabe der verbleibenden Programmresultate an die Digital Services UVEK.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR VERKEHR (BAV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Stand der Ausbauprogramme der Bahninfrastruktur und Perspektive BAHN 2050: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Botschaft zum Bericht zum Stand der Ausbauprogramme der Bahninfrastruktur und zur Perspektive BAHN 2050 verabschieden. Der Bericht umfasst den Stand der Ausbauprogramme der Bahninfrastruktur sowie die überarbeitete Langfristperspektive «Perspektive Bahn 2050». Darin enthalten sind zudem Anpassungen an den relevanten Bundesbeschlüssen und Verpflichtungskrediten, die sich aus den Planungs- und Umsetzungsfortschritten ergeben.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bundesgesetz über die Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Botschaft zu einem Gesetz über die Mobilitätsdateninfrastruktur verabschieden. Zugunsten eines effizienten und vernetzten Verkehrssystems sollen damit Bereitstellung, Austausch, Verknüpfung und Nutzung von Mobilitätsdaten vereinfacht werden.

Soll-Termin: 30.06.2023

Finanzierung von Vorhaben zur Erneuerung der strassenseitigen Autoverlade-Infrastruktur: Beantragung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 einen Zusatzkredit für die Finanzierung von Vorhaben zur Erneuerung der strassenseitigen Autoverlade-Infrastruktur beantragen. Die Finanzierung der heute bestehenden fünf Autoverlade (Lötschberg, Vereina, Furka, Oberalp, Simplon) bedarf einer teilweisen Neuordnung. Der genannte Kredit ist zusätzlich zum laufenden Verpflichtungskredit Investitionsbeiträge Autoverlad erforderlich, damit anstehende Infrastrukturinvestitionen getätigt werden können.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bundesgesetz über den internationalen Personen- und Güterverkehr auf der Strasse: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Botschaft zum Bundesgesetz über den internationalen Personen- und Güterverkehr auf der Strasse verabschieden. Mit dieser Vorlage wird die Angleichung des Schweizer Rechts an das erste Mobilitätspaket der EU beabsichtigt. Diese Anpassung soll unter anderem für einen faireren Wettbewerb sorgen (Ausweitung der Lizenzpflicht auf Unternehmen mit Fahrzeugen zwischen 2,5 Tonnen und 3,5 Tonnen) und eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit EU-Staaten ermöglichen.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Ausbau der internationalen Verbindung Zürich – München» (in Erfüllung des Po. KVF-S 19.3006): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats KVF-S 19.3006 betreffend Ausbau der internationalen Verbindung Zürich-München gutheissen. Gemäss Postulat soll der Bundesrat prüfen, wie bei den zuständigen Behörden in Deutschland und gegebenenfalls Österreich am wirkungsvollsten auf die Planung und Realisierung der fehlenden Infrastruktur für die Verdichtung des Takts bis zu einem möglichen Stundentakt Zürich-München hingewirkt werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Zugänglichkeit für Menschen mit einer Behinderung zum öffentlichen Verkehr» (in Erfüllung des Po. Reynard 20.3874): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht «Zugänglichkeit für Menschen mit einer Behinderung zum öffentlichen Verkehr» in Erfüllung des Postulats Reynard 20.3874 gutheissen. Der Bericht soll einen Überblick über die Anwendung des Behindertengleichstellungsgesetzes im öffentlichen Verkehr in der Schweiz geben, Lücken identifizieren und einen Zeitplan vorlegen, um Mängel so rasch als möglich zu beheben.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Gesamtschau zur Haftpflicht im Gütertransport auf der Schiene» (in Erfüllung des Po. KVF-S 20.4259): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats KVF-S 20.4259 betreffend Haftpflicht im Gütertransport auf der Schiene gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat eine Gesamtschau und gegebenenfalls klärende Bestimmungen vorlegen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Aktualisierung der Szenarien betreffend die Entwicklung des alpenquerenden Güterverkehrs» (in Erfüllung des Po. Storni 21.3076): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Storni 21.3076 zur Aktualisierung der Szenarien betreffend die Entwicklung des alpenquerenden Güterverkehrs gutheissen. Gemäss dem Postulat, soll der Bundesrat die Szenarien und die entsprechenden Vorhersagen betreffend den alpenquerenden Güterverkehr für die nächsten 20 bis 30 Jahre aktualisieren.

Soll-Termin: 31.12.2023

Änderung des Eisenbahngesetzes (EBG): Umsetzung der technischen Säule des vierten EU-Eisenbahnpakets: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Botschaft zur Teilrevision des Eisenbahngesetzes verabschieden. Damit der grenzüberschreitende Bahnverkehr möglichst reibungslos funktioniert, soll die sogenannte technische Säule des vierten EU-Eisenbahnpakets auch in der Schweiz umgesetzt werden. Diese bringt europäisch vereinheitlichte Verfahren beziehungsweise Vorschriften und reduziert den Aufwand für Bahnen sowie Rollmaterialhersteller im internationalen Verkehr.

Soll-Termin: 30.06.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Bericht über die Verkehrsverlagerung vom November 2023. Verlagerungsbericht Juli 2021 – Juni 2023: Gutheissung des Verlagerungsberichts 2023 durch den Bundesrat

Alle zwei Jahre informiert der Bundesrat das Parlament über den Stand der Verlagerung. Der Verlagerungsbericht beurteilt die Wirksamkeit der Massnahmen und enthält die Ziele für die nächste Zwischenperiode und das dazugehörige Vorgehen.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht über die Verkehrsverlagerung gutheissen. Alle zwei Jahre informiert der Bundesrat das Parlament über den Stand der Verlagerung. Der Verlagerungsbericht beurteilt die Wirksamkeit der Massnahmen und enthält die Ziele für die nächste Zwischenperiode und das dazugehörige Vorgehen.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR ZIVILLUFTFAHRT (BAZL)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision des Luftfahrtgesetzes (LFG): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Teilrevision des Luftfahrtgesetzes eröffnen. In der Vorlage sollen unter anderem die Anliegen von verschiedenen hängigen Motionen berücksichtigt werden. Die Motionen betreffen die Strafkompetenzen des Bundes (Mo. Candinas 18.3700), die Finanzierung der Flugsicherung auf Regionalflugplätzen (Mo. Würth 20.4412), das Pilotenalter (Mo. KVF-N 21.3020 und Mo. Ettlín 21.3095) und die Befreiung der Konzessionserteilung an Flughäfen von der öffentlichen Ausschreibungspflicht (Mo. KVF-N 21.3458). In die Vorlage sollen zudem weitere Themen aufgenommen werden, bei denen primär aus aufsichtsrechtlichen Gründen Anpassungsbedarf im LFG besteht.

Soll-Termin: 31.12.2023

Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Serie 19 des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt (SIL) verabschieden. Der Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Luftfahrt (SIL) ist das Planungs- und Koordinationsinstrument des Bundes für die zivile Luftfahrt. Er legt die Ziele und Vorgaben für die Infrastruktur der Zivilluftfahrt für die Behörden verbindlich fest. Die Serie 19 betrifft unter anderem die Flugplätze San Vittore und St. Stephan.

Soll-Termin: 30.06.2023

Verordnungsänderung für die Einführung und Finanzierung des Low Flight Networks (LFN): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Verordnungsänderungen für die Einführung und Finanzierung des Low Flight Networks (LFN) gutheissen. Ziel des LFN ist es, mithilfe von Instrumentenflugrouten Helikopter Crews auch bei schlechtem Wetter wichtige Flüge, wie zum Beispiel Rettungseinsätze oder Versorgungs- und Evakuationsflüge im Katastrophenfall, zu ermöglichen.

Soll-Termin: 30.06.2023

Änderung der Verordnung über die Luftfahrt (LFV): Genehmigung / Gutheissung

Seit 2021 ist europaweit eine harmonisierte Drohnenregelung in Kraft, deren Übernahme via das bilaterale Luftverkehrsabkommen im Herbst 2022 in der Schweiz vorgesehen ist. Ebenfalls im Herbst 2022 wird für die nationale Umsetzung der EU-VO 2019/947 die Verordnung des UVEK über Luftfahrzeuge besonderer Kategorien (VLK) angepasst. Für die nationale Umsetzung der EU-VO 2019/945 wird der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2023 die Änderung der Verordnung über die Luftfahrt (LFV) gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Flughafen Zürich: Anpassung des SIL-Objektblatts Flughafen Zürich: Anhörung und Mitwirkung

Aufgrund des Urteils des BVGer zum Betriebsreglement 2014 muss auch das SIL-Objektblatt überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Das BAZL wird dazu die Anhörung und Mitwirkung nach RPV (Raumplanungsverordnung) durchführen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Dekarbonisierung Luftfahrt: Umsetzung SAF-Strategie und generelle Unterstützung der Transition zum Einsatz von erneuerbaren Flugtreibstoffen

Mit Blick auf das vom BR verabschiedete Netto Null Klimaziel für die Schweiz gilt auch für die Luftfahrt der Schweiz, sich bis 2050 möglichst rasch und soweit als möglich vom Ausstoss von CO₂ aus fossilen Quellen zu befreien. Der Einsatz nachhaltiger Flugtreibstoffe aus erneuerbaren Quellen wird den grössten Beitrag dafür leisten müssen. Auf Basis der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 des Bundesrates und dem dazugehörigen Aktionsplan Nachhaltige Entwicklung 2021 – 2023 erarbeitete das BAZL eine Strategie für die vermehrte Verwendung von SAF in der Schweiz.

Die Veröffentlichung der SAF-Strategie ist für das laufende Jahr geplant. Ihre Umsetzung erfolgt insb. mit Blick auf die laufende Revision des CO₂-Gesetzes, welche voraussichtlich eine Pflicht zur Beimischung von SAF enthalten wird und die per 1.1.2025 in Kraft treten soll. Die ersten Schritte umfassen insbesondere Bestrebungen zur besseren Vernetzung der Schweizer Akteure im SAF-Bereich und die Unterstützung für den Bau von Demonstrationsanlagen für SAF und deren Hochskalierung. Finanziell unterstützt werden diese Arbeiten vorläufig und soweit möglich mit Mitteln aus der Spezialfinanzierung Luftverkehr und SWEET (BFE). Die Arbeiten erfolgen unter Einbezug der mitbetroffenen Bundesstellen (BFE, BAFU, VBS, etc.).

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR ENERGIE (BFE)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bundesgesetz über die Integrität und Transparenz des Strom- und Gasgrosshandelsmarkts:

Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zu einem Gesetzesentwurf über die Integrität und Transparenz des Strom- und des Gasgrosshandelsmarkts eröffnen. Die Vorlage soll sich stark an die Verordnung 1227/2011 der EU über die Integrität und Transparenz des Energiegrosshandelsmarkts (REMIT-Verordnung) anlehnen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Analyse des Wasserkraftpotenzials der Gletscherschmelze» (in Erfüllung des Po. UREK-N 21.3974): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats UREK-N 21.3974 «Analyse des Wasserkraftpotenzials der Gletscherschmelze» gutheissen. Im Bericht wird er gestützt auf das neue Inventar des Wasserforschungsinstituts Eawag das Potenzial der Wasserkraftproduktion aufzeigen ebenso wie die Massnahmen, die zur Nutzung des Potenzials der Gletscherseen zu ergreifen sind.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Fossilfreien Verkehr bis 2050 ermöglichen» (in Erfüllung des Po. Grossen 20.4627):

Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Grossen 20.4627 gutheissen. Der Bericht wird aufzeigen, welche Gesetze und Verordnungen anzupassen sind, um einen fossilfreien Verkehr bis 2050 zu ermöglichen. Im Rahmen des Berichts sollen auch allfällige rechtliche Anpassungen des Miet- und Stockwerkeigentümerrechts im Zusammenhang mit der Installation von Ladestationen für Elektroautos in Einstellhallen sowie deren Auswirkungen in Zusammenarbeit mit den involvierten Akteuren eingehend geprüft werden. Damit wird ein Anliegen der Motion Grossen 21.3371 «Mieterinnen und Mieter sollen Elektroautos laden können» aufgegriffen.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Zukunftsfähige Mobilität ermöglichen» (in Erfüllung des Po. Fraktion RL 19.4052):

Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Fraktion RL 19.4052 gutheissen. Darin zeigt der Bundesrat auf, wie im Hinblick auf das langfristige Ziel der Dekarbonisierung des Strassenverkehrs Pilotregionen etabliert werden können, um zukunftsfähige Mobilitätslösungen zu testen.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Auslegeordnung Wasserstoff und Handlungsoptionen für die Schweiz» (in Erfüllung des Po. Candinas 20.4709): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Candinas 20.4709 gutheissen. Darin zeigt der Bundesrat die Bedeutung von grünem Wasserstoff zur Reduktion von energetisch bedingten CO₂-Emissionen und zur Sicherung der langfristigen Energieversorgung auf und leitet entsprechende Handlungsoptionen für die Schweiz ab. Unter anderem wird aufgezeigt, in welchen Sektoren der Einsatz von grünem Wasserstoff Sinn ergibt und welche regulatorische Rahmenbedingungen erfüllt sein müssen, um eine schrittweise Entwicklung einer sauberen heimischen Wasserstoffwirtschaft zu gewährleisten.

Soll-Termin: 30.06.2023

Konzept für das Ressourcen- und Umweltmanagement der Bundesverwaltung (RUMBA) für die Periode 2024–2027: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 das RUMBA-Konzept für die Periode von 2024 bis 2027 genehmigen. Das Konzept dient als Grundlage für die Umsetzung des Ressourcenmanagements der Bundesverwaltung ab dem Jahr 2024. Es hält insbesondere die Änderungen gegenüber der laufenden Periode fest und legt die Reduktionsziele der Bundesverwaltung zur Senkung der durch sie verursachten Umweltbelastung während der kommenden Periode fest. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der Reduktionsziele aus dem Klimapaket geleistet.

Soll-Termin: 30.06.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Entsorgungsprogramm 2021: Genehmigung / Gutheissung

Das Programm dokumentiert das grundsätzliche Vorgehen von der Planung bis hin zum Verschluss der Tiefenlager für radioaktive Abfälle. Das Entsorgungsprogramm bildet mit den Abfallmengen, Zwischenlagerkapazitäten und dem Realisierungsplan eine Grundlage für die Schätzung der Entsorgungskosten. Die Entsorgungspflichtigen müssen das Entsorgungsprogramm muss alle fünf Jahre neu überarbeiten. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 das Entsorgungsprogramm 2021 genehmigen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Umsetzung der Änderung vom 1. Oktober 2021 des Energiegesetzes auf Verordnungsstufe:
Inkraftsetzung

Das Parlament hat am 1. Oktober 2021 u.a. Änderungen des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes beschlossen (BBl 2021 2321). Aufgrund dieser Gesetzesänderungen besteht Revisionsbedarf in der Energieverordnung, der Energieförderungsverordnung, der Verordnung über Gebühren und Aufsichtsabgaben im Energiebereich und der Stromversorgungsverordnung. Die Revisionen von Energieverordnung, Energieförderungsverordnung, Verordnung über Gebühren und Aufsichtsabgaben im Energiebereich und Stromversorgungsverordnung treten am 1. Januar 2023 in Kraft.

Soll-Termin: 30.06.2023

Totalrevision der Stauanlagenverordnung: Inkraftsetzung

Die Stauanlagenverordnung wird mit der Totalrevision inhaltlich dem neuesten Stand der Technik und der Praxis der Aufsichtsbehörden angepasst.

Die totalrevidierte Stauanlagenverordnung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Soll-Termin: 30.06.2023

BUNDESAMT FÜR STRASSEN (ASTRA)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bundesgesetz über Pilotprojekte zu Mobility Pricing: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zum Bundesgesetz über Pilotprojekte zu Mobility Pricing verabschieden. Mit dem Gesetz sollen die Kantone und Gemeinden die Möglichkeit erhalten, solche Pilotprojekte durchzuführen. Das Gesetz soll zudem die Grundlage schaffen, damit der Bund Pilotprojekte finanziell unterstützen kann.

Soll-Termin: 31.12.2023

Rechtsgrundlagen für eine Abgabe als Ersatz der Mineralölsteuern: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 eine Vernehmlassung für eine Abgabe als Ersatz der Mineralölsteuern eröffnen. Die Vorlage trägt dem Umstand Rechnung, dass mit zunehmender Elektromobilität (bzw. der Verbreitung von Fahrzeugen mit alternativen Antriebstechnologien) die Einnahmen aus den Mineralölsteuern kontinuierlich abnehmen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Regelung des automatisierten Fahrens: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Verordnungsbestimmungen zur Regelung des automatisierten Fahrens in einer Vernehmlassung zur Diskussion stellen. Er wird festlegen, inwieweit Fahrzeuglenkerinnen und -lenker von ihren Pflichten entlastet werden und in welchem Rahmen führerlose Fahrzeuge mit einem Automatisierungssystem zugelassen werden können, wenn sie auf definierten Einzelstrecken verkehren und überwacht werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Revision der Arbeits-, Lenk- und Ruhezeitvorschriften für Lieferwagenfahrer: Eröffnung der Vernehmlassung zur Revision der Chauffeurverordnung (ARV 1)

Chauffeurinnen und Chauffeurs, die Fahrzeuge und Fahrzeugkombinationen zum Sachtransport von über 2,5 t bis 3,5 t führen, sollen wie Lastwagen- oder Carchauffeurs den Arbeits-, Lenk- und Ruhezeitvorschriften unterstellt werden. Ab dem 1. Juli 2026 gelten in der EU im grenzüberschreitenden Verkehr die Arbeits-, Lenk- und Ruhezeitvorschriften auch für Lenkerinnen und Lenker solcher Fahrzeuge und Fahrzeugkombinationen. Die entsprechende EU-Regelung ist Teil des Landverkehrsabkommens. Die hängige Motion 20.4478 Dittli "Gleich lange Spiesse bei Arbeits- und Ruhezeitbestimmungen" fordert eine entsprechende Regelung auch für den Schweizer Binnenverkehr

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 das Vernehmlassungsverfahren zur Revision der Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführer und -führerinnen (Chauffeurverordnung, ARV 1) eröffnen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Senkung des Mindestalters zum Führen von langsamen E-Bikes: Verabschiedung der Revision der Verkehrszulassungsverordnung (VZV)

Das Führen von langsamen E-Bikes soll Personen unter 14 Jahren unter bestimmten Bedingungen erlaubt werden (z.B. Begleitung durch Erwachsene). Damit setzt der Bundesrat die Motion 20.3080 Nantermod "Elektrofahrräder. Gesetzgebung an die Verwendung im Tourismus anpassen" um.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Revision der Verordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr (Verkehrszulassungsverordnung, VZV) verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS): Verabschiedung der Revision der VTS

Die Weiterentwicklung der internationalen technischen Vorschriften für Fahrzeuge, diverse Bedürfnisse aus Wirtschaft, Gemeinden und Kantonen sowie politische Aufträge des Parlaments erfordern verschiedene Anpassungen auf Verordnungsebene. Bei diesem umfassenden Massnahmenpaket steht die weitere Verbesserung der Verkehrssicherheit im Vordergrund. Es ist beispielsweise vorgesehen, die fahrzeugtechnischen Vorschriften der Schweiz über Fahrassistenzsysteme mit den entsprechenden Reformen in den EU zu harmonisieren.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Revision der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS) verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Umsetzung von Massnahmen zur Motion 20.4339 «Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren»:
Verabschiedung verschiedener Verordnungsanpassungen und der Botschaft zur Revision des Strassenverkehrsgesetzes (SVG)

Als Massnahmen sollen das Strassenverkehrsgesetz (SVG) und fünf Verordnungen weiterentwickelt werden, um die Auswirkungen übermässigen Motorenlärms wirksamer zu reduzieren.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zur Revision des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) verabschieden. Er wird zudem auch die Revision der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS), der Verkehrsregelverordnung (VRV), der Verordnung über die Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (Typengenehmigungsverordnung, TGV), Ordnungsbussenverordnung (OBV) und der Verordnung über die Kontrolle des Strassenverkehrs (Strassenverkehrskontrollverordnung, SKV) verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2023

Datengestützte Projektbearbeitung dank Building Information Modeling (BIM): Erstellung eines BIM-Datenerfassungshandbuchs

Im Rahmen der Digitalisierung seiner Arbeitsabläufe setzt das ASTRA die Methode BIM zur Verbesserung von Planungs-, Prüfungs- und Bauprozessen sowie der Erhaltungsplanung ein.

Das ASTRA soll in 2023 ein BIM-Datenerfassungshandbuch erstellen. Dieses wird u.a. ein einheitliches Datenstandard für das ASTRA festlegen und beschreiben. Das Datenerfassungshandbuch wird zudem einen Bauteilkatalog und einen Schadenkatalog beinhalten.

Soll-Termin: 31.12.2023

Strukturelle Optimierungen im Aufgabengebiet Nationalstrassen: Berichterstattung an den Bundesrat

Das ASTRA prüft gewisse Massnahmen, die zur Verbesserung der Effizienz im Nationalstrassenwesen führen sollen. Dazu zählen die Eingliederung von Aufgaben im Bereich der Bauherrenunterstützung und des Verkehrsmanagements in das ASTRA sowie eine engere Zusammenarbeit mit und zwischen den Gebietseinheiten. Dies sind die von den Kantonen getragenen Organisationen, die im Auftrag des ASTRA zahlreiche Dienstleistungen für Nationalstrassen erbringen: Winterdienst, Reinigung, Grünpflege, Pflege der Betriebs- und Sicherheitseinrichtungen sowie kleiner baulicher Unterhalt.

Das ASTRA wird im zweiten Halbjahr 2023 dem Bundesrat über die Umsetzung der Arbeiten zu den strukturellen Optimierungen im Aufgabengebiet Nationalstrassen Bericht erstatten.

Soll-Termin: 31.12.2023

Langfristiges Bauprogramm für die Fertigstellung der Nationalstrassen: Genehmigung/Gutheissung

Das 1960 vom Bundesparlament im sogenannten Netzbeschluss festgelegte Nationalstrassennetz umfasst 1892,5 Kilometer. 1858,9 Kilometer davon waren Ende 2021 fertiggestellt und im Betrieb. Die Fertigstellung des Netzes ist Sache der Kantone, der Bund übernimmt aber die Mehrheit der Kosten (durchschnittlich 87 Prozent) und übt die Oberaufsicht. Als ordentliches Planungsinstrument wird alle vier Jahre ein langfristiges Bauprogramm lanciert.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 das 11. langfristige Bauprogramm für die Fertigstellung der Nationalstrassen genehmigen. Seine Schwerpunkte werden voraussichtlich in der Fertigstellung der A9 im Wallis und der A4 in den Kantonen Uri und Schwyz liegen.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR KOMMUNIKATION (BAKOM)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Grundsatzpapier «Szenarien für die Versorgung mit Dienstleistungen von Nachrichtenagenturen» (in Erfüllung des Po. Pult 20.3949): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 ein Grundsatzpapier in Erfüllung des Postulats Pult 20.3949 betreffend Agenturleistungen gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat Modelle aufzeigen, wie eine nationale Nachrichtenagentur im Sinne des Service public betrieben und finanziert werden könnte.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Hassreden. Bestehen gesetzliche Lücken?» (in Erfüllung des Po. SiK-S 21.3450): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats SiK-S 21.3450 betreffend Hassreden gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat aufzeigen, welche Mittel dagegen heute bereits zur Verfügung stehen und wo allenfalls gesetzgeberische Lücken bestehen.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Hochbreitbandstrategie des Bundes» (in Erfüllung des Po. KVF-N 21.3461): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 eine Hochbreitbandstrategie in Erfüllung des Postulats KVF-N 21.3461 gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat darin die längerfristige Weiterentwicklung der Hochbreitbandinfrastruktur in der Schweiz aufzeigen.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Digitale Infrastruktur. Geopolitische Risiken minimieren» (in Erfüllung des Po. Pult 20.3984): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Pult 20.3984 betreffend Minimierung geopolitischer Risiken bei der Einführung von 5G gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat aufzeigen, wie sichergestellt werden kann, dass die Schweizer Fernmeldeinfrastruktur nicht durch geoökonomischen Wettbewerb zwischen den USA und China beeinträchtigt wird.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Künftige Frequenznutzung für den Mobilfunk im sog. Millimeterwellenbereich. Einbezug der Kantone aufnehmen» (in Erfüllung des Po. KVF-S 21.3596): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats KVF-S 21.3596 betreffend Mobilfunkfrequenznutzung im Millimeterwellenbereich gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat aufzeigen, wie vor der künftigen Nutzung solcher Frequenzen die Kantone einbezogen und die zuständigen Parlamentskommissionen informiert, Forschungsergebnisse dazu mitberücksichtigt und die Bevölkerungskreise frühzeitig und sachlich darüber informiert werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Ausgestaltung der Grundversorgung im Telekommunikationsbereich ab 2024: Beschluss und Festlegung weiteres Vorgehen durch den Bundesrat

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Umfang der Grundversorgung im Telekommunikationsbereich überprüfen und den Rahmen für die zukünftige Ausgestaltung festlegen. Gemäss Art. 16 Abs. 3 FMG berücksichtigt er dabei die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse und den Stand der Technik.

Soll-Termin: 30.06.2023

Teilrevision der Fernmeldedienstverordnung (FDV) bezüglich Erhöhung der Sicherheit der Fernmeldenetze.: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Teilrevision der Fernmeldedienstverordnung verabschieden. Die Teilrevision bezweckt die Härtung der Mobilfunknetze gegen Stromausfälle.

Soll-Termin: 31.12.2023

Erteilung der Konzessionen für Lokalradios und Regionalfernsehen: Entscheid

Das UVEK erteilt die Veranstalterkonzessionen für die Lokalradios und Regionalfernsehen für die Jahre 2025 bis 2034 unter Berücksichtigung der neuen bzw. angepassten Versorgungsgebiete des regionalen Service public.

Soll-Termin: 31.12.2023

Verhaltenskodex für vertrauenswürdige Datenräume: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 einen Verhaltenskodex für den Betrieb von vertrauenswürdigen Datenräumen verabschieden. Dieser soll als Orientierungshilfe und Handlungsanleitung für alle Akteure aus den relevanten Sektoren dienen.

Soll-Termin: 31.12.2023

World Radio Conference (WRC-23): Erfüllung der Zielvorgaben des Bundesrates

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 das Verhandlungsmandat für die World Radio Conference 2023 verabschieden. An der WRC-23, die im letzten Quartal 2023 stattfinden wird, werden namentlich neue Frequenzbänder für die Mobilfunkkommunikation identifiziert.

Soll-Termin: 30.06.2023

BUNDESAMT FÜR UMWELT (BAFU)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Aktionsplan zur Strategie Biodiversität Schweiz, Umsetzungsphase II (2024–2027):

Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 auf Basis einer Wirkungsanalyse über die Weiterführung und Finanzierung der Massnahmen und Pilotprojekte des Aktionsplans Strategie Biodiversität Schweiz zwischen 2024–2027 entscheiden. Die Massnahmen des Aktionsplans sollen die Biodiversität direkt fördern, eine Brücke zwischen der Biodiversitätspolitik des Bundes und anderen Politikbereichen schlagen und für die Wichtigkeit der Biodiversität als unsere Lebensgrundlage sensibilisieren.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Folgen der Ausbreitung von Grossraubtieren auf die Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen von Heim- und Sömmerungsbetrieben» (in Erfüllung des Po. UREK-S 18.4095): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats UREK-S 18.4095 zu den Folgen der Ausbreitung von Grossraubtieren auf die Sömmerungsbetriebe gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat den notwendigen Handlungsbedarf bezeichnen und allfällige Massnahmen vorschlagen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Stopp der Verschotterung von Grünflächen» (in Erfüllung des Po. Munz 19.3611): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Munz 19.3611 betreffend die Verschotterung von Grünflächen gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat Massnahmen zur Vermeidung der Verschotterung zugunsten von biologisch wertvollen Grünanlagen aufzeigen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Revision der Jagdverordnung: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 eine Revision der Jagdverordnung im Hinblick auf den Alpsommer 2023 gutheissen. Damit sollen im Sinne einer Überbrückung bis zur Inkraftsetzung einer neuen Jagdgesetzrevision die Verordnungsbestimmungen zum Umgang mit Grossraubtieren flexibilisiert werden.

Soll-Termin: 30.06.2023

Vierter Staatsvertrag mit Österreich über die Regulierung des Rheines: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zum vierten Staatsvertrag mit Österreich über die Regulierung des Rheines verabschieden. Die Botschaft wird einen Antrag für einen Verpflichtungskredit und die gesetzliche Grundlage für den Vollzug beinhalten.

Soll-Termin: 31.12.2023

Schweizer Teilnahme an Copernicus (EU-Leitinitiative zur Erdbeobachtung): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht über den Stand der Gespräche zur Schweizer Teilnahme am EU-Erdbeobachtungsprogramms Copernicus zur Kenntnis nehmen und über die Verabschiedung eines Verhandlungsmandates entscheiden.

Soll-Termin: 30.06.2023

Revision des Gewässerschutzgesetzes (GSchG) (in Umsetzung der Mo. Zanetti 20.3625):
Zuströmbereiche bei Trinkwasserfassungen: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Revision des Gewässerschutzgesetzes eröffnen. Durch die Revision wird die Motion Zanetti 20.3625 umgesetzt. Um den Schutz der Zuströmbereiche bei Trinkwasserfassungen rasch zu verbessern, sollen die Subventionen des Bundes für die Bestimmung der Zuströmbereiche erhöht werden, sofern diese Arbeiten bis Ende 2030 abgeschlossen sind.

Soll-Termin: 31.12.2023

Revision des Gewässerschutzgesetzes (GSchG) (in Umsetzung der Mo. WAK-N 20.4261 und 20.4262):
Abwasserreinigungsanlagen: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Revision des Gewässerschutzgesetzes eröffnen. Die Revision setzt die Motionen WAK-N 20.4261 «Reduktion der Stickstoffeinträge aus den Abwasserreinigungsanlagen» und WAK-N 20.4262 «Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für alle Abwasserreinigungsanlagen» um.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht über die Wirkung der Umwelttechnologieförderung (2017–2021): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 gemäss Artikel 49 Absatz 3 des Umweltschutzgesetzes (USG) den Bericht über die Wirkung der Umwelttechnologieförderung 2017 bis 2021 gutheissen. Der Bund kann die Entwicklung von Technologien, Anlagen, Verfahren und Produkten (Güter und Dienstleistungen) unterstützen, mit denen die Umweltbelastung im öffentlichen Interesse vermindert wird.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Was heisst Netto Null für den Hochbau und wie kann dieses Ziel erreicht werden?» (in Erfüllung des Po. Schaffner 20.4135): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Schaffner 20.4135 betreffend Netto Null für den Hochbau gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat aufzeigen, welche Massnahmen ergriffen werden müssen, damit der Hochbau kompatibel mit dem Ziel Netto Null 2050 wird.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Aufzeigen der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen der Bodenstrategie Schweiz» (in Erfüllung des Po. Burkart 20.3477): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Burkart 20.3477 zu den Folgen der Bodenstrategie Schweiz gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat die konkreten, ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen der in der Bodenstrategie verabschiedeten Zielsetzungen aufzeigen sowie die Massnahmen, die zur Zielerreichung vorgesehen sind.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Kreislaufwirtschaft, Abfallvermeidung und Recycling» (in Erfüllung der Po. Bourgeois 20.3062, Munz 20.3090, Clivaz 20.3727, Gapany 20.4411 und Chevalley 20.3110): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung der Postulate Bourgeois 20.3062, Munz 20.3090, Clivaz 20.3727, Gapany 20.4411 und Chevalley 20.3110 zu Kreislaufwirtschaft, Abfallvermeidung und Recycling gutheissen.

Soll-Termin: 30.06.2023

Änderung des Wasserbaugesetzes: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Botschaft zur Revision des Wasserbaugesetzes verabschieden. Die Anpassungen sollen den Herausforderungen durch die erheblich steigenden Risikofaktoren im Bereich Naturgefahren entgegenwirken und das Sicherheitsniveau mit den bestehenden Bundesmitteln mittelfristig erhalten.

Soll-Termin: 30.06.2023

Massnahmenpaket Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 ein Massnahmenpaket zur Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft gutheissen. Trotz Effizienzgewinnen sieht der Bundesrat Handlungsbedarf im Hinblick auf eine nachhaltige Ressourcennutzung, insbesondere in den für die Umwelt relevantesten Bereichen Ernährung, Wohnen und Mobilität.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Mobilfunk und Strahlung: Umsetzung der begleitenden Massnahmen

Umsetzung der begleitenden Massnahmen betreffend Mobilfunk und Strahlung (Monitoring Strahlenbelastung, umweltmedizinische NIS-Beratungsstelle, Forschung Mobilfunk und Strahlung). Erste Ergebnisse aus dem Monitoring der Strahlenbelastung werden im Jahr 2022 publiziert.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR RAUMENTWICKLUNG (ARE)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Vierte Generation Agglomerationsprogramme: Beantragung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 einen Verpflichtungskredit ab 2024 für die Beiträge an Massnahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr (4. Generation der Agglomerationsprogramme) beantragen. Der Bund unterstützt im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr aus dem Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF) Massnahmen zur Verbesserung des Agglomerationsverkehrs.

Soll-Termin: 30.06.2023

Agglomerationspolitik 2024+: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die überarbeitete Agglomerationspolitik 2024+ verabschieden. Darin wird er die künftige Stossrichtung für deren Weiterentwicklung festlegen. Mit diesem Bericht wird er auch das Postulat Kutter 19.3665 «Besondere Herausforderungen der Agglomerationen» erfüllen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete 2024+: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die überarbeitete Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete 2024+ verabschieden. Darin wird er die künftige Stossrichtung für deren Weiterentwicklung festlegen. Mit diesem Bericht wird er auch die Motion Egger 19.3731 «Aktionsplan Berggebiete» erfüllen.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Mehr Flexibilität in der Raumplanung, insb. für Photovoltaik und Biomasse: Inkraftsetzung der revidierten Raumplanungsverordnung

Die Energiestrategie 2050 und die Klimaziele des Bundesrats machen eine Produktionssteigerung im Bereich der erneuerbaren Energie notwendig. Bisher ging man davon aus, dass der Bedarf im Bereich der Photovoltaik zeitgerecht durch Anlagen auf Gebäuden und weiteren Infrastrukturen gedeckt werden kann. Der Klimawandel und der Krieg in der Ukraine haben die Notwendigkeit, rasch genügend inländische erneuerbare Energie zur Verfügung zu stellen, indessen deutlich erhöht. Im Zentrum steht dabei der Aspekt der Versorgungssicherheit. Es sollen daher, schwergewichtig auf Verordnungsstufe, die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, um bei absehbaren Engpässen rasch auch ausserhalb der Bauzonen die notwendigen Anlagen erstellen zu können. Handlungsbedarf besteht primär im Bereich der Photovoltaik und ergänzend bei der Biomasse. Zu klären ist dabei insbesondere, unter welchen Voraussetzungen auch freistehende Photovoltaikanlagen ausserhalb der Bauzonen bewilligungsfähig sein sollen. Die Ziele und Grundsätze der Raumplanung sollen dabei möglichst optimal berücksichtigt werden. Die in Würdigung der Vernehmlassungsergebnisse angepasste Raumplanungsverordnung wird vom Bundesrat in Kraft gesetzt.

Soll-Termin: 30.06.2023

Programm Verkehrsdrehscheiben: Überführung in die bestehenden Planungs- und Finanzierungsinstrumente

Verkehrsdrehscheiben sorgen für ein effizientes Umsteigen von einem Verkehrsmittel auf ein anderes und machen das Umsteigen komfortabel und attraktiv. Sie vernetzen den öffentlichen Verkehr noch besser mit dem Individualverkehr, indem sie den Fernverkehr schnell mit dem regionalen und örtlichen Verkehrsnetz verknüpfen. Je nach Standort werden Verkehrsdrehscheiben ein Mobilitätsangebot von Bahn, Tram, Bus, Parkplätzen, Bike- und Carsharing bereitstellen. Im Rahmen grossräumiger Planungen können Verkehrsdrehscheiben die Entwicklung neuer Arbeits- und Wohnstandorte unterstützen. Kantone können ihr Bevölkerungs- und Beschäftigtenwachstum darauf ausrichten, indem sie gezielt an den Standorten von Verkehrsdrehscheiben verdichten und neue attraktive, gemischte Quartiere entwickeln. Die Verkehrsdrehscheiben leisten daher einen wichtigen Beitrag zur besseren Abstimmung von Verkehrs- und Raumentwicklung und tragen auch zur Entschärfung der Klimakrise bei.

Im Rahmen des Programms Verkehrsdrehscheiben wurden zahlreiche, thematisch breit angelegte Grundlagenstudien erarbeitet. Die Erkenntnisse, die daraus gewonnen werden konnten, werden 2023 in einem Synthesebericht zusammengefasst. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, um festlegen zu können, wie die Verkehrsdrehscheiben in die bestehenden finanziellen und planerischen Instrumente (z. B. Sachplan Verkehr, Teil Programm; STEP Strasse und Schiene; Agglomerationsprogramme; kantonale Richtpläne) überführt werden können. In diesem Zusammenhang wird insbesondere aufzuzeigen sein, inwiefern die Verkehrsdrehscheiben und die multimodale Vernetzung bereits Eingang in die zentralen Planungs- und Finanzierungsinstrumente gefunden haben, und wo noch weiterer Handlungsbedarf besteht. Die Überführung in die bestehenden Planungs- und Finanzierungsinstrumente wird auch ein wichtiges Thema eines gegen Ende 2023 geplanten öffentlichen Medienanlasses sein. Dieser wird sich sowohl an das Fachpublikum als auch an die Politik und die breite Öffentlichkeit richten.

Soll-Termin: 31.12.2023

SCHWEIZERISCHE SICHERHEITSUNTERSUCHUNGSSTELLE (SUST)

PROJEKTE UND VORHABEN

Revision Verordnung über die Sicherheitsuntersuchung von Zwischenfällen im Verkehrswesen (VSZV): Einleitung Vernehmlassungsverfahren

Die VSZV muss infolge Änderungen massgebender internationaler Rechtsvorschriften sowie identifizierter Unklarheiten und teilweiser Widersprüche revidiert werden.

Bis Ende 2022 soll ein Revisionstext erarbeitet werden, der als Grundlage für den Antrag an das Departement dienen wird. Gibt das Departement dem Antrag statt, wird es das Vernehmlassungsverfahren nach allfälligen Bereinigungen des Revisionstextes eröffnen.

Soll-Termin: 30.06.2023

REGULIERUNGSBEHÖRDEN INFRASTRUKTUR (REGINFRA)

PROJEKTE UND VORHABEN

ComCom: Entscheid über Grundversorgungskonzession, Aufsicht über Mobilfunkkonzessionen und Evaluation des Frequenzbedarfs für Mobilfunk

Aufgrund einer Revision des Inhalts der Grundversorgung durch den Bundesrat verlängert die ComCom die laufende Grundversorgungskonzession um ein Jahr und die Vergabe der nächsten Grundversorgungskonzession wird im Jahr 2023 erfolgen. Die Einhaltung der Grundversorgungskonzession wird zusammen mit dem BAKOM anhand der vom Bundesrat festgelegten Qualitätskriterien jeweils im Frühjahr überprüft. Die Aufsicht bei den Mobilfunkkonzessionen erfolgt laufend.

Soll-Termin: 31.12.2023

EICom: Tarifaufsicht über Netzbetreiber mittels neuer EICom Datenbank inkl. e-GOV, Vorbereitung und Umsetzung regulatorischer Massnahmen Versorgungssicherheit, Klärung Regeln im europäischen Verbundbetrieb

Die Tarifaufsicht inkl. Datenerhebung und Auswertung erfolgt mittels neuer EICom Datenbank, das Onboarding e-GOV ist erfolgreich durchgeführt. Die Vorbereitung präventiver Massnahmen zur Sicherstellung der Netz- und Versorgungssicherheit läuft weiter und ist teilweise in der Umsetzung. Sachverhalt und Handlungsbedarf betreffend Versorgungssicherheit und internationale Fragen sind zuhanden der Politik aufbereitet. Internationale Verträge zur Regelung des Verbundbetriebs sind angepasst.

Soll-Termin: 31.12.2023

PostCom: Analyse der Veränderungen im Postmarkt und des Regulierungsbedarfs mit der Zielsetzung der Definition der wichtigsten Herausforderungen für die Postregulierung

Nach über 10 Jahren Tätigkeit möchte die PostCom die Veränderungen im Postmarkt und den Regulierungsbedarf analysieren. Diese Überlegungen sollen im Rahmen eines Kongresses, der den verschiedenen Anspruchsgruppen der PostCom offensteht, präsentiert und erörtert werden. Ziel ist es, die wichtigsten Herausforderungen für die Postregulierung der kommenden zehn Jahre zu definieren.

Soll-Termin: 30.06.2023

RailCom: Überprüfung eines für den diskriminierungsfreien Netzzugang relevanten Themas (z.B. ausgewählte Systemführerschaft). Festlegen des Handlungsbedarfs, um allfällige Diskriminierungspotentiale zu reduzieren.

Analyse, Handlungsbedarf und weiteres Vorgehen betreffend die relevanten Aspekte (z.B. ausgewählte Systemführerschaft) liegen vor.

Soll-Termin: 31.12.2023

UBI: Wahl der Ombudsstellen der privaten Veranstalter für 2024 – 2027 (Art. 91 Abs. 1 RTVG)

Die Wahl bedingt die Absprache mit den aktuell Verantwortlichen der Ombudsstellen zur Definition von Vakanz, die Vorbereitung und Durchführung des Wahlverfahrens sowie die Bestimmung der Leitung und Stellvertretung der verschiedenen Ombudsstellen.

Soll-Termin: 30.11.2023

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
Verfügbar auf: www.bk.admin.ch